

S-4 B Abstimmungen auf der Mitgliederversammlung II

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: S – Anträge zu Satzung, Ordnungen und Statuten

Antragstext

- 1 Da nur noch eine Mitgliederversammlung im Jahr stattfindet, wird die Zeit auf
2 ihr knapper. Einen nennenswerten Teil dieser Zeit machen schriftliche
3 Abstimmungen aus, von denen jede mehr als eine halbe Stunde in Anspruch nimmt.
4 Da wir in Zukunft auf jeder Mitgliederversammlung den Vorstand wählen, brauchen
5 wir hierfür mindestens 6 Wahlgänge zzgl. Stichwahlen, hinzu kommen andere
6 geheime Wahlen und schriftliche Abstimmungen. Aus diesem Grund wird das Quorum,
7 das zu erreichen notwendig ist, um einen Antrag auf geheime Abstimmung zu
8 beschließen, angehoben.
9
10 Dafür wird die allgemeine Geschäftsordnung wie folgt geändert:
- 11 In § 6 wird "min. fünf Prozent" durch "mindestens fünfzehn Prozent" ersetzt.

K-1 B Zweigeschlechtlichkeit überwinden, Menschenrechtsverletzungen beenden: Gleichberechtigung für trans*, inter* und nicht-binäre Personen

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

Antragstext

1 Das Bundesfamilienministerium stellte in einer offiziellen Untersuchung fest,
2 dass 3,3 % aller Menschen in Deutschland ein von ihrem Registerdaten-Geschlecht
3 abweichendes soziales Geschlecht haben. 0,2 bis 2 % aller Menschen haben keine
4 Übereinstimmung des augenfälligen Geschlechts mit dem erlebten Geschlecht. Im
5 Rahmen medizinischer Normierung werden heute 49 unterschiedliche Formen
6 körperlicher Entwicklungen diagnostiziert, die mit Intersexualität angesprochen
7 werden. Zwischen 8.000 und 120.000 Menschen in Deutschland werden als
8 intersexuell angesehen.

9 Demnach ist davon auszugehen, dass mehrere hunderttausend Menschen in
10 Deutschland sich nicht mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen
11 geschlechtlichen Definition von „Mann“ bzw. „Frau“ identifizieren oder
12 biologisch nicht eindeutig einer medizinischen „Normkategorie“ von „männlich“
13 oder „weiblich“ zugeordnet werden können. Immer mehr Menschen sagen mittlerweile
14 von sich, dass sie sich weder als „männlich“ noch „weiblich“ identifizieren und
15 geben stattdessen eine selbstgewählte Bezeichnung für ihre nicht-binäre
16 Identität an. Noch heute erfahren viele Betroffene Ausgrenzung, Diskriminierung
17 und schlimmstenfalls Gewalt.

18 Für uns ist klar: Das muss sich ändern.

19 Trans*, inter* and non-binary lives matter!

20 2.982 Morde an trans* und geschlechtsdiversen Personen sind zwischen 2008 und
21 2018 weltweit gemeldet worden, zwei dieser Fälle ereigneten sich in Deutschland.
22 Laut Verbänden und Polizeistatistiken finden hierzulande jedes Jahr
23 schätzungsweise hunderte gewaltvolle Übergriffe auf trans*, inter und nicht-
24 binäre Personen statt. Statistiken berichten ebenfalls von erhöhter
25 Arbeitslosigkeit sowie Suizidraten, insbesondere unter Jugendlichen.
26 Geschlechtszuweisende, kosmetische Operationen an inter* Kindern, die
27 medizinisch nicht notwendig sind, wurden in verschiedensten Stellungnahmen zwar
28 als Verstoß gegen das Menschenrecht und die körperliche Unversehrtheit gewertet,
29 aber werden weiterhin in Deutschland praktiziert, obwohl die Folgen für
30 Betroffene irreversibel und oftmals im späteren Leben traumatisierend sind.
31 Problematisch ist das nicht nur, weil die Kinder oft zu jung sind, um überhaupt
32 selbst eine Zu- oder Ablehnung zu einer Operation zu äußern, sondern auch, weil
33 viele Eltern später angeben, schlecht beraten oder von Mediziner*innen unter
34 Druck gesetzt worden zu sein. Medizinisch nicht notwendige genitalverändernde

35 Operationen an Kindern müssen endlich der Vergangenheit angehören.

36 Für uns ist klar: Alle Menschen haben das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

37 **Geschlechtliche Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung!**

38 Das deutsche Staatswesen ist geprägt von Zweigeschlechtlichkeit. Erst das
39 Transsexuellengesetz von 1981 und die Einführung des dritten Geschlechtseintrags
40 „divers“, der infolge des Urteils von 2017 des Bundesverfassungsgerichts
41 geschaffen wurde, rüttelten an dieser Tradition. Doch das Transsexuellengesetz
42 von 1981 findet heute nur noch in einer eingeschränkten Version Anwendung, da
43 auch hier das Bundesverfassungsgericht 2011 Teile des Gesetzes für
44 verfassungswidrig erklärte. Bis zu diesem Zeitpunkt waren trans* Personen, die
45 eine Personenstandsänderung (Änderung des Geschlechtseintrags) anstrebten
46 gesetzlich dazu gezwungen, sich einer „dauernd fortpflanzungsunfähig“ machenden
47 Operation, also einer Zwangssterilisation zu unterziehen. Der UN-
48 Menschenrechtsrat sprach sich daher bei der letzten Überprüfung der
49 Menschenrechtslage in Deutschland dafür aus, einen „Entschädigungsfonds für
50 Personen einzurichten, die sich für eine Anerkennung ihres Geschlechts zwischen
51 1981 und 2011 zwangsweise sterilisieren lassen mussten oder nicht gewollte
52 geschlechtsangleichende Behandlungen erfahren haben“. Doch CDU/CSU und SPD in
53 der Bundesregierung lehnten diesen Entschädigungsfonds ab. Auch wenn
54 Zwangssterilisationen heute keine Anwendung mehr finden, klagen Betroffene über
55 die noch immer bleibenden langwierigen gerichtlichen Prozesse, deren Kosten sie
56 selbst tragen müssen, sowie die im Rahmen der Vornamens- und
57 Personenstandsänderung (VÄ/PÄ) einzuholenden psychiatrischen Gutachten. Diese
58 Zwangsbegutachtung verstößt unserer Auffassung nach massiv gegen die
59 geschlechtliche Selbstbestimmung. Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes
60 spricht sich für die Abschaffung der Begutachtung und des gerichtlichen
61 Verfahrens aus, da dieses die Betroffenen psychisch belastet und im Widerspruch
62 zum Selbstbestimmungsrecht von trans* Personen steht.

63 Viele Länder (z. B. Malta, Portugal, Dänemark, Irland) haben mittlerweile
64 fortschrittlichere Regelungen eingeführt, bei denen die Änderung von Namen und
65 Geschlechtseintrag selbstbestimmt durch einen Antrag bei einer Behörde wie bspw.
66 dem Standesamt erfolgt. Der im Frühjahr von der Bundesregierung vorgelegte
67 Reformvorschlag wurde einer lang geforderten fortschrittlicheren Regelung nicht
68 nur nicht gerecht, sondern schlug die Einführung weiterer Hürden wie der
69 Befragung der Ehepartner*innen vor.

70 Auch die Einführung des § 45b PStG in diesem Jahr muss in der jetzigen
71 Ausgestaltung kritisch gesehen werden. Zwar gibt es nun in Deutschland eine sog.
72 „Dritte Option“ beim Geschlechtseintrag, die nach Vorlage eines ärztlichen
73 Attestes über „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ beim Standesamt beantragt
74 werden kann, doch so steht dieser Weg nicht allen Betroffenen offen. Wir wollen
75 uns für eine bürokratiearme Lösung einsetzen, die ohne Pathologisierung auskommt
76 und allen Betroffenen offen steht.

77 Für uns ist klar: Alle Menschen haben das Recht auf geschlechtliche
78 Selbstbestimmung.

79 **Darum setzen wir uns für folgende Punkte ein:**

- 80 • Eine selbstbestimmte dritte Option sowie die Option den Geschlechtseintrag
81 leer zu lassen im Personenstandsrecht, die ohne Pathologisierung auskommt
82 und nicht nur inter* Personen, sondern auch z. B. nicht-binären Menschen
83 offensteht. Perspektivisch setzen wir uns für ein Personenstandsrecht ein,
84 das ohne die Kategorie Geschlecht auskommt. Die Sichtbarmachung und
85 Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bleibt dabei
86 weiterhin eines unserer erklärten Grundziele.

- 87 • Ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht

- 88 • Eine auf Selbstbestimmung basierende Vornamens- und Personenstandsänderung
89 (VÄ/PÄ), die als kostenloser Verwaltungsakt vorgenommen werden

- 90 • Zugang zur VÄ/PÄ für Nichtdeutsche, die in Deutschland wohnen

- 91 • Die sozialrechtliche Absicherung trans*-spezifischer Gesundheitsversorgung

- 92 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14 (analog zur derzeit gültigen
93 „Sexualmündigkeit“), perspektivisch ab der Geburt

- 94 • Zertifizierte Beratungsstellen

- 95 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in
96 Gesetzestexten und Dokumenten

- 97 • Die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechts-
98 bzw. genitalverändernden Operationen an nicht zustimmungsfähigen Kindern
99 (wie sie bspw. häufig an inter* Kindern erfolgen)

- 100 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans* Personen in
101 Deutschland

- 102 • Eine angemessene Entschädigung für trans* und inter* Personen, deren
103 Menschenrechte verletzt worden sind, in Form eines Entschädigungsfonds

- 104 • Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme an öffentlichen Einrichtungen,
105 ein pädagogischer Leitfaden für den respektvollen Umgang mit trans*, inter*
106 und nicht-binären Kindern und Jugendlichen sowie ein institutioneller
107 Leitfaden für den respektvollen Umgang mit betroffenen Kolleg*innen und

- 108 Angestellten
- 109 • Konsequentes Vorgehen gegen Gewalt
- 110 • Die Unterstützung und Aufbau queerer Jugendberatungen unter Einbeziehung
111 spezifischer trans*, inter* und nicht-binärer Beratung
- 112 • Die Stärkung von trans*, inter* und nicht-binären Perspektiven in
113 Wissenschaft und Forschung, insbesondere der Medizin und der
114 Rechtswissenschaft

Begründung

erfolgt mündlich

K-2 B Eine Frage der Demokratie – Hate Speech effektiv bekämpfen

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

Antragstext

1 „Dumme Göre“, „fette Fotze“, „Dich sollte man vergewaltigen!“ – solche
2 Kommentare sind für viele Menschen, gerade solche, die öffentlich Stellung für
3 Menschenrechte oder Klimaschutz beziehen, längst keine Seltenheit, sondern
4 Alltag. **Der Hass im Netz nimmt seit Jahren zu und trifft dabei insbesondere**
5 **junge Frauen.**

6 Hate Speech ist dabei nicht einfach eine Frage des Benehmens oder des
7 zwischenmenschlichen Umgangs – sondern der gezielte, und in vielen Fällen auch
8 organisierte Versuch, Frauen, die klar Stellung beziehen, mundtot zu machen und
9 aus der öffentlichen Debatte zu verdrängen.

10 **Das Ziel ist die Vorbereitung der Gesellschaft auf die anvisierte Abschaffung**
11 **demokratischer Errungenschaften.** Eine alte Strategie der organisierten Rechten
12 ist es, durch gezielte Tabubrüche und die Verschiebung des politischen Diskurses
13 eine gesellschaftliche Hegemonie für ihre antidemokratischen Positionen zu
14 schaffen, die dann zur Grundlage für menschenverachtende Politik werden. Denn
15 die Bedrohung ist längst nicht mehr nur abstrakt. Der Mord an Walter Lübcke oder
16 geheime Todeslisten zeigen, dass den Worten der Rechten auch Taten folgen. Der
17 entfesselte Hass, die Masse an Verachtung und die totale Verrohung der
18 öffentlichen Debatte zielen bewusst darauf ab, Angst zu erzeugen, vermeintliche
19 politische Gegner einzuschüchtern und sie von ihrem Engagement für Demokratie
20 und eine plurale Gesellschaft abzuhalten. Rechtsextreme, rassistische,
21 antisemitische, völkische und frauenfeindliche Gruppen wollen, dass progressive
22 und emanzipatorische Kräfte Angst davor haben, für so etwas Grundsätzliches wie
23 Menschenrechte einzustehen. Ihr erklärtes Ziel ist es, dass sich diejenigen
24 irgendwann rechtfertigen müssen, die finden, dass Frauenrechte wichtig sind oder
25 Menschenleben eben nicht zur Diskussion stehen. Dass sie sich irgendwann nicht
26 mehr trauen, Themen anzusprechen, die nicht in ein rechtsextremes,
27 rassistisches, antisemitische, antifeministisches und autoritäres Weltbild
28 passen. Und dass ihnen dadurch das Spielfeld alleine überlassen wird.

29
30 Ebenfalls zu erwähnen ist der Antisemitismus, den Jüdinnen und Juden im Netz
31 erleben und die antisemitischen Sharepics, die auch von vermeintlich
32 progressiven und emanzipatorischen Bewegungen geteilt werden. Dass noch immer
33 der Holocaust als Maßstab dafür genommen wird, zu erkennen, was Antisemitismus
34 überhaupt ist, führt dazu, dass dieser vor allem im Netz unsichtbar gemacht
35 wird. Auch Jüdinnen und Juden werden durch Hate Speech attackiert.

36 Noch viel zu oft wird Betroffenen geraten, „doch einfach mal das Handy
37 wegzulegen“. Doch das Internet und soziale Netzwerke sind keine virtuelle

38 Parallelwelt, in die man nach Lust und Laune ein- und austreten kann. Sie sind
39 längst Teil unserer Realität, und als öffentlicher Raum ein wichtiger Ort für
40 unser demokratisches Miteinander. Strafrechtlich relevante Angriffe tragen dazu
41 bei, dass bestimmte Gruppen von der Gestaltung dieses öffentlichen Raums
42 ausgeschlossen werden. Der Einsatz gegen Hate Speech ist damit auch eine
43 zentrale Frage für unsere Demokratie. „Die Hälfte der Macht den Frauen“ muss
44 endlich auch im Netz gelten!

45 Für uns ist klar, dass sich Hate Speech nicht getrennt von antidemokratischer,
46 frauenfeindlicher und rassistischer Ideologie im Allgemeinen bekämpfen lässt.
47 Wer den Hass im Netz überwinden will, muss sich auch an anderen Stellen, auf der
48 Straße, in den Parlamenten und am Küchentisch, für eine Gesellschaft einsetzen,
49 in der jeder Mensch ohne Angst verschieden sein kann. **Doch es gibt konkrete**
50 **Schritte, um das Netz zu einem gleichberechtigteren und demokratischeren Ort zu**
51 **machen.**

52 **Zeit zu Handeln!**

53 Der Kampf gegen klar strafbare Meinungsäußerungen – ob online oder offline
54 geäußert – muss zwingend intensiviert und dafür Sorge getragen werden, dass das
55 bestehende, seit langem bekannte Rechtsdurchsetzungsproblem entschlossen
56 angegangen und im Zusammenspiel von Bund und Ländern beseitigt wird.

57 Angesichts einer weiter zunehmenden Gefährdung von demokratischem Diskurs und
58 zivilgesellschaftlichem Engagement sind echte Handlungen überfällig.

59 **Wir nehmen es nicht hin, dass das für jede*n offensichtliche Problem, durch die**
60 **Bundesregierung weiter auf die lange Bank geschoben wird.** Es reicht bei Weitem
61 nicht aus, das überhastet vorgelegte und schlecht gemachte
62 Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), wie angekündigt, erst im Jahr 2020 zu
63 evaluieren. Ebenfalls ist es sehr problematisch, dass vorhandene
64 Strafverfolgungsmöglichkeiten von den Staatsanwaltschaften oftmals nicht genutzt
65 und Verfahren häufig eingestellt werden. Angesichts eines unverändert hohen
66 Handlungsbedarfs brauchen wir echte Verbesserungen jetzt. Dazu gehören für uns
67 u. a. klarere rechtliche Vorgaben an die Unternehmen, effektive Sanktionen bei
68 deren Nicht-Beachtung, verbesserte Meldewege und klare Kriterien zur Überprüfung
69 gemeldeter Inhalte, eine verbesserte Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung,
70 mehr und besser geschultes Personal bei Polizei und Justiz und die Stärkung der
71 Prävention.

72 Entsprechende Vorschläge zur Weiterentwicklung gesetzlicher Vorgaben, die auch
73 Sicherheitsmechanismen für die Meinungsfreiheit beinhalten, liegen seit langem
74 im und außerhalb des Parlaments vor – ohne, dass die Bundesregierung sie bislang
75 aufgegriffen hätte. Das NetzDG muss umgehend evaluiert und umfassend
76 überarbeitet und die Strafverfolgung effektivierte werden.

77 **Wir fordern:**

78 – **Ausbau von Beratungsstellen** für die Betroffenen von Hate Speech: In jedem
79 Bundesland soll es mindestens eine Beratungsstelle geben, an die sich Opfer von
80 Hate Speech wenden können. Diese Stellen sollen eine kostenfreie juristische

81 Beratung erfassen, da gerade die hohen Kosten einer anwaltlichen Beratung
82 Betroffene oft davon abhalten, gegen strafrechtlich relevante Hassnachrichten
83 vorzugehen.

84 – **Klagemöglichkeiten im Zivilprozessrecht vereinfachen:** Neben dem Strafrecht
85 bietet auch das Zivilrecht Betroffenen Möglichkeiten gegen Hate Speech
86 vorzugehen. Allerdings werden diese aufgrund der damit verbundenen hohen Kosten,
87 die in Vorkasse geleistet werden müssen, nur wenig genutzt. Das trifft vor allem
88 Privatpersonen, die keine großen Organisationen oder Parteien hinter sich stehen
89 haben. Deshalb brauchen wir kostengünstige und barrierefreie Klagemöglichkeiten.

90 – **Schulungen bei Polizei und Justiz:** Nur Behörden, die das Netz, soziale Medien
91 und die Strategien der Neuen Rechten kennen und verstehen, können Betroffene
92 unterstützen Hate Speech erkennen und verhindern, dass das Internet zum
93 rechtsfreien Raum wird. Zusätzlich zu flächendeckenden Schulungen und
94 Weiterbildungen sollen deshalb Beauftragte für Hate Speech auf den einzelnen
95 Polizeidienststellen eingeführt werden.

96 – **Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Hate Speech:** Bei Hate Speech handelt es
97 sich meistens nicht um zufällige Anhäufungen von Hasskommentaren, sondern um
98 gezielte, systematische und koordinierte Angriffe. Als solche werden sie jedoch
99 oft nicht erkannt. Deshalb sollen die Staatsanwaltschaften der Länder Fälle von
100 Hate Speech zentral sammeln und auswerten, um erkennen zu können, wann es sich
101 um systematische Attacken handelt.

102 – **Präventionsprogramme stärken:** Es gibt bereits zahlreiche Programme, die sich
103 für die Stärkung von demokratischen Werten einsetzen und gleichzeitig über die
104 Strategien von Rechten im Netz aufklären. Diese Programme stehen jedoch oft auf
105 finanziell wackligen Beinen, das betrifft besonders linke und antifaschistische
106 Projekte. Wir fordern eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung von
107 Präventionsprojekten und eine verpflichtende Aufnahme in die Lehrpläne des
108 Themas Hate Speech.

109 – **Strafverfolgung ins Zentrum stellen:** Die bestehende Gesetzeslage, insbesondere
110 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, zielt vor allem auf eine möglichst schnelle
111 Löschung von Hasskommentaren ab. Das kann jedoch im Fall von strafrechtlich
112 relevanten Fällen eine juristische Verfolgung erschweren. Das Netz darf jedoch
113 kein straffreier Raum sein. Deshalb muss die Strafverfolgung bei Hate Speech
114 priorisiert werden. Dafür muss das Netzwerkdurchsetzungsgesetz schnellstmöglich
115 reformiert werden.

116 Hass im Netz geht gegen uns alle. Deshalb freut es uns sehr, dass sich immer
117 mehr Initiativen bilden, die sich digitaler Gewalt entgegen stellen. Wir setzen
118 uns gemeinsam mit vielen Verbündeten für ein Netz ein, in dem sich alle sicher
119 fühlen können. Deshalb schließen wir uns mit diesem Beschluss dem Aufruf
120 #netzohnegewalt an.

121 Time to fight back.

K-3 B Geschlechterungerechtigkeit im Gesundheitssystem überwinden - gute Gesundheitsversorgung für alle!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

Antragstext

1 I. Gesundheit ist ein Menschenrecht!

2 Der Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht –
3 unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder der sozialen sowie wirtschaftlichen
4 Lage. So wie in alle Lebensbereiche hat das neoliberale Paradigma jedoch auch in
5 die Sphäre der Gesundheit Einzug gefunden. Die voranschreitende Ökonomisierung
6 des Gesundheitssystems sorgt dafür, dass nicht das menschliche Bedürfnis im
7 Zentrum steht, sondern Profit und Gewinn.

8 Für uns ist klar: Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Eine
9 gute Gesundheitsversorgung darf keine Frage des Geldbeutels sein!

10 Der Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung ist weltweit jedoch für viele
11 Menschen nicht gegeben. Die Ausschlüsse und Erschwernisse verteilen sich
12 dabei jedoch nicht gleichmäßig, sondern verbinden sich mit bestehenden
13 Strukturen der Ungleichheiten – gerade Frauen, Inter- und Transpersonen sind
14 von geschlechterspezifischen Ausschlüssen betroffen, die sie zu Bürger*innen
15 zweiter Klasse machen:

16 Sei es die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen oder den fehlenden
17 Zugang zu Informationen durch den Paragraphen 219a – immer noch werden
18 Personen mit Gebärmutter und andere Menschen mit Gebärmutter ihre Rechte auf
19 körperliche Selbstbestimmung verwehrt. Auch in der Geburtshilfe gibt es viele
20 Missstände: Hebammen und Pflegepersonal sind überlastet, immer mehr
21 Geburtsstationen schließen, der Bedarf nach Geburtshäusern ist bei Weitem
22 nicht gedeckt, viele Gebärende erleben während der Geburt Gewalt. Eine gute
23 gesundheitliche Versorgung betrifft jedoch nicht nur das Recht auf reproduktive
24 Selbstbestimmung, sondern die Gesundheitsversorgung insgesamt. Sexismus und
25 veraltete Rollenbilder führen dazu, dass Beschwerden bei Frauen eher psychische
26 und bei Männern eher körperliche Ursachen zugeschrieben werden.
27 Krankheitsbilder, die vorwiegend Frauen betreffen, sind meist schlecht
28 erforscht. Symptome wie starker Schmerz werden verharmlost und Krankheiten, von
29 denen vor allem Frauen betroffen sind, werden nicht erkannt oder korrekt
30 diagnostiziert. An vielen Stellen werden teure Behandlungen oder
31 Vorsorgeuntersuchungen nicht oder nur zu Teilen von den Krankenkassen
32 übernommen. In einer patriarchalen Gesellschaft, stellt auch in der Medizin
33 sowohl in der Gesundheitsforschung der Mann die Norm dar: In der Vergangenheit

34 wurden Frauen, Inter- und Transpersonen ausdrücklich aus Arzneimittelstudien
35 ausgeschlossen und geschlechtsspezifische Unterschiede bei Krankheitssymptomen
36 werden ignoriert. Prekäre Verhältnisse in Bereichen, in denen es vor allem um
37 Frauen geht, ist kein Zufall, sondern eine Folge patriarchaler Strukturen.

38
39 Nicht alle Frauen können schwanger werden und nicht alle Menschen, die
40 schwanger werden können, sind Frauen. Auch Transmänner, Inter und Non-Binaries
41 sind von der Einschränkung reproduktiven Rechte massiv betroffen.

42 Der Einsatz für eine gute Gesundheitsversorgung stellt damit einen zentralen
43 feministischen Kampf dar. Um diese Ungerechtigkeit zu bekämpfen, brauchen wir
44 endlich eine feministische Gesundheitspolitik. Die GRÜNE JUGEND fordert darum
45 eine Reihe an Maßnahmen.

46 **II. Über unseren Körper entscheiden wir selbst**

47

48 **Kostenlose Verhütungsmittel und Hygieneprodukte**

49 Wir wollen selbstbestimmt leben und lieben. Deshalb fordern wir einen freien und
50 kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln für alle – ob zur
51 Schwangerschaftsverhütung oder zum Schutz gegen sexuell übertragbare
52 Krankheiten. Denn sicherer Sex darf keine Frage des Geldbeutels sein. Alle
53 Verhütungsmittel sollen deshalb in Zukunft unabhängig vom Alter von der
54 Krankenkasse übernommen werden. Als ersten Schritt dorthin fordern wir die
55 Kostenübernahme für Menschen mit geringem Einkommen sowie die freie
56 Zurverfügungstellung durch Kommunen, zum Beispiel durch die Gesundheitsämter.
57 Das Angebot soll dabei nicht nur „klassische“ Verhütungsmittel wie Kondome
58 und die Hormonpille, sondern auch weniger bekannte Mittel wie Lecktücher und
59 nicht-hormonelle Präparate umfassen.

60 Auch die Menstruation stellt für viele Menschen eine finanzielle Belastung dar.
61 Die Periode ist jedoch kein Luxus und nichts, wofür man bezahlen sollte.
62 Deshalb unterstützen wir die Bestrebungen die Mehrwertsteuer auf
63 Hygieneprodukte kurzfristig von 19 % auf 7 % abzusenken, fordern aber
64 mittelfristig die kostenlose Zurverfügungstellung von Menstruationsartikeln.

65 **Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren**

66 Schwangerschaftsabbrüche werden in Deutschland weiterhin kriminalisiert. Das
67 führt in Kombination mit der Hetze von selbsternannten Lebensschützer*innen
68 dazu, dass immer mehr Ärzt*innen sich nicht mehr trauen, Abbrüche anzubieten.
69 Das erschwert insbesondere in ländlichen Regionen den Zugang zu Abbrüchen
70 massiv. Das Recht von Menschen mit Gebärmutter auf reproduktive
71 Gesundheitsversorgung wird durch die bestehende Gesetzeslage eingeschränkt.

72 Das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren darf nicht länger durch das
73 Strafgesetzbuch kriminalisiert werden, wie es die Paragraphen 218 und 219a tun.
74 Der sogenannte „Kompromiss“, der Anfang dieses Jahres rund um den
75 Paragraphen 219a von CDU und SPD beschlossen wurde, reicht uns deshalb bei
76 weitem nicht aus. Wir kämpfen weiter für die Entkriminalisierung eines

77 Abbruchs der Schwangerschaft. Dafür müssen die Paragraphen 218 und 219a StGB
78 abgeschafft werden. Hierbei müssen sowohl medikamentöse als auch operative
79 Abbrüche Kassenleistung werden und ohne Einschränkung von diesen übernommen
80 werden. Der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen darf keine Frage des
81 Geldbeutels sein! Selbstbestimmung bedeutet für uns, dass Menschen frei von
82 jeglichem Stigma über ihren Körper und eine mögliche Schwangerschaft
83 entscheiden können.

84 Kanada ist hier mit gutem Beispiel und ausnahmslos positiven Auswirkungen
85 vorangegangen: Hier sind Schwangerschaftsabbrüche legal und man sieht, dass 90
86 Prozent der Abbrüche vor der 12. Schwangerschaftswoche stattfinden. Abbrüche
87 nach Ablauf dieser Frist erfolgen meist aus medizinischen Gründen. Zudem hat
88 Kanada die geringste Zahl an Komplikationen beim Eingriff und die geringste
89 Müttersterblichkeit der ganzen Welt. Hier zeigt sich, dass nur eine
90 Entkriminalisierung wirklich sichere Abbrüche ermöglicht. An diesem guten
91 Beispiel sollte sich Deutschland orientieren und spezifische Regelungen der
92 Berufsordnung der Ärzt*innen überlassen.

93 **Verbesserung der Beratungsangebote**

94 Es ist richtig und wichtig, dass Menschen in einem Schwangerschaftskonflikt
95 fachkundige Beratung wahrnehmen können. Auch nach Streichung der Paragraphen
96 218 und 219a muss ein freiwilliges, ergebnisoffenes, ideologie- und kostenfreies
97 Beratungsangebot gewährleistet sein. Damit stellen wir sicher, dass Schwangere,
98 die einen Abbruch erwägen gute Beratung erhalten, aber auch jene, die
99 möglicherweise gegen ihren Willen zu einem Abbruch gedrängt werden, eine
100 umfangreiche Unterstützung bei der für sie richtigen Entscheidung erfahren.

101 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass flächendeckend in ganz Deutschland die
102 Finanzierung von ausreichend vielen qualifizierten Beratungsstellen langfristig
103 gesichert ist.

104 **Fundis stoppen**

105 Beratungsstellen, die nachweislich keine ergebnisoffene Beratung anbieten,
106 sollten überprüft werden. Insbesondere Stellen, die mit
107 Schwangerschaftskonfliktberatung werben, aber keine Beratungsscheine ausstellen,
108 solange diese gesetzlich für einen Abbruch erforderlich sind, müssen
109 geschlossen werden. Diese „Beratungsstellen“ sind meist organisierte Stellen
110 von sogenannten „Lebensschützer*innen“, die das Leben der schwangeren
111 Frauen durch diese ideologische Beratung noch verschlimmern und erst Recht nicht
112 ergebnisoffen unterstützen.

113 Des weiteren fordert die GRÜNE JUGEND ein Protestverbot für
114 Lebensschützer*innen im Umkreis von 1 km rund um Praxen und Beratungsstellen,
115 die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Darunter fallen für uns auch
116 angebliche Gebete vor Praxen. Das Stigma und die Verurteilung die diese Menschen
117 auf die Frauen projizieren muss verhindert werden.

118 **III. Für eine selbstbestimmte Schwangerschaft** 119 **und Geburt**

120 **Unterstützung bei Schwangerschaften**

121 Während Schwangerschaftsabbrüche kriminalisiert sind, werden Menschen, die
122 sich für eine Schwangerschaft entscheiden gerade dann, wenn sie wenig Geld
123 haben, oft alleine gelassen. Ein großer Teil der Untersuchungen und
124 medizinischen Angebote, die während einer Schwangerschaft zwar nicht absolut
125 notwendig, aber sehr
126 sinnvoll sind, müssen von gesetzlich versicherten Kassenpatient*innen aus
127 eigener Tasche bezahlt werden. Eine gute Gesundheitsversorgung während der
128 Schwangerschaft darf jedoch nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb setzen wir
129 uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Schwangeren mit geringem
130 Einkommen sowie eine Erweiterung des Katalogs der Maßnahmen ein, die während
131 der Schwangerschaft von der Krankenkasse übernommen werden.

132 **Hebammen und Entbindungspfleger*innen stärken**

133 Die Situation von Hebammen und Entbindungspfleger*innen wurde in den letzten
134 Jahren immer wieder diskutiert, auch wenn das Thema in den vergangenen Monaten
135 stark in Vergessenheit geraten zu sein scheint, obschon sich die Lage nicht
136 verbessert hat.

137 Seit 2015 wurden knapp 70 Kreißsäle geschlossen, mehr als weitere 20 sind von
138 der Schließung bedroht oder temporär geschlossen. Eine wohnortnahe Entbindung
139 ist in vielen Regionen bereits nicht mehr möglich, genauso wenig wie eine
140 bewusste und überlegte Entscheidung zwischen verschiedenen Entbindungsorten.
141 Gerade freiberuflich arbeitende Hebammen und Entbindungspfleger*innen, die etwa
142 in Geburtshäusern arbeiten oder Hausgeburten betreuen, haben in den
143 vergangenen Jahren ihr Handwerk aufgegeben, da die hohen
144 Haftpflichtversicherungssummen für sie nicht zu stemmen waren. Darüber hinaus
145 hat es sich für viele Kliniken als nicht wirtschaftlich herausgestellt,
146 Kreißsäle zu betreiben und der Personalmangel hat sein Übriges getan.

147 Auf Landkarten der Unterversorgung können sich werdende Eltern eintragen, wenn
148 sie für die Vor- oder Nachsorge keine Hebamme finden. Besonders eine Betreuung
149 im Wochenbett ist im ganzen Bundesgebiet, und hier besonders in Ballungsräumen,
150 nur noch schwerlich zu gewährleisten, was insofern fatal ist, als dass hier
151 jungen Familien wichtige Unterstützung verwehrt wird, die etwa zur
152 Gewaltprävention im Umgang mit dem Säugling beitragen kann. Auch finden gerade
153 Mütter keine Ansprechpartner*innen außerhalb des privaten Umkreises mehr, wenn
154 sie unter Wochenbettdepressionen leiden, Probleme bei der Versorgung des Kindes
155 entstehen oder Fragen zur Rückbildung auftreten. Dabei ist gerade in dieser
156 emotional zumeist herausfordernden Zeit ein gutes Unterstützungsangebot immens
157 wichtig.

158 Bestrebungen, ein Berufsfeld zum Besseren zu verändern, stehen und fallen nicht
159 nur mit der Frage nach seiner Akademisierung, sondern vor allem auch mit der
160 Frage, was im bereits Bestehenden verändert werden kann. Dies ist besonders
161 insofern wichtig, da sich abzeichnet, dass immer mehr bereits ausgebildete
162 Fachkräfte das Berufsfeld verlassen. Ein besserer Betreuungsschlüssel, mit dem
163 Ziel, in allen Phasen der Geburt eine 1:1-Betreuung zu gewährleisten, sollte
164 oberstes Ziel sein – nur so kann eine qualitative, bedürfnisorientierte
165 Betreuung von Gebärenden ermöglicht werden. Auf der anderen Seite stehen
166 Hebammen so auch nicht mehr unter dem immensen Druck, mehreren Gebärenden

167 gleichzeitig gerecht zu werden. Hierfür müssen nun sehr schnell genügend
168 Studienplätze für Hebammenkunde geschaffen werden, um einer weiteren
169 Verschärfung des Engpasses entgegenzuwirken. Darüber hinaus muss endlich eine
170 Lösung für die Versicherungsproblematik gefunden werden.

171 Eine Möglichkeit wäre die Deckelung der maximalen Schadenssumme im
172 Versicherungsfall. Darüber hinaus zu leistende Zahlungen müssten dann aus
173 einem Haftungsfond beglichen werden. Dann müsste nicht nur die
174 verhältnismäßig kleine Gruppe der freiberuflichen Hebammen für die
175 Schadenssummen aufkommen, sondern die Gemeinschaft wäre an den Kosten indirekt
176 beteiligt und die notwendige und grundlegende Arbeit der Hebammen wäre
177 gesichert. Langfristig brauchen wir allerdings eine Neuordnung der
178 Berufshaftpflicht für alle Gesundheitsberufe.

179 **Gewalt bei der Geburt beenden**

180 Neben der Schwangerschaft und dem Wochenbett, stellt gerade die Geburt eine
181 besonders verletzbare Situation dar, da sich die gebärende Person oft in einer
182 besonderen Hilflosigkeit sowie Abhängigkeit vom medizinischen Personal
183 wiederfindet. Statt einer empathischen Betreuung, die sich an den Bedürfnissen
184 der Gebärenden orientiert, erleben zahlreiche Gebärende Vernachlässigung,
185 aufgezwungene Eingriffe oder Demütigungen. Auf der Ebene der psychischen Gewalt
186 bedeutet dies zudem verbale Gewalt, Vernachlässigung, Ausübung von Druck,
187 Machtmissbrauch, grobe Verletzungen der Intimsphäre oder Diskriminierung, wie
188 sie beispielsweise besonders Jugendliche, Unverheiratete, Menschen mit niedrigem
189 sozialwirtschaftlichem Status, Transpersonen oder People of Color erfahren. Des
190 Weiteren müssen zahlreiche Gebärende körperliche Misshandlung, Eingriffe ohne
191 Einverständnis wie Dammschnitte oder übergriffige Untersuchungen erleiden.

192 Alle Schwangeren haben damit das Recht auf eine würdevolle und wertschätzende
193 Gesundheitsversorgung im Verlauf der Schwangerschaft und während der Geburt,
194 frei von Gewalt und Diskriminierung!

195 Die Ausübung von direkter Gewalt durch das medizinische Personal oder die
196 Verletzung der Autonomie und Freiheiten der Gebärenden hängen dabei eng mit
197 strukturellen Problemen in Geburtshilfe und der medizinischen Sphäre zusammen.
198 Personalmangel, fehlende Raumkapazitäten, überlastete Geburtshelfer*innen und
199 Ärzt*innen, Kreißsaalschließungen, mangelnde Verbreitung von Geburtshäusern,
200 fehlende wohnortnahe Versorgung sowie die strukturelle Gewalt an Gebärenden
201 tragen zum Zustandekommen traumatisierender Erlebnisse während der Geburt bei.
202 Auch prekäre Arbeitsbedingungen, wie die Tatsache, dass Hebammen übermüdet,
203 gestresst und unterbezahlt drei oder vier Gebärende gleichzeitig betreuen
204 müssen, macht eine gute Kommunikation über persönliche Wünsche und Grenzen,
205 einen respektvollen Umgang und das zuverlässige Einholen des informierten
206 Einverständnisses bei medizinischen Interventionen fast unmöglich. Die
207 Zwangslage, Gebärende aufgrund einer fehlenden Versorgungsstruktur in
208 Krankenhausabläufe zu integrieren, steht einer fürsorglichen und
209 bedürfnisorientierten Betreuung von Gebärenden entgegen. Um Geburten rentabel
210 zu gestalten, werden Geburtsvorgänge durch Interventionen wie Medikamentengabe
211 beschleunigt oder zum Kaiserschnitt gedrängt, obwohl dies nicht notwendig oder
212 von den Gebärenden gewünscht ist.

213 Nicht Effizienz oder Profit, sondern die Bedürfnisse und Wünsche der

214 Gebärenden müssen im Zentrum stehen, denn alle haben das Recht die Umstände,
215 in denen sie ihre Kinder zur Welt bringt, frei zu wählen!

216 **IV. Daseinsvorsorge als Grundvoraussetzung**

217 Für eine selbstbestimmte Schwangerschaft und Geburt und insgesamt für eine
218 gute Gesundheitsversorgung sind Daseinsvorsorge und eine ausfinanzierte
219 Infrastruktur unerlässlich. Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens und aller
220 Bereiche des Lebens hat dazu geführt, dass auch die zentralsten Bereiche der
221 Gesundheitsversorgung vielen Menschen immer schwerer zugänglich werden. Dazu
222 kommt, dass in vielen Regionen der Rückbau der öffentlichen Versorgung weiter
223 voranschreitet.

224 Daraus entstehen massive Probleme bei Geburtenhilfe und
225 Schwangerschaftsbegleitung. So werden immer mehr Kinder in Krankenwägen
226 geboren, weil der Weg zur nächsten Geburtsstation oder zum Geburtshaus zu weit
227 ist. Es darf nicht sein, dass Schwangere für Schwangerschaftsabbrüche,
228 schwangerschaftsbegleitende Maßnahmen und Geburten teils hunderte Kilometer auf
229 sich nehmen müssen. Denn mit weiten Wegen gehen auch deutlich erhöhte
230 Gesundheitsrisiken für alle Beteiligten einher.

231 Ein besonderes Problem gibt es in diesem Zusammenhang bei Abtreibungen. Es gibt
232 ohnehin schon viel zu wenige Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche
233 anbieten. In vielen Regionen, wo sich der Staat zurückzieht, übernimmt dann
234 aber die katholische Kirche die Gesundheitsversorgung, deren
235 Krankenhausleiter*innen und Ärzt*innen sich oftmals kategorisch weigern,
236 Schwangere zu unterstützen und die versuchen, sie mit moralischem Druck zu
237 einer eigentlich ungewollten Geburt zu drängen.

238 Daraus folgen für uns folgende Kernforderungen:

239 • Öffentliche Mittel für Geburtsstationen, Geburtshäuser und Hebammen
240 müssen deutlich erhöht werden.

241 • Ausbildungen in der Fläche müssen stärker vorangetrieben werden, damit
242 es auch in der Fläche langfristig mehr gut ausgebildete Kräfte gibt.

243 • Es bedarf einer breiten Versorgung in allen Ecken des Landes. Die
244 Gesundheit ist auf Usedom, in der Grafschaft Bentheim oder im Bayrischen
245 Wald genauso relevant wie in Berlin oder in Hamburg. Dazu bedarf es der
246 gesetzlichen Festschreibung einer Maximalentfernung von Krankenhäusern
247 und Arztpraxen, die auch in den hintersten Ecken Deutschlands nicht
248 überschritten werden darf.

249 • Um flächendeckend umfassende Leistungen anzubieten bedarf es der
250 Schaffung von Frauengesundheits- und Schwangerschaftszentren, die eben
251 nicht nur die Schwangerschaftsbegleitung, Geburtshilfe und
252 Neugeborenenversorgung anbieten, sondern auch Schwangerschaftsabbrüche.

253 Dabei ist für uns klar: Die Kirche und andere Glaubensgemeinschaften
254 gehört nicht in den Kreißaal. Die zu schaffenden Frauengesundheits- und
255 Schwangerschaftszentren dürfen nicht unter der Leitung von Kirchen oder
256 anderen Glaubensgemeinschaften stehen.

257 **V. Frauen in der Gesundheitsforschung**

258 Frauen sind im Bereich der Medizin, insbesondere in der Forschung, stark
259 unterrepräsentiert. Das ist nicht nur in Hinblick der Gleichberechtigung am
260 Arbeitsmarkt ein Problem, sondern hat auch Auswirkungen darauf, woran geforscht
261 wird, wessen Interessen berücksichtigt und für wen Produkte hergestellt
262 werden. Ein männlich gedachtes und strukturiertes Gesundheitssystem
263 reproduziert sich fortwährend selbst. So sind Forschung und Produkte oft an
264 cis-männlichen Körpern erprobt und auf diese ausgerichtet. Das führt dazu,
265 dass Frauen, Transmenschen und Non-Binaries aktiv gefährdet werden. Ein
266 Beispiel dafür sind Frühwarnsysteme für Herzinfarkte. Der Informationsstand
267 und die öffentliche Aufklärung in diesem Bereich erfassen fast ausschließlich
268 Symptome, die Herzinfarkte meistens bei Männern verursachen. Dadurch bleiben
269 sie bei Frauen oft lange unentdeckt, werden erst spät behandelt und das Risiko
270 von Langzeitschäden oder Tod steigt. Wir wollen ein Gesundheitssystem, dass
271 alle Körper gleichermaßen in den Blick nimmt und allen eine bestmögliche
272 Versorgung bietet. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist eine
273 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Medizin. Deshalb fordern wir eine
274 paritätische Besetzung und damit eine Frauenquote für Führungspositionen und
275 Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens, in den Vorständen der
276 Krankenkassen, Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen. Gleichzeitig
277 müssen Forschungsgelder gerecht verteilt werden. Dabei sollen sowohl Projekte
278 von Forscherinnen als auch Forschungsvorhaben, die sich explizit mit
279 Frauengesundheit oder der Gesundheitsversorgung von Transpersonen beschäftigen
280 besonders berücksichtigt werden.

281 **VI. Gesundheitsversorgung für Transmenschen** 282 **stärken**

283 Transmenschen sind in besonderem Maße von Ausschlüssen im Gesundheitssystem
284 betroffen. Sie leiden sowohl unter der zweigeschlechtlichen Ausrichtung der
285 Gesundheitsversorgung als auch unter der Pathologisierung von Transmenschen, die
286 tief in Wissenschaft und Praxis eingeschrieben ist. Seit den 1950er-Jahren
287 herrschte die Vorstellung, dass es sich bei Transsexualität um eine psychische
288 Erkrankung handele. Auch wenn es hier dank der Arbeit von mutigen
289 Transaktivist*innen in den letzten Jahren Fortschritte gab – so wird
290 Transsexualität in der aktuellen Fassung der [Internationalen Klassifizierung](#)
291 [von Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme](#) (ICD) seit 2018 nicht mehr
292 als Krankheit oder Störung aufgeführt – wirkt die Psychopathologisierung
293 weiter. Dem stellen wir uns entgegen. Denn wir setzen uns für einen
294 gleichberechtigten Zugang von Transmenschen zu einer selbstbestimmten und
295 würdevollen Gesundheitsversorgung ein. Deshalb fordern wir:

- 296 • die sozialrechtliche Absicherung transspezifischer Gesundheitsversorgung;

- 297 • die grundsätzliche Übernahme der Kosten von geschlechtsmodifizierenden
298 oder -angleichenden Behandlungen ohne die Notwendigkeit des Nachweis der
299 medizinischen Notwendigkeit;
- 300 • die Entpathologisierung von Transidentitäten und Umsetzung der Empfehlung
301 des Europarats aus der Resolution 2048 „Discrimination against
302 transgender people in Europe“ vom 22. April 2015, alle Einstufungen als
303 psychische Krankheiten in nationalen Klassifikationen aller EU-
304 Mitgliedsstaaten zu streichen;
- 305 • Umsetzung der S3-Leitlinie zur Diagnostik, Beratung und Behandlung, die
306 vom Bundesverband Trans* in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der
307 Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF) erarbeitet
308 wurde.

309 Bis 2011 wurden Transpersonen, die ihre Personenstandsänderung beantragt haben,
310 zwangssterilisiert. Noch heute bestehen große Hürden für Transpersonen, die
311 ein Kind bekommen wollen. Transmänner, die ein Kind gebären, werden nach §
312 1592 BGB nicht als „Vater“ des Kindes eingetragen, sondern als „Mutter“.
313 Transpersonen, die Eltern werden oder sind, sind mit ihrem alten, oft
314 ungültigen Namen in die Geburtsurkunde ihres Kindes eingetragen und können so
315 im Alltag nicht beweisen, dass sie das Elternteil des Kindes sind.

316 **VII. Feministische Gesundheitspolitik global** 317 **denken**

318 Der Zugang zu reproduktiver Gesundheit und eine gute Gesundheitsversorgung ist
319 gerade im globalen Kontext für viele Menschen nicht gegeben. Entweder
320 verhindern Armut und eine schlechte wirtschaftliche Lage eine gute medizinische
321 Versorgung, oder autoritäre, frauen- und queerfeindliche Regime produzieren
322 bewusst Ausschlüsse, um Frauen und LGBTIQ zu unterdrücken. Es wird Zeit, dass
323 die Staatengemeinschaft hier endlich Verantwortung übernimmt. Deutschland
324 müsste hier Druck auf Staaten wie die USA ausüben, ist jedoch aufgrund der
325 frauenfeindlichen Gesetzeslage im eigenen Land unglaubwürdig. Die
326 Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ist also auch die
327 Voraussetzung dafür, sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung im globalen und
328 internationalen Kontext voranzutreiben. Der Einsatz für reproduktive Rechte und
329 eine feministische Betrachtung von Gesundheit muss Teil einer feministischen
330 Außenpolitik werden. Dazugehört die ausreichende Finanzierung des
331 Weltbevölkerungsfonds (UNFPA) der Vereinten Nationen, der sich international
332 für eine selbstbestimmte Familienplanung einsetzt, sowie die Finanzierung von
333 Nichtregierungsorganisationen, die sich für reproduktive Rechte stark machen,
334 durch die Staatengemeinschaft, gerade in solchen Ländern, in denen Frauenrechte
335 massiv eingeschränkt und Abbrüche kriminalisiert werden.

336 Außerdem muss der Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung auf
337 internationaler Ebene vorangetrieben werden. Bei weiblicher
338 Genitalverstümmelung handelt es sich um einen schweren Menschenrechtsverstoß
339 und einen groben Verstoß gegen das Recht auf körperliche und seelische

340 Unversehrtheit von Kindern. In 30 Ländern wird der grausame Ritus der
341 Genitalverstümmelung aber immer noch ausgeübt und weltweit sind etwa 200
342 Millionen Mädchen und Frauen betroffen. Nach Schätzungen des EU-Parlaments
343 sind in Europa derzeit mehr als 180.000 Mädchen dem Risiko ausgesetzt, in einem
344 Land der EU oder im Herkunftsland ihrer Eltern Genitalverstümmelung zu
345 erleiden. In Deutschland leben mehr als 20.000 Frauen, die Opfer weiblicher
346 Genitalverstümmelung wurden. Seit einigen Jahren findet sich weibliche
347 Genitalverstümmelung im Strafgesetz wieder und wird als Fluchtgrund anerkannt.
348 Die bisherigen Schutzmaßnahmen greifen jedoch zu kurz. Wir fordern den Ausbau
349 von Präventionsmaßnahmen wie die dauerhafte Förderung von Projekten zur
350 Aufklärung und die gezielte Schulung von Gynäkolog*innen und
351 Kinderärzt*innen. Auch wohnortnahe und niedrigschwellige Angebote müssen
352 geschaffen werden, bei denen betroffene Mädchen und Frauen Hilfe, Beratung und
353 Schutz in Anspruch nehmen können und medizinische sowie psychosoziale
354 Unterstützung erhalten.

355 **VIII. Feministische Kämpfe als Ausgangspunkt**
356 **für ein anderes Gesundheitssystem**

357 Im nächsten Jahr wollen wir verstärkt Kämpfe miteinander verbinden. Eine
358 feministische Gesundheitspolitik muss für uns mit einer grundsätzlichen Kritik
359 an der Ökonomisierung des Gesundheitssystems verbunden werden. Deshalb wollen
360 wir uns als GRÜNE JUGEND verstärkt mit diesem Thema beschäftigen und Visionen
361 für ein Gesundheitssystem der Zukunft entwerfen, dass die Bedürfnisse von
362 Menschen und nicht Profite in den Mittelpunkt stellt. Damit der Spruch
363 „Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Recht!“ irgendwann mal kein
364 Anspruch, sondern eine Realität ist.

K-4 B 50% reichen nicht - männliche Dominanz im parlamentarischen Raum zurückdrängen

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

Antragstext

1 Als Grüne Jugend begrüßen und unterstützen wir Vorhaben, die zu mehr
2 Repräsentation von Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen führen, auch
3 und grade in unseren Parlamenten.

4 Im parlamentarischen Kontext drückt sich Gleichberechtigung nicht allein durch
5 die Anzahl von Mandatsträger*innen aus. Auch die Verteilung von
6 Spitzenpositionen in Präsidium und Fraktionen, Ausschussmitgliedschaften,
7 Redezeiten, thematische Aufteilungen und die grundsätzliche Arbeitsweise von
8 Parlamenten müssen Bestandteil der Debatte um eine tatsächliche Gleichstellung
9 im parlamentarischen Raum sein. Dass mehr Frauen, inter, trans und nicht-binäre
10 Personen im parlamentarischen Kontext vorkommen, ist ein großer Gewinn, denn nur
11 so kann die parlamentarische Realität irgendwann auch die der Gesellschaft
12 abbilden. Maßnahmen um dies zu erreichen müssen allerdings aufgrund der
13 komplexen Problemlage divers sein.

14 Die Grüne Jugend und Bündnis 90/Die Grünen haben eine 50+-Quote. Diese sorgt
15 dafür, dass mindestens 50 % von Amts- und Mandatsträger*innen von Frauen bei
16 Bündnis 90/Die Grünen und mindestens 50 % von Frauen, inter, trans und nicht-
17 binären Personen bei der Grünen Jugend besetzt werden müssen. Mit dieser
18 Regelung sind wir diejenigen, die fast ausnahmslos die meisten Frauen, inter,
19 trans und nicht-binären Personen in Parlamente entsenden. Unsere harte Quote hat
20 bewiesen, wie nötig sie ist und wie dringend alle Parteien sie brauchen würden.
21 Ein Gesetz zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit im politischen und
22 parlamentarischen Raum darf also nicht dazu führen, dass 50%+Quoten aufgelöst
23 oder aufgeweicht werden müssen.

24 Die Förderung von Frauen in der politischen Sphäre ist notwendig, damit sie den
25 gleichen Zugang zu Entscheidungsprozessen bekommen, wie Männer. Sinkende
26 Frauenanteile in unseren Parlamenten auf Bundes- und Landesebene zeigen, dass
27 sich die gesellschaftlichen Hürden, die Frauen im Patriarachat in den Weg gelegt
28 werden, nicht von selbst beseitigen.

29 Inter, trans und nicht-binäre Personen leiden auch in der politischen Sphäre
30 unter Unsichtbarkeit und Diskriminierung. Um sich an der Er kämpfung eigener
31 Rechte und der Gestaltung der eigenen Zukunft beteiligen zu können ist eine
32 angemessene Repräsentation in unseren Parlamenten ein wichtiger Schritt auf dem
33 Weg zur Gleichberechtigung. Auch der Zwang sich in ein binäres
34 Geschlechtersystem einordnen zu müssen erhöht derzeit die Hürden sich aktiv in

35 der politischen Sphäre einzubringen.

36 Harte Quoten, gezielte Förderung und die explizite Benennung von
37 Kandidaturmöglichkeiten können wirksame Werkzeuge sein, um sowohl Frauen, als
38 auch inter, trans und nicht-binären Personen zu dem ihnen zustehenden
39 politischen Einfluss und der nötigen Wirkmacht für gesellschaftliche
40 Veränderungen zu verhelfen

41 Solange wir keine tatsächliche Gleichberechtigung haben, kann es keine Über-
42 Repräsentation von Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen geben! De
43 facto würde in der derzeitigen gesellschaftlichen Realität eine 50/50-Quote eine
44 Männerquote bedeuten. Eine Quote muss gesellschaftlich benachteiligte Gruppen
45 stärken und zu deren Repräsentation führen, statt die Hälfte der Macht für
46 Männer zu reservieren.

47 Für ein Gesetz, das möglichst alle Problemlagen von Repräsentation von Frauen,
48 inter, trans und nicht-binären Personen im politischen und parlamentarischen
49 Raum berücksichtigt und dementsprechend keine binäre 50/50-Quote sein kann,
50 brauchen wir Rechtssicherheit. Unter dem Vorwand der Rechtssicherheit wird
51 allerdings in der derzeitigen Debatte vorrangig ein binäres Rechtsmodell
52 vorgeschlagen.

53 Für eine angemessene Quotierung von Ämtern und Mandaten im politischen und
54 parlamentarischen Raum müssen Gesetze zur Verbesserung der
55 Geschlechtergerechtigkeit im politischen und parlamentarischen Raum in Zukunft
56 sowohl eine Mindestquotierung für Frauen, als auch die klare Benennung für
57 Kandidaturmöglichkeiten von inter, trans und nicht-binären Personen beinhalten.
58 Die vor dem Bundesverfassungsgericht erstrittene dritte Geschlechtseintragung
59 („divers“) ist eine biologistische Kategorie. Diese möchten wir nicht
60 manifestieren, sondern die Geschlechtsidentitäten aller Menschen anerkennen und
61 diese in ihrem Kampf um ihre Rechte stärken.

62 Die Möglichkeit für inter, trans, und nicht-binären Personen auf allen
63 verfügbaren Plätzen zu kandidieren kann dabei sowohl die Hürden zu einer
64 Kandidatur absenken, als auch eine prozentuale Deckelung vermeiden.

65 Wir brauchen einen Prozess hin zu einem intersektionalen Gesetz, das nicht nur
66 die Perspektive von Frauen sondern von allen nicht-männlichen Personen mitdenkt
67 und zur Verbesserung der Repräsentation eben dieser führt. Dabei lassen wir uns
68 nicht gegeneinander ausspielen!

Begründung

Strukturell wurden Frauen in allen gesellschaftlichen Räumen, auch im politischen, lange nicht geduldet und auch nach einer rechtlichen Gleichstellung zeigt sich deutlich, dass eine tatsächliche Gleichstellung nicht existiert. Das erkennt auch das Grundgesetz an und formuliert deshalb: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“. Die gesellschaftliche und politische Teilhabe von inter, trans und nicht-binären Personen ist auch im Vergleich dazu noch immer stark marginalisiert und in Parlamenten fast nicht vorhanden.

In Brandenburg und Thüringen wurden Parité-Gesetze beschlossen, um eine Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit in Parlamenten zu erzielen. In vielen weiteren Bundesländern gibt es politische Debatten dazu und auch auf Bundesebene wird das Thema aufgegriffen. Wir brauchen verbindliche Maßnahmen um mehr Frauen, inter, trans und nicht-binären Personen den Weg in politische und parlamentarische Räume zu ermöglichen. Dafür aber ein binäres System zu stärken, welches wir stattdessen aufbrechen müssten kann nicht der richtige Weg sein.

K-5 B Sexwork is Work- Solidarität mit Sexarbeiter*innen!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.11.2019
Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

Antragstext

1 Wir sind ein queerfeministischer Verband, und die Selbstbestimmungsrechte von
2 allen Menschen haben für uns zentrale Bedeutung, besonders von Frauen und
3 Queers. Gerade in Zeiten, in denen rechte Ideologien in ganz Europa aufflammen,
4 Frauen und Queers die Rechte auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung
5 wieder abgesprochen werden und christliche Fundamentalist*innen ihr streng
6 patriarchales Weltbild auf die Straße tragen, stehen wir für die
7 Selbstbestimmung und Freiheit aller ein. Auch dass sogenannte
8 Prostituiertenschutzgesetz zeigt deutlich die Merkmale rechtskonservativer
9 Ideologien, in denen Frauen- und Queerfeindlichkeit eine zentrale Rolle spielen
10 und Ressentiments gegen Menschen geschürt werden, die nicht ihrer Sexualmoral
11 entsprechen.

12 Wir solidarisieren uns deshalb mit Sexarbeiter*innen weltweit und kämpfen für
13 die Entkriminalisierung und Entstigmatisierung von erotischen Dienstleistungen.
14 Unter dem Deckmantel, Frauen vor sexueller Gewalt oder Bedrohungen wie
15 Menschenhandel und Zwangsprostitution schützen zu wollen, werden die Rechte auf
16 körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und Queers weiter
17 eingeschränkt und Ressentiments gegenüber Sexarbeiter*innen und Migrant*innen
18 geschürt und damit Gewalt unsichtbar gemacht. Doch echter Schutz kann weder aus
19 menschenfeindlichen Ideologien, noch aus restriktiven Gesetzen entstehen. Statt
20 durch Bevormundung, Kriminalisierung und Stigmatisierung muss Sexarbeiter*innen
21 durch angemessene Arbeitnehmer*innenrechte, freiwillige Beratung und den
22 gemeinsamen Kampf gegen Diskriminierung in unserer Gesellschaft das Recht auf
23 körperliche Unversehrtheit und ein selbstbestimmtes Leben garantiert werden.

24 Die GRÜNE JUGEND....

- 25 • erkennt Sexarbeit als Arbeit an und achtet das Selbstbestimmungsrecht der
26 Sexarbeiter*innen;
- 27 • lehnt ein „Sexkaufverbot“ und „Sexverkaufverbot“ ab;
- 28 • setzt sich für die Abschaffung des Prostituiertenschutzgesetzes ein;
- 29 • fordert, dass die vorhandenen, diskriminierenden Zwangsberatungen sofort
30 beendet werden und direkt durch kompetente am Wohl der Sexarbeiter*innen
31 orientierte Beratungen ersetzt werden. Wir setzen uns für kostenlose,
32 flächendeckende und ergebnisoffene Beratungsstellen ein. Gleichzeitig
33 sollen weiterhin „Ausstiegsberatungen“ für Sexarbeiter*innen

- 34 stattfinden, die sich das wünschen. Auch sollen hier sogenannte
35 „Einstiegsberatungen“ stattfinden, die ergebnisoffen sind und Menschen
36 mit Informationen auf die Arbeit vorbereiten. Sexarbeiter*innen sollen
37 hier unter anderem einen unbürokratischen Zugang zu den Sozial- und
38 Krankenversicherungen erhalten. Auch wollen wir mehrsprachige Kompetenzen
39 in diesen Beratungsstellen zur Verfügung stellen, damit alle
40 Sexarbeiter*innen dort die Hilfestellungen bekommen, die sie angesichts
41 einer gesellschaftlichen Stigmatisierung brauchen. Grundsätzlich muss die
42 Inanspruchnahme dieser Beratungsstellen freiwillig sein.
- 43 • lehnt Abschiebungen migrantischer Sexarbeiter*innen ab;

 - 44 • fordert das Recht auf Asyl für migrantische Sexarbeiter*innen, die in
45 ihren Herkunftsstaaten von Stigmatisierung und Kriminalisierung betroffen
46 sind und die Möglichkeit einer geregelten Migration von
47 Sexarbeiter*innen;

 - 48 • fordert ein sofortiges Ende der staatlichen Finanzierung von
49 (fundamentalistischen) Anti-Sexarbeitskampagnen;

 - 50 • fordert die Bekämpfung der Stigmatisierung von Sexarbeit durch
51 progressive Aufklärungskampagnen, sowie die Thematisierung der aktuellen
52 Stigmatisierung im Schulunterricht nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit
53 Sexarbeiter*innen;

 - 54 • lehnt Sperrbezirke für Sexarbeit ab;

 - 55 • fordert die Schaffung eines sicheren Umfeldes für Straßensexarbeit;

 - 56 • ist gegen Razzien und Kontrollen in Bordellen und erotischen
57 Etablissements durch die Polizei, sondern für Betriebskontrollen durch
58 die Ordnungsämter. Die Ordnungsämter sollen Sensibilisierungstrainings
59 erhalten oder es sollen zusätzliche Stellen mit der alleinigen
60 Zuständigkeit für diese Kontrollen geschaffen werden;

 - 61 • fordert eine einfache Registrierung als Selbstständige*r für alle
62 Sexarbeiter*innen;

 - 63 • spricht sich gegen eine „Sondersteuer“/„Vergnügungssteuer“ für
64 Sexarbeitende aus;

 - 65 • ist für die Beibehaltung des Mindestalters von 18 Jahren für Sexarbeit.;

 - 66 • lehnt es ab, dass Sexarbeiter*innen aufgrund ihres Berufes das Sorgerecht
67 für ihre Kinder verlieren können;

 - 68 • ist für Beratung und Empowermentsstrukturen für Kinder von
69 Sexarbeiter*innen. Es braucht Räume, in denen sich Kinder von
70 Sexarbeiter*innen frei bewegen können und in denen Probleme, die durch

- 71 die Stigmatisierung von Sexarbeit in der Gesellschaft entstehen,
72 professionell und altersgerecht begleitet werden können, ohne dass diese
73 Verantwortung allein beim Elternhaus liegt.
- 74 • ist für eine Anzeigepflicht bei der Gewerbebeanmeldung von
75 Prostitutionsstätten nach § 14 der Gewerbeordnung;
- 76 • fordert die Aufnahme von „Sexarbeit“ ins Allgemeine
77 Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Sexarbeit darf kein Kündigungsgrund sein;
- 78 • setzt sich dafür ein, dass Sexarbeiter*innen die aus eigener Tasche für
79 die Zwangsberatungen zahlen mussten dieses Geld erstattet bekommen;
- 80 • fordert eine Zusammenarbeit mit Sexarbeiter*innenorganisationen und -
81 netzwerken und Fachberatungsstellen, wenn an neuen Gesetzen und Auflagen
82 für Sexarbeit gearbeitet wird;
- 83 • ist sich bewusst, dass eine pauschale Vermischung von Zwangsprostitution
84 und Sexarbeit weder Sexarbeiter*innen noch den Opfern von
85 Zwangsprostitution hilft. Wir wollen ein Ende dieser Pauschalisierungen
86 und stattdessen echte Hilfe für die Betroffenen von Zwangsprostitution:
87 Dazu gehört, dass Organisationen, die sich gegen Menschenhandel
88 einsetzen, gestärkt werden und staatliche Behörden europaweit gegen die
89 Strukturen des Menschenhandels stärker vorgehen, beispielsweise in einem
90 Ausbau der Ermittlung gegen „Hintermänner“ und der
91 Korruptionsbekämpfung. Betroffene müssen besonderen rechtlichen Schutz
92 erhalten, etwa durch konsequenten Schutz vor einer Abschiebung bei
93 Anzeige. Diese Ermittlungen dürfen die Rechte der Sexarbeiter*innen nicht
94 beschneiden.
- 95 • ist für sexuelle Selbstbestimmung!
- 96 Das Prostituierten„schutz“gesetz ist im eigentlichem Sinne gelungen, denn
97 ein Schutz von Sexarbeiter*innen im Sinne der Bedürfnisse von Sexarbeiter*innen
98 war nie das Ziel. Die Zwangsregistrierung, die Einführung eines ständig
99 mitzuführenden Ausweisdokuments und die Einschränkung des Grundrechts auf
100 Unverletzlichkeit der Wohnung sorgen für eine Erschwerung bis zu einer
101 Unmöglichkeit einer sicheren Sexarbeit. Sexarbeiter*innen müssen selbst
102 bestimmen können, wer welche Informationen über sie erfassen darf und wem
103 gegenüber sie sich outen wollen. Diese Selbstbestimmtheit wird durch das
104 ProstSchG unmöglich. Es ist eine staatliche Bevormundung unter Vorwand des
105 Schutzes von Sexarbeiter*innen und eine Kriminalisierung jener, die sich ihr
106 nicht unterordnen wollen oder können.
- 107 Der Bundesvorstand wird beauftragt die Bundestagsfraktion und die Europagruppe
108 GRÜNE mit Nachdruck auf den Beschluss hinzuweisen. Auch wollen wir für eine
109 solche Positionierung in unseren Dachverbänden – wie FYEG – kämpfen.
- 110 Wir setzen uns konsequent für einen echten Schutz vor sexueller Gewalt und
111 Bevormundung und gegen die Marginalisierung von Sexarbeiter*innen ein.

Begründung

Seit 2001 ist der Kauf und Verkauf von sexuellen Dienstleistungen in Deutschland legal und Sexarbeit ein staatlich anerkannter Beruf. Dienstleistungen wie Sex, erotische Massagen, Tantra, BDSM, Strippen, Pornographie, Cam-sex, Telefonsex und vieles mehr darf in Deutschland einvernehmlich gekauft und verkauft werden. Am 1. Juli 2017 trat das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) in Kraft. Keine andere Berufsgruppe wird dermaßen durch das Strafrecht diskriminiert wie Menschen die in der Sexarbeit tätig sind. Nach dem neuen ProstSchG herrscht für Sexarbeiter*innen unter anderem eine Zwangsregistrierung, eine Zwangsberatung und die Pflicht, einen „Hurenausweis“ jederzeit mit sich zu tragen. Dies ist in Deutschland seit 1945 wieder die erste verpflichtende Registrierung einer Berufsgruppe. Wer nicht registriert ist, arbeitet illegal. In Bordellen und ähnlichen Etablissements darf ohne Registrierung nicht mehr gearbeitet werden. Es findet bereits eine flächendeckende Schließung von Bordellen und weiteren Etablissements statt. Viele Sexarbeiter*innen müssen nun unter schlechteren Bedingungen in Privatwohnungen, Hotels oder im Freien arbeiten.

So wie es vor einem Schwangerschaftsabbruch eine Zwangsberatung gibt, gibt es nun für Sexarbeiter*innen die Pflicht, sich alle zwölf Monate (unter 21 Jahren sind es alle 6 Monate) einer gesundheitliche Beratung zu unterziehen. Dies ist jedoch kein Gesundheitscheck. Vielmehr handelt es sich im jährlichem (bzw. halbjährlichem) Rhythmus um den gleichen Vortrag über Verhütung, Schwangerschaft und Drogengebrauch. Dolmetscher*innen werden vom Staat nicht bereitgestellt. Dies ist wiederum nur ein Gesetz zur Einschränkung der sexuellen Selbstbestimmung und eine Bevormundung, die vor allem Frauen betrifft. Bundesweit konnte unter den zwangsberatenen und zwangsregistrierten Sexarbeiter*innen so gut wie keine „Zwangsprostituierte“ gefunden werden.

Sexarbeiter*innen müssen nun die Bescheinigung der Gesundheitsberatung und eine Anmeldebescheinigung jederzeit mit sich führen und sich vor Beamt*innen als Sexarbeiter*in outen. Dieser „Hurenpass“ kann eine*n Sexarbeiter*in ganz leicht ungewollt vor Freund*innen, Familie oder Partner*in outen.

Weiterhin gibt es im ProstSchG starke Einschränkungen für die Wohnungsprostitution und der "Lovemobile", eine Kondompflicht und weitere Auflagen. Die Polizei darf durch dieses Gesetz jederzeit Privatwohnungen betreten, allein zur „Überwachung des Prostitutionsgewerbes“ (§29 ProstSchG). Die „Alternative“ die nun einzelne der SPD und CDU/CSU fordern (ein „Sexkaufverbot“) ist keine Alternative sondern eine Verschlimmerung der Situation. In Schweden, wo dieses Model seit 1999 praktiziert wird, hat es starke Schäden in der Gesundheitsversorgung und eine negative Auswirkung auf die Rechte und Lebensbedingungen von Sexarbeiter*innen gegeben (vgl. Broschüre: *The Real Impact of the Swedish Model on Sex Workers*, Hrsg.: nswp- Global Network of Sexwork Projects). Dies wird durch eine Reihe von Studien belegt. In der GRÜNEN JUGEND treten wir für Menschenrechte ein und nicht für die Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Queers.

Das Prostituierten“schutz“gesetz ist nicht gefloppt. Ein Schutz von Sexarbeiter*innen im Sinne der Bedürfnisse von Sexarbeiter*innen war nie das Ziel des ProstSchG. Es war nur ein Vorwand christlich-fundamentalistischer und rechtskonservativer Kräfte, ein weiteres Polizeigesetz in Deutschland durchzusetzen. Die Zwangsregistrierung, die Einführung eines ständig mitzuführen Ausweisdokuments (dem „Hurenpass“) und die Einschränkung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung spielt ganz klar in die Hände des Polizeistaates. Schon 1993 wünschte man sich in einem Gutachten der BKA eine Wiedereinführung der Erlaubnispflicht (Vgl. *Dona Carmen (Hrsg.), Entrechtung durch Schutz, 2019, S. 192*). Die Kampagnen für ein „Sexkaufverbot“ und die Abschaffung der Prostitution sind Teil der weltweiten rechtspopulistischen Bewegung. Durch Politikerinnen wie Leni Breymaier und Herta Däubler-Gmelin gibt es ganz klare personelle Überschneidungen mit der christlich-fundamentalistischen Szene. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen „sexuellen Missbrauch“ und „Menschenhandel“ wird die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und Queers eingeschränkt und Ressentiments gegenüber Migrant*innen geschürt.

A-2 B Arbeitsprogramm 2020 - Potentiale nutzen, Kämpfe verbinden, Zukunft verändern

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 10.11.2019
Tagesordnungspunkt: A – Arbeitsprogramm

Antragstext

1 #AlleFürsKlima – unter diesem Motto gingen am 20.9. allein in Deutschland 1,4
2 Millionen Menschen, weltweit mehr als 4 Millionen, für echten Klimaschutz auf
3 die Straße. Die globale Klimagerechtigkeitsbewegung ist so stark wie nie, die
4 Notwendigkeit, radikal umsteuern zu müssen, um unsere Lebensgrundlage zu
5 erhalten, ist im gesellschaftlichen Bewusstsein angekommen. Gleichzeitig erleben
6 wir eine handlungsunfähige Bundesregierung, die von alldem nichts mitbekommen zu
7 scheint. Mit ihrem Klimaschutzgesetz hat die Große Koalition sich vom Pariser
8 Klimaabkommen verabschiedet und unsere Zukunft aufgegeben.

9 Im Moment dieser Widersprüchlichkeit zwischen dem wissenschaftlich Notwendigen
10 und politisch Möglichen und dem, was tatsächlich getan wird, ist es unsere
11 Aufgabe, den Druck nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern zu erhöhen, und die
12 Politisierung unserer Generation zu vertiefen. Die Politik der Sachzwanglogik,
13 für die die Bundesregierung stellvertretend steht, verliert immer mehr an
14 Legitimation. Mehr und mehr Menschen wird bewusst, dass die gesellschaftlichen
15 Verhältnisse nicht in Stein gemeißelt, sondern veränderbar sind. Diesen Menschen
16 wollen wir eine Anlaufstelle für die langfristige politische Organisation
17 bieten. Dafür müssen wir weiterhin an den Herausforderungen und Potenzialen
18 eines wachsenden Verbandes arbeiten. Denn in den letzten vier Jahren hat sich
19 die Grüne Jugend verdoppelt. Wir waren noch nie so viele, im nächsten Jahr wird
20 es darum gehen, diese Mobilisierung und die damit einhergehenden Chancen in
21 politische Erfolge umzusetzen und die Weichen dafür zu stellen, die veränderten
22 gesellschaftlichen Mehrheiten in andere politische Mehrheiten zu verwandeln.
23 Damit das gelingt, müssen wir die Frage des Klimaschutzes in den Kontext anderer
24 politischer Missstände stellen. Armut, globale Ausbeutung oder die Einschränkung
25 der Rechte von Frauen dürfen nicht als Nebenwiderspruch abgetan werden. Wir
26 wollen politische Kämpfe miteinander verbinden, und sowohl nach innen als auch
27 nach außen klar machen, dass der Einsatz für Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit,
28 Selbstbestimmung der Geschlechter und Menschenrechte zusammen gehören, zusammen
29 gedacht und vor allem zu einer gemeinsamen Strategie verbunden werden müssen:
30 eine Strategie, die die kapitalistische Organisation unserer Welt hinterfragt,
31 und eine Gesellschaft der universellen Freiheit und Gleichheit in den Blick
32 nimmt. Das ist ohne Frage keine einfache Aufgabe, doch die Voraussetzungen
33 innerhalb und außerhalb des Verbandes sind so gut wie selten zuvor. Also nutzen
34 wir die Veränderungen in unserer Gesellschaft, um eine andere Zukunft politisch
35 erreichbar zu machen.

36 **Bildungsarbeit im Jahr 2020**

37 Die Bildungsarbeit ist ein zentrales Instrument unserer politischen Arbeit.
38 Unser Grundverständnis als politisch wirksamer Verband lässt sich nur mit
39 fundierter und kritischer Bildungsarbeit erreichen. Um die Verhältnisse zu
40 verändern, müssen wir lernen, sie zu hinterfragen und die ihnen zugrunde
41 liegenden Zusammenhänge verstehen. Dazu denken wir unsere Bildungsarbeit als
42 Teil einer großen Strategie, die durch das Aufzeigen von politischen
43 Handlungsräumen und Perspektiven einen emanzipatorischen Charakter erhält. Darum
44 wollen wir auch im nächsten Jahr umfassende und kritische Bildungsarbeit
45 leisten.

46 **Die Arbeit mit dem neuen Bildungsteam**

47 Das neu zu wählende Bildungsteam hat im nächsten Jahr erstmals die Möglichkeit,
48 eine gesamtverbandliche Bildungsstrategie auszuarbeiten. In enger Zusammenarbeit
49 mit dem Bundesvorstand und unter Einbezug der Fachforen wollen wir überlegen,
50 wie eine sowohl inhaltlich tiefgehende und stringente, als auch politisch
51 aktuelle Bildungsarbeit aussehen kann. So wollen wir attraktive und vielfältige
52 Orte der Politisierung, des Austausches und der Horizonterweiterung für junge
53 Menschen schaffen.

54 **Höhepunkte unserer Bildungsarbeit**

55 Der erste Höhepunkt im nächsten Jahr soll der allererste Themenkongress der
56 GRÜNEN JUGEND sein. Diesen neuen Kongress wollen wir gemeinsam mit dem
57 Bildungsteam mit Leben füllen und neue Konzepte, Formate und Diskussionsräume
58 erproben, die uns als Verband weiterbringen können. Noch nie war die
59 Klimabewegung auf der Straße so aktiv und divers wie jetzt. Woche für Woche
60 gehen tausende junge Menschen auf die Straße, um für eine lebenswerte Zukunft
61 auf diesem Planeten zu streiken. Bewegungen des zivilen Ungehorsams mobilisieren
62 tausende Menschen in Kohlegruben, auf Straßen oder in den Hambacher Wald. Der
63 Ruf der Gesellschaft ist laut und deutlich: Klimaschutz muss her, und zwar
64 radikal und sofort!

65 Gleichzeitig macht die Klimapolitik keine großen Fortschritte und trotz des
66 Protests von 1,4 Millionen Menschen in Deutschland lässt uns das vorliegende
67 Klimapaket wenig hoffen. Das geht besser: Wir wollen uns damit beschäftigen, wie
68 eine ökologische Transformation unserer Gesellschaft genauer aussehen kann. Wie
69 soll unsere nachhaltig gestaltete Zukunft aussehen? Wie können wir den
70 ökologischen Wandel sozial gerecht gestalten und wie kann ein Klimaschutz
71 aussehen, von dem Menschen aller Schichten profitieren? Wie lassen sich eine
72 Agrar- oder eine Verkehrswende umsetzen? Wie kann ein Systemwandel herbeigeführt
73 werden, der der Ausbeutung von Mensch und Natur ein Ende setzt? Wie kann eine
74 emanzipatorische Klimapolitik die Lebensrealitäten von Frauen, People of Color,
75 Arbeiter*innen und kranken Menschen verbessern? Wie können wir mit radikalem
76 Klimaschutz für globale Gerechtigkeit eintreten?

77 Diese Fragen wollen wir mit dem gesamten Verband auf und um den Themenkongress
78 herum diskutieren und progressive Lösungen finden. Gemeinsam wollen wir deutlich
79 machen, dass solche Lösungen entschiedene Schritte auf dem Weg zu einem
80 Systemwandel darstellen müssen – und nicht in der kapitalistischen
81 Produktionsweise verhaftet bleiben können.

82
83 Dass unser Verband wächst merken wir auch auf unseren Bundeskongressen: Immer

84 mehr Mitglieder kommen jährlich zusammen um sich zu treffen, sich gemeinsam
85 weiterzubilden und miteinander zu diskutieren. Es ist toll, dass wir so
86 Aktivist*innen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen bringen können,
87 gleichzeitig dürfen wir die benötigten Ressourcen die Veranstaltung in dieser
88 Form umzusetzen nicht aus den Augen verlieren. Auch im nächsten Jahr wollen wir
89 uns weiter mit den Formaten und Möglichkeiten bundesweiter Treffen
90 auseinandersetzen und die Erfahrungen und Herausforderungen der letzten
91 Bundeskongresse evaluieren. Dabei wollen wir insbesondere auch die stark
92 gestiegene Teilnehmer*innenzahl der letzten beiden Bundeskongresse
93 berücksichtigen, die den Trend des gesteigerten Mitgliederwachstums
94 widerspiegelt.

95 Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre war geprägt von
96 Anstrengungen zur Restabilisierung des Kapitalismus. Die Austeritätspolitik hat
97 profitables Wirtschaften wieder ermöglicht und so die Krise für das Kapital
98 beendet. Doch wie steht es um die Lebenssituation der Lohnabhängigen in unserer
99 Gesellschaft? Die von der Sparpolitik geschwächten Sozialsysteme können lange
100 nicht mehr alle Menschen auffangen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Italien,
101 Spanien und Griechenland liegt immer noch bei ca. 30 %. Auch in Deutschland
102 leiden wir unter den Maximen der schwarzen Null. Wo gearbeitet wird, werden
103 Menschen immer häufiger in prekäre Verhältnisse der Teilzeit- oder Leiharbeit
104 gezwungen. Trotz sinkender Arbeitslosenquote sind immer mehr Menschen auf
105 Sozialleistungen angewiesen, um über den Monat zu kommen. Wer einmal in der
106 Arbeitslosigkeit oder Armut angekommen ist, findet nur schwer einen Weg wieder
107 hinaus, und insbesondere Frauen müssen sich vor einer Zukunft in Altersarmut
108 fürchten. Die neoliberalen Prinzipien von Eigenverantwortung und freiem
109 Arbeitsmarkt wollen wir nicht unbeantwortet lassen: Die Sommerakademie wollen
110 wir nutzen, um uns mit grundsätzlichen Fragen der Arbeit auseinanderzusetzen.
111 Eine Ausweitung der Sommerakademie kann uns ermöglichen, noch tiefer und
112 intensiver in Debatten innerhalb des Themenfeldes einzusteigen. Wie funktioniert
113 die Ausbeutung der Arbeiter*innen im Kapitalismus? Wie kann Arbeit
114 gesellschaftlich organisiert werden, ohne auf dem Prinzip der Ausbeutung zu
115 basieren? Welche Rolle kann ein starker Sozialstaat dabei spielen? Wie kann ein
116 modernes revolutionäres Subjekt zum Umsturz der Verhältnisse aussehen? Wie
117 können wir den Herausforderungen von globalen Ungleichheiten innerhalb der
118 Arbeiter*innenklasse begegnen? Welche Perspektiven bietet antikapitalistische
119 Politik für den gesellschaftlichen Bezug zur Arbeit? Über die Sommerakademie
120 hinaus wollen wir einen Lesekreis nutzen, um diese Debatten im ganzen Verband
121 führen zu können.

122
123 Auf dem 54. Bundeskongress wollen wir uns vertieft mit unserem Verhältnis zum
124 Kapitalismus und Strategien zu dessen Überwindung beschäftigen und die Frage
125 klären, wie wir zu möglichen Alternativen, unter anderem dem Sozialismus,
126 stehen. Denn eine andere Welt ist möglich!

127 **Vielfältige Seminararbeit**

128 Gemeinsam mit dem Bildungsteam wollen wir unser Seminarangebot an den
129 Bedürfnissen des Verbands und der aktuellen politischen Lage ausrichten. In
130 Kooperationen mit unterschiedlichen Landesverbänden wollen wir unsere Kräfte und
131 Ressourcen bündeln, um möglichst viele Aktivist*innen der GRÜNEN JUGEND zu
132 erreichen. Hier können wir die thematische Vielfalt unserer politischen Arbeit
133 zum Ausdruck bringen und sie durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Ebenen
134 gleichzeitig an einer gesamtverbandlichen Bildungsstrategie ausrichten. So kann

135 ein vielfältiges Seminarangebot zu unterschiedlichen Themen auf die Beine
136 gestellt werden. Das neu gewählte Bildungsteam wird sich auch dem Setzen
137 wichtiger Themen der Bildungsarbeit des Verbands widmen, so dass ein breites und
138 attraktives Angebot entsteht.

139 Einige Seminarangebote, deren Relevanz wir in der aktuellen politischen Lage
140 sehen, möchten wir darüber hinaus auf den Weg bringen:

141 Die letzten Monate haben gezeigt, dass die internationale Zusammenarbeit vieler
142 Staaten vor großen Herausforderungen steht. Das Anzweifeln multilateraler
143 Lösungen und das Rütteln an international gefassten Abkommen verleihen den
144 Debatten um internationale Sicherheitspolitiken eine neue Brisanz. Ein
145 Seminarangebot zu Internationalem und Außenpolitik soll die Möglichkeit linker,
146 internationaler Strategien in unsicheren Zeiten aufzeigen und diskutieren.

147 Die Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender,
148 Intersexuellen (LSBTI) und queeren Personen ist immer noch geprägt von
149 Unsicherheiten und vielfältigen Diskriminierungsformen. Gemeinsam wollen wir an
150 einem Seminarwochenende nachvollziehen, welche historische Entwicklung queere
151 Rechte durchlaufen haben, welche gesellschaftlichen Hintergründe es für die
152 anhaltende Diskriminierung gibt und welche politischen Gegenstrategien wir
153 nutzen können, um Menschenrechte für alle zu garantieren. Die sexuelle
154 Orientierung von Menschen oder ihre geschlechtliche Identität darf hierbei keine
155 Rolle spielen.

156 Rassistische Einstellungen sind in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Als
157 Teil menschenfeindlicher Ideologien sind sie Ursprung von Diskriminierung in
158 Alltag und politischem Handeln. Welche Ursprünge Rassismus in unserer
159 Gesellschaft hat, wie rassistische Einstellungen sich in unserer Gesellschaft
160 ausbreiten und wie eine progressive, antirassistische Politik und Praxis
161 aussehen kann, möchten wir gemeinsam diskutieren.

162 Um mehr Mitglieder der GRÜNEN JUGEND mit unseren Seminarangeboten zu erreichen,
163 wollen wir an Wegen arbeiten, wie unsere Bildungsarbeit den Verband besser
164 durchdringen kann. Eine Möglichkeit kann dabei sein, ein ausgearbeitetes Seminar
165 zu verschiedenen Zeitpunkten an unterschiedlichen Orten durchzuführen, um so die
166 Schwelle zur Teilnahme zu erniedrigen und Debatten mit dem ganzen Verband führen
167 zu können. Außerdem wollen wir uns in Zusammenarbeit mit dem Bildungsteam mit
168 unterschiedlichen Möglichkeiten der Wissenssicherung und Wissensweitergabe nach
169 Seminaren beschäftigen und ein entsprechendes Angebot einrichten. So kann
170 erarbeitetes Wissen weiterhin sowohl von Teilnehmer*innen aber auch darüber
171 hinaus genutzt und in der politischen Arbeit eingesetzt werden.

172 **Die Rolle der Fachforen**

173 Als Teil der neuen Bildungsstrategie haben auch die Fachforen neue Perspektiven,
174 ihre Rolle im Verband auszufüllen. Als fest verankerte Diskussionsräume im
175 Verband können hier Expert*innen und Interessierte zu politischen Themenfeldern
176 zusammengebracht werden, um an inhaltlichen Positionen im Verband zu arbeiten.
177 Die neu geschaffenen Freiräume können jetzt genutzt werden, um neue Formate und
178 Wege dieser Arbeit auszuprobieren. Einen Schwerpunkt wollen wir dabei darauf
179 legen, das in Fachforen existierende Fachwissen mit existierenden Strukturen

180 zusammen zu bringen. Kooperationen mit Landesverbänden oder Ortsgruppen können
181 aktuelle Debatten in den Verband bringen oder neue anstoßen. Dies kann
182 beispielsweise durch gemeinsame Veranstaltungen wie Diskussionsformaten zu
183 spannenden Debatten im Fachbereich oder Lesekreise gelingen. Digitale Formate
184 wie Webkonferenzen und Webseminare bieten weitere Möglichkeiten interessierte
185 Aktivist*innen zu einzelnen Themen zusammen zu bringen.
186 Auch die Mitgestaltung am Themenkongress oder an Aktionstagen wollen wir
187 gemeinsam ausprobieren und Expert*innen aus dem Verband weiterhin aktiv
188 einbinden.

189
190 So Fachforen in Schreibprozesse für Anträge involviert sind, nutzen sie
191 vielfältige Debattenformate im Verband, so dass Antragsdebatten auf dem
192 Bundeskongress ihr Ende finden, statt dort zu beginnen.

193
194 Gemeinsam mit den Fachforen wollen wir die Kommunikationswege prüfen, die einen
195 engen Kontakt zwischen den Fachforen und dem Verband ermöglichen. Dabei wollen
196 wir auch die Einrichtung und transparente Benennung offizieller
197 Kommunikationswege erarbeiten, um den Zugang zu diesen Informationen für alle
198 Mitglieder möglichst einfach zu gestalten. Darüber hinaus sollen auch die
199 Ergebnisse von Debatten gesichert und allen Mitgliedern barrierearm zugänglich
200 gemacht werden.

201 **Methodische Bildungsarbeit**

202 Über methodische Bildungsarbeit können wir die Werkzeuge für unsere politische
203 Arbeit lernen. Gerade in einem wachsenden Verband ist es wichtig, unsere
204 methodischen Kompetenzen auszubauen und weiter zu streuen. Deshalb brauchen wir
205 zielgruppenorientierte Schulungen für die unterschiedlichen Ebenen und
206 Akteur*innen.

207 Für den neu gewählten Bundesvorstand soll die methodische Bildung für die
208 Gestaltung der Vorstandsarbeit weiterhin stattfinden. Auch gemeinsam mit den
209 Landesvorständen sollen methodische Kompetenzen weiter erarbeitet und erlernt
210 werden und passende Bildungsangebote in die Treffen der Landesvorstände und des
211 Bundesvorstands integriert werden.

212 Das Train-the-Trainers-Programm läuft im nächsten Jahr weiter und schafft so
213 Weiterbildungsmöglichkeiten für Mitglieder, die als Multiplikator*innen
214 inhaltliche und methodische Kenntnisse an Ortsgruppen, Vorstände oder
215 Verantwortliche für Bildungsarbeit weitergeben können. Mit dem Abschluss des
216 Programms können wir den Pool an möglichen Teamer*innen deutlich verstärken und
217 so in Zukunft mehr intern organisierte, hochwertige Workshops ermöglichen.

218 Um schon vorher die vielen neu entstandenen und entstehenden Ortsgruppen zu
219 stärken, wollen wir sie im nächsten Jahr mit einem Workshop zu linker
220 Organisierung dabei unterstützen, sich selbst gute Strukturen zu geben. Dabei
221 können wir von linken Projekten aus der Vergangenheit lernen und wichtige
222 Erkenntnisse für den Verband mitnehmen.

223 Gemeinsam mit ein paar Landesverbänden wollen wir darüber hinaus ausprobieren,
224 wie Ortsgruppen in ihrer jeweiligen Situation zu unterstützen sind. Ein in
225 Kooperation zwischen Bundes- und Landesvorstand ausgearbeitete und zentral
226 durchgeführtes Training soll die Ortsgruppen im nächsten Jahr abholen und in

227 ihrer konkreten Arbeit unterstützen.

228
229 Eine gute Vorbereitung ist für Ortsgruppen und Aktivist*innen ein wichtiger
230 Schritt auf dem Weg zu gelungenen Demos oder Aktionen. Aktionstrainings können
231 durch die Bereitstellung nötiger Informationen, das Erproben konkreter
232 Situationen und den Austausch von Erfahrungen dazu beitragen einen sicheren
233 Einstieg in politischen Aktivismus zu finden. Die in diesem Jahr ausgebildeten
234 Aktionstrainer*innen wollen wir als Multiplikator*innen zur Vorbereitung auf
235 Demos und Aktionen verstärkt sichtbar machen und gerade auch bei bundesweiten
236 Veranstaltungen, Kongressen und auf Landesmitgliederversammlungen einsetzen.
237 Sowohl zentral als auch dezentral durchgeführte Workshops im Verband und die
238 Bereitstellung von Kontaktdaten (beispielsweise auf der Homepage) soll das
239 erworbene Wissen im nächsten Jahr weiter in den Verband tragen. Die Hürden zur
240 Teilnahme an Aktionen wollen wir so effektiv abbauen.

241 **Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2020**

242 Wir haben was zu sagen, und das werden wir auch 2020 wieder über Pressearbeit
243 genauso wie unsere Social Media-Kanäle in die Öffentlichkeit tragen. Wir wollen
244 hier die erfolgreiche Arbeit des letzten Jahres fortsetzen und unsere Reichweite
245 weiter ausbauen, um unsere politischen Anliegen in die Gesellschaft zu tragen.

246 Im nächsten Jahr wollen wir die Themen unserer Öffentlichkeitsarbeit flexibel
247 setzen können. Dafür wollen wir auch wieder eigene Kampagnen und Aktionen in den
248 Fokus rücken: Einerseits wollen wir sie eng an die verbandliche Bildungsarbeit
249 koppeln, andererseits wollen wir gemeinsam mit den Landesverbänden überlegen,
250 welche Themen gemeinsam im ganzen Verband gesetzt werden können, beispielsweise
251 durch die Arbeit zu Aktionstagen. Einen besonderen Fokus wollen wir dabei unter
252 auch wieder auf den internationalen Frauenkampftag am 08. März, den
253 Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT) am 17.
254 Mai und natürlich die zahlreichen Demos und Blockaden der Klimabewegung legen.
255 Vermehrt einsetzen wollen wir zentral vorbereitete Aktionsformate, die dezentral
256 von Landesverbänden und Ortsgruppen angepasst und durchgeführt werden können.
257 Dabei wollen wir eine enge Absprache mit Landesverbänden und Ortsgruppen
258 ausbauen und gemeinsam an frühzeitigen Mobilisierungsstrategien arbeiten.

259 Unsere Präsenz in den Sozialen Netzwerken konnten wir im letzten Jahr deutlich
260 verbessern. Die Professionalisierung der Social Media-Arbeit wollen wir weiter
261 ausbauen.

262 **Verbandsarbeit im Jahr 2020**

263 Durch den Perspektivenprozess haben wir uns als GRÜNE JUGEND stark
264 weiterentwickelt und Beschlüsse gefasst, die uns dabei helfen die bestehenden
265 Potentiale auszunutzen: Wir werden immer noch mehr und finden neue Wege der
266 Mobilisierung und Einbindung neuer Mitglieder. Im nächsten Jahr wollen wir neu
267 geschaffene Gremien und Teams mit Leben füllen und ausprobieren, wie eine enge
268 Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand ablaufen kann. Und auch über die Umsetzung
269 der neuen Beschlüsse hinaus wollen wir weiter an den Potentialen in der GRÜNEN
270 JUGEND arbeiten:

271 **Der Länderrat**

272 Im nächsten Jahr nimmt der Länderrat erstmals seine Arbeit auf. Gemeinsam wollen
273 wir Wege finden, dieses Gremium gut zu nutzen, um als Verband weiter
274 zusammenwachsen zu können. Die Aufgaben des Länderrats – beispielsweise in der
275 Überprüfung des Arbeitsstandes zum aktuellen Arbeitsprogramm oder der
276 gemeinsamen Diskussion von Strategien – wollen wir gemeinsam festigen. Die
277 Funktion als zweithöchstes beschlussfassendes Gremium nach der
278 Mitgliederversammlung kann bei vorgezogenen Neuwahlen oder, im Verlauf des
279 Prozesses zum Grundsatzprogramm, zur nächsten Bundesdelegiertenkonferenz der
280 Partei zum Tragen kommen.

281 **Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ebenen**

282 Wir sind im letzten Jahr besser darin geworden, uns zwischen den Ebenen
283 abzustimmen und als Verband eng und gut zusammenzuarbeiten. Das ist wichtig,
284 denn wir wollen viel erreichen – das gelingt uns nur, wenn wir an einem Strang
285 ziehen.

286 Den Kontakt zwischen dem Bundesvorstand und den Landesvorständen wollen wir
287 weiter intensivieren und die Häufigkeit erhöhen. Hierbei können uns
288 beispielsweise Treffen und Besuche in Landesvorstandssitzungen, aber auch
289 regelmäßige, gemeinsame Vernetzungsgespräche und neue Wege der Kommunikation
290 helfen. Um die Strategiefähigkeit auf allen Ebenen zu stärken wollen wir neu
291 gewählte Landesvorstände mit Strategieworkshops dabei unterstützen, eine
292 gemeinsame politische Stoßrichtung zu finden. Über strategische Absprachen
293 hinaus wollen wir die Zusammenarbeit auch in der konkreten Ausgestaltung der
294 Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit vertiefen. Gemeinsam wollen wir auch weiter
295 an Kommunikationswegen arbeiten, die den Verband komplett durchdringen und über
296 die Landesebene auch die Ortsgruppen erreichen kann.

297 Die Vernetzung der Sprecher*innen aus den Landesvorständen und dem Bundesverband
298 wollen wir weiterführen. Auch der Kontakt und die Vernetzung zwischen den
299 Geschäftsführer*innen der Landesverbände und der Politischen Geschäftsführung
300 des Bundesverbands wollen wir verstetigen.

301 **Leitlinien für die Zukunft**

302 Als GRÜNE JUGEND wollen wir unsere inhaltlichen Grundsätze, Positionen und
303 Projekte auch in möglichen Regierungsverhandlungen einbringen, gerade da für uns
304 klar ist, dass Regieren kein Selbstzweck ist, sondern nur dann Sinn macht, wenn
305 wir damit unsere Inhalte umsetzen zu müssen. Dabei wollen wir den Verband
306 mitnehmen und programmatische Wandlungen in den letzten Jahren berücksichtigen.
307 Deshalb soll der Bundesvorstand zum nächsten Bundeskongress 2020 ein Konzept
308 vorlegen, wie wir unter Einbeziehung der Landesverbände und Ortsgruppen im
309 Frühjahr und Sommer 2021 Leitlinien, Priorisierungen und Rote Linien für
310 mögliche Regierungsverhandlungen im Herbst 2021 festlegen.

311
312 Dieser Prozess ist der erster Schritt hin zu einem neuen Selbstverständnis, das
313 darauf aufbauend nach der Bundestagswahlen 2021 weiterarbeitet wird.

314 **Verbandsfinanzen**

315 Dass in einem wachsenden Verband das Thema Finanzen einen immer größeren
316 Stellenwert einnimmt, hat sich in den vergangenen Monaten eindrücklich gezeigt.
317 Auch im kommenden Jahr müssen wir über Geld sprechen – und Wege finden, unsere
318 Einnahmen zu vergrößern. Dafür müssen wir verschiedene Maßnahmen ergreifen: Zum
319 einen werden wir im Jahr 2020 einen großen Fokus darauf legen, Spenden
320 einzuwerben. In diesem Jahr konnten wir ein Stundenkontingent für Fundraising in
321 unserer Bundesgeschäftsstelle schaffen und wollen 2020 so richtig durchstarten!

322 Zum anderen müssen wir weitere Maßnahmen diskutieren, die dazu beitragen können,
323 unsere Eigeneinnahmen zu erhöhen. Darunter fällt auch eine mögliche Erhöhung des
324 Mitgliedsbeitrags, die bis zur nächsten Mitgliederversammlung im
325 Bundesfinanzausschuss besonders unter dem Aspekt der sozialen Verträglichkeit
326 ergebnisoffen diskutiert werden soll.

327 Auch im nächsten Jahr wollen wir mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über unsere
328 Finanzsituation im Gespräch bleiben. Nach einer deutlichen Zuschusserhöhung für
329 2020 wollen wir vor allem im Blick behalten, die Bundestagswahl 2021 auf
330 finanziell sichere Füße zu stellen.

331 Weiter ausbauen wollen wir im kommenden Jahr auch unsere Zusammenarbeit mit
332 Landesverbänden, besonders im Bereich der Bildungsarbeit. Kooperationen haben
333 sich hier als sehr bereichernd für alle Seiten herausgestellt und deswegen
334 wollen wir im kommenden Jahr frühzeitig Planungen zu gemeinsamen Projekten
335 aufnehmen.

336 2020 wollen wir das wiederaufgenommene Genderbudgeting als Instrument der
337 Analyse von Machtstrukturen im Haushalt - und somit auch im Verband –
338 weiterführen und noch ausbauen. Erste Landesverbände haben bereits eigene
339 Genderbudgetings durchgeführt. Ziel ist es, dass sich durch vertiefenden
340 Austausch im Rahmen der Bundesfinanzausschusssitzungen noch weitere
341 Landesverbände anschließen und Material und Anleitungen ausgetauscht werden
342 können.

343 **Die Gleichstellung und Förderung von Frauen, Inter- und**
344 **Transpersonen**

345 Im letzten Jahr haben wir in unserer Geschlechterstrategie die Grundsätze der
346 Frauenförderung der GRÜNEN JUGEND festgehalten. Um die Steine, die Frauen,
347 Inter- und Transpersonen von der Gesellschaft in den Weg gelegt werden, durch
348 Instrumente in der GRÜNEN JUGEND so gut es geht aus dem Weg räumen zu können,
349 wollen wir unsere Strategien weiterentwickeln, neue Mechanismen und Angebote zur
350 Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen entwickeln und ausprobieren.

351 Das neu gewählte Team wird gemeinsam mit der Beauftragten für Frauenförderung
352 und Geschlechterstrategie und in enger Zusammenarbeit mit dem gesamten
353 Bundesvorstand die weitere Ausgestaltung der Geschlechterstrategie der GRÜNEN
354 JUGEND erarbeitet. Die Ergebnisse aus der in diesem Jahr durchgeführten
355 Evaluation mit dem gesamten Verband und den Evaluationsgesprächen mit den
356 Landesvorständen dienen hierbei als gute Grundlage für die Weiterarbeit. Die

357 Frauenförderung wollen wir weiter professionalisieren und insbesondere über die
358 Förderung von Inter- und Transpersonen Neues lernen, um hier gezielter auf
359 Bedürfnisse eingehen zu können.

360 Für viele neue junge Frauen, Inter- und Transpersonen ist der Einstieg in die
361 GRÜNE JUGEND nicht leicht zu bewältigen. Ein Weitersteiger*innenprogramm für
362 Interessierte soll Orientierung verschaffen, Beteiligungsmöglichkeiten
363 aufzeigen, die bundesweite Vernetzung ermöglichen und grundlegende Kompetenzen
364 und Fähigkeiten für die politische Arbeit aufbauen und stärken. Das Programm
365 wollen wir in Kooperation mit mehreren Landesverbänden gestalten.

366 Einen erfolgreichen Einstieg in die politische Arbeit mit linker
367 Gesellschaftstheorie konnten das im letzten Jahr erstmalig durchgeführte
368 Theorieseminar für einige Frauen im Verband leisten. Die GRÜNE JUGEND soll ein
369 Ort sein, an dem alle Aktivist*innen an politischer Bildungsarbeit teilhaben
370 können, sich an Diskussionsrunden beteiligen können und Mädchen und Frauen nicht
371 aus der Text- und Theoriearbeit ausgeschlossen werden. Um den internalisierten
372 Unsicherheiten entgegenzuwirken, wollen wir an den Erfolg des letzten
373 Theorieseminars anknüpfen. Auch wollen wir prüfen, ob sich das Seminar erweitern
374 lässt, um diesen Einstieg mehr interessierten Frauen und anderen von dieser
375 Diskriminierung Betroffenen zu ermöglichen.

376 Außerdem soll die Vernetzung der frauen-, inter-, trans- und genderpolitischen
377 Sprecher*innen im kommenden Jahr durch einen regelmäßigen Austausch und ein
378 Treffen auf dem Bundeskongress weitergeführt werden. Darüber hinaus sollen
379 verstärkt Angebote zur Weiterbildung von Landes- und Ortsgruppenvorständen im
380 Bereich Frauenförderung und Geschlechterstrategie zur Verfügung gestellt werden.

381 **Ein neues MitgliederMagazin**

382 Das Redaktionsteam des MitgliederMagazins wird nach diesem Bundeskongress die
383 Aufgabe haben, die erste Ausgabe des neuen MitgliederMagazins der GRÜNEN JUGEND
384 zu konzipieren und zu gestalten. Inhaltlich soll die erste Magazinausgabe die
385 Schwerpunkte unserer Bildungsarbeit im nächsten Jahr aufgreifen und sich
386 dementsprechend etwa mit der Frage beschäftigen, welchen Einfluss das
387 Wirtschaftssystem, in dem wir leben, auf die Klimakrise hat und wie eine
388 ökologische Transformation unserer Gesellschaft aussehen kann. Mit unserem
389 MitgliederMagazin wollen wir im kommenden Jahr möglichst viele Menschen
390 ansprechen und zur tiefgehenden inhaltlichen Auseinandersetzung mit
391 verbandsrelevanten Themen motivieren. Wie das neue MitgliederMagazin konkret auf
392 den Weg gebracht und im kommenden Jahr umgesetzt wird, hat die 53.
393 Mitgliederversammlung in einem separaten Beschluss festgelegt. In den kommenden
394 Jahren wird die inhaltliche und organisatorische Grundlage für das
395 Redaktionsteam immer im Rahmen des Arbeitsprogramms geschaffen.

396 **Corporate Design**

397 Durch die Arbeit zur Europakampagne haben wir gemerkt, welche Möglichkeiten eine
398 Aktualisierung des Corporate Designs bietet. Für den Erfolg unserer Kampagne
399 haben Aussehen und Wirkung der Materialien eine große Rolle gespielt. Diesen
400 Erfolg mit den Neuerungen wollen wir nicht einfach hinter uns lassen. Im
401 nächsten Jahr möchten wir das bestehende Corporate Design auffrischen und die

402 neuen Elemente auf eine Verwendung mit Open-Source-Software anpassen, sodass
403 eine aktuelle Version des Corporate Design vom ganzen Verband genutzt werden
404 kann. Durch die Open-Source-basierte Bereitstellung des gesamten Corporate
405 Designs inklusive der neuen Elemente kann im Verband wieder Klarheit über die
406 Nutzung hergestellt werden. Landesverbände und Ortsgruppen werden bei der
407 Nutzung des Designs mit Schulungen unterstützt.

408 **Webkonferenzen und Webinare**

409 In einem größer werdenden Verband wollen wir nach neuen Möglichkeiten suchen,
410 gemeinsam zu arbeiten, zu debattieren und zu lernen. Dafür können Formate wie
411 Webkonferenzen oder Webinare eine niedrighschwellige und interaktive Möglichkeit
412 sein. Zusätzlich stellen sie eine Chance dar, Vorstände und Verantwortliche in
413 Landesverbänden und Ortsgruppen für die Umsetzung dezentraler Angebote zu
414 schulen und sie dabei zu unterstützen. Diese Möglichkeiten wollen wir im
415 nächsten Jahr verstärkt nutzen und gemeinsam herausfinden, wie sich digitale
416 Treffen gut in der gemeinsamen politischen Arbeit nutzen lassen.

417 Die Bewerbungen (beispielsweise für Ämter, Teams oder Voten) auf dem
418 Bundeskongress werden zukünftig als einfache Anträge eingereicht, anstatt
419 selbsterstellte pdf-Dokumente einreichen zu lassen.

420 **Wahlen im Jahr 2020**

421 Die Sichtbarkeit junger Menschen und junggrüner Themen wird auch bei den
422 kommenden Wahlen eine große Rolle spielen.

423 **Bürgerschafts- & Kommunalwahlen in Hamburg, Bayern & NRW**

424 Die kommunale Ebene hat einen großen Einfluss auf die Lebensrealität junger
425 Menschen. Für uns als Organisation bietet sich die Chance weiter zu wachsen,
426 bestehende Strukturen auszubauen und zu stärken. Aus den letzten GRÜNE-JUGEND-
427 Kampagnen zur Europa- und Bundestagswahl konnten wir viel lernen. Damit die
428 Erkenntnisse und Erfahrungen nicht verloren gehen, wollen wir die
429 Landesvorstände in enger Zusammenarbeit unterstützen und
430 Vernetzungsmöglichkeiten zum Erfahrungsaustausch über kommunale Themen und
431 Kampagnen anbieten. Eine enge Zusammenarbeit aller Ebenen, vom Bundesvorstand
432 über die Landesvorstände bis zu den Ortsgruppen und der Kandidat*innen vor Ort
433 soll dabei helfen, voneinander zu lernen und Ressourcen zu bündeln.

434 **Bundestagswahlen 2021**

435 Für uns ist klar, dass sich unsere Gesellschaft radikal und grundlegend
436 verändern muss. Die Bundestagswahlen im übernächsten Jahr wollen wir nutzen, um
437 unsere Themen und Ideen in die Gesellschaft zu tragen und insbesondere junge
438 Menschen mit linker, grüner Politik zu begeistern. Damit dies gut gelingen kann,
439 wollen wir im nächsten Jahr mit der Vorbereitung beginnen. Aufbauend auf der
440 #weltaendern-Kampagne der letzten Bundestagswahl und der #jugendaenderteuropa-
441 Kampagne zur Europawahl soll eine detaillierte Auswertung die Grundlage für eine
442 eigenständige, dezentrale Kampagne schaffen.

443 Damit die konkrete Arbeit frühzeitig beginnen kann, sollen auf dem 54.
444 Bundeskongress die Grundlinien der Kampagne beschlossen, sowie ein Kampagnenteam
445 gewählt werden, das die Kampagne weiter ausarbeiten kann. Gemeinsam mit den
446 Landesverbänden wollen wir schon in diesem Jahr erarbeiten, wie sich der Verband
447 insgesamt auf die Bundestagswahl vorbereiten kann, so dass eine neue Kampagne
448 auf gestärkte Strukturen trifft und der Verband gemeinsam und schlagkräftig nach
449 außen wirken kann.

450 Bereits getroffene Vorbereitungen, beispielsweise im organisatorischen und
451 finanziellen Bereich, wollen wir aktuell halten, um bei vorgezogenen Neuwahlen
452 agieren zu können. Um möglichst gut darauf vorbereitet zu sein, halten wir die
453 politische Lage eng im Blick.

454 **Vernetzung junggrüner Mandatsträger*innen**

455 Die Erfolge der letzten Wahlen haben dafür gesorgt, dass wir auf allen Ebenen
456 junggrüne Mandatsträger*innen in den Parlamenten haben. Diese Entwicklung bietet
457 eine tolle Chance dafür, junge, linke und grüne Ideen direkt in die Parlamente
458 zu tragen und dort mit starken Stimmen zu vertreten.

459 Um verstärkt davon profitieren zu können, von den Erfahrungen der anderen zu
460 lernen und um für junggrüne Interessen an einem Strang zu ziehen, wollen wir die
461 Vernetzung der Mandatsträger*innen untereinander, auch über ihre jeweiligen
462 Ebenen hinaus, verstärken und eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand
463 weiter etablieren. Gemeinsam wollen wir hier, von den Gemeinderäten bis ins
464 Europaparlament, neue Formate und Wege finden. Nachdem zwischen Mai 2019 und
465 September 2020 in zwölf Ländern neue kommunale Gremien gewählt wurden und
466 werden, möchten wir im kommenden Jahr einen besonderen Schwerpunkt darauf legen,
467 gemeinsam mit den Landesverbänden Vernetzungsstrukturen für junggrüne kommunale
468 Mandatsträger*innen zu entwickeln, die sowohl auf Bundesebene funktionieren, als
469 auch die Landesverbände bei ihrer Vernetzungsarbeit unterstützen.

470 **Internationales im Jahr 2020**

471 Unser Engagement hört nicht an der Grenze auf. Auch in Europa und in der ganzen
472 Welt wollen wir uns weiter vernetzen, gemeinsam gegen jegliche Diskriminierung
473 kämpfen und neue Perspektiven mit in den Verband bringen.

474
475 Zu Beginn des Jahres 2020 wollen wir zusammen mit dem Europaabgeordneten
476 Reinhard Bütikofer und dem Büro von Jamila Schäfer eine Kopenhagen-Fahrt für
477 junge Kommunalpolitiker*innen planen. Wir werden uns zusammen die
478 Fahrradinfrastruktur, Klimakonzepte und Energiekonzepte ansehen, uns austauschen
479 und Inspiration für unsere eigene Kommunalarbeit in den Gemeinderäten finden.

480 Ebenfalls wollen wir uns im Jahr 2020 um einen internationalen Austausch
481 bemühen, der nicht an den europäischen Grenzen Halt macht. Dafür wird das
482 nächste Jahr entscheidend in der Planung und Weiterentwicklung sein. Ein
483 mögliches Zielland, das wir besuchen möchten, ist Israel; zusammen mit Young
484 Meretz (einer uns nahestehenden Organisation) wollen wir diesen Austausch im
485 nächsten Jahr voranbringen und planen.

486 Ein weiteres Projekt, das bereits begonnen hat, ist European Match. Im Rahmen
487 dieses Programmes ermutigen wird Landesverbände und große Ortsgruppen oder
488 Ortsgruppenverbände, eine Regionenpartnerschaft zu einem Landesverband einer
489 anderen europäischen Region aufzunehmen. Dazu bietet das Internationale Team
490 Workshops und einen Reader zur Vorbereitung an. Ziel ist es, im Jahr 2020 vier
491 solcher Regionenpartnerschaften aufzubauen.

492 Das Internationale Team wird nach dem Bundeskongress von den Mitgliedern des
493 Bundesvorstandes zusammengestellt und dann vom Länderrat bestätigt. Ziel ist es,
494 die Arbeit im Internationalen Team projektbezogener durchzuführen, damit mehr
495 Menschen eingebunden werden können und eigenständiger mit Unterstützung des*der
496 Internationalen Sekretär*in arbeiten können.

497 **Bündnisse 2020**

498 Als GRÜNE JUGEND spielen wir eine Schlüsselrolle bei der Aufgabe, die Kämpfe für
499 echte Veränderung zusammen zu bringen: Wir sind das Scharnier zwischen Partei
500 und Bewegung. Auch 2020 werden wir alles geben, um den Einsatz für eine gerechte
501 Gesellschaft auf der Straße und in den Parlamenten gleichermaßen voranzutreiben.

502 *Ende Gelände, Hambi bleibt, Sand im Getriebe* – und allen voran *Fridays for*
503 *Future*: Die Klimabewegung hat innerhalb des letzten Jahres mit nie dagewesener
504 Entschlossenheit Raum für echte Veränderung erkämpft, und die GRÜNE JUGEND ist
505 ein fester Bestandteil dieser Bewegung. Wenn Ende Gelände vom 29.11.–02.12. in
506 die Lausitz ruft, werden wir da sein und alles tun, um die Kraftwerke
507 stillzulegen. Die nächsten Monate und Jahre entscheiden über unsere Zukunft auf
508 diesem Planeten, und so werden wir auch 2020 laut, wütend und ungehorsam für
509 Klimagerechtigkeit streiten – Seite an Seite mit Klimaaktivist*innen auf der
510 ganzen Welt. Und dabei haben wir gerade erst angefangen: *By 2020 we rise up!*

511 Gleichzeitig beschränkt sich unser Einsatz für das gute Leben natürlich nicht
512 auf Klimafragen:
513 Im ganzen Bundesgebiet unterstützen wir *antifaschistische Bündnisse*, um uns mit
514 Rechtsruck und autoritärem Umbau anzulegen: Für die Liebe, für das Leben – Nazis
515 von der Straße fegen! Dazu gehen wir gegen den „Tag der deutschen Zukunft“, alle
516 Heißmärsche und die voraussichtlich am 3. Oktober stattfindenden Nazi-Demos auf
517 die Straße und arbeiten mit den Landesverbänden daran, nachhaltig viele
518 Aktivist*innen gegen Nazi-Demos auf die Straße zu bekommen. Aufklärung über die
519 extreme Rechte und die Mobilisierung zu Gegendemonstrationen soll deswegen auch
520 in unsere Öffentlichkeitsarbeit einfließen. Alerta!

521 Wenn Antifeminist*innen unsere Rechte angreifen, bekommen sie beim „Marsch für
522 das Leben“ unseren entschlossenen Widerstand. Im *Bündnis für sexuelle*
523 *Selbstbestimmung* kämpfen wir für unser Recht am eigenen Körper. Solange uns
524 echte Gleichberechtigung verwehrt wird, müssen wir mehr werden: Der
525 Frauenkampftag (08. März) ist hierzulande noch in zu vielen Städten eine
526 Randerscheinung, während in anderen Ländern oft Massen mobilisiert werden. Wir
527 wollen versuchen, das mit neuen Schulterschlüssen und breiten Bündnissen zu
528 ändern und gemeinsam am Patriarchat zu sägen.

529 Warm anziehen können sich auch die Landesregierungen, die ihre Polizeigesetze
530 weiter verschärfen wollen. Dabei ist es egal, wer das Polizeigesetz verschärfen

531 will. Ob in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, NRW oder Baden-Württemberg, wir
532 machen klar: Überwachung, Militarisierung und Extremismustheorie haben in
533 unserer Gesellschaft keinen Platz.

534 Gleichzeitig sind wir dabei, wenn sich neue Zusammenschlüsse bilden, etwa für
535 bezahlbare Mieten für alle oder das Jugendwahlrecht. Es gibt viel zu tun,
536 vielleicht mehr als jemals zuvor. Doch gemeinsam mit unseren Mitstreiter*innen
537 und euch allen können wir Gesellschaft verändern – und das werden wir auch.

A-3 B Ein neues Mitgliedermagazin für die GRÜNE JUGEND

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: A – Arbeitsprogramm

Antragstext

1 Im Rahmen des Perspektivenprozesses haben wir uns darauf verständigt, das Format
2 und die Zielsetzung unseres Mitgliedermagazins genauer auszuformulieren, damit
3 das neugebildete Redaktionsteam seine Arbeit aufnehmen kann. Besonders in einem
4 wachsenden Verband ist es unerlässlich, Debatten breit zu führen und zugänglich
5 zu machen – unser Mitgliedermagazin kann hierfür ein wichtiges Instrument sein.

6 Das Redaktionsteam erhält die Aufgabe, ein Magazin zu entwickeln, das Debatten
7 innerhalb des Verbandes abbildet und voranbringt, Impulse setzt sowie zur
8 inhaltlichen Weiterbildung aller Mitglieder beiträgt. Als Instrument unserer
9 Bildungsarbeit soll unser Mitgliedermagazin zum Hinterfragen der
10 gesellschaftlichen Verhältnisse anregen und dazu beitragen, die eigenen
11 Positionen zu schärfen. Unser Magazin ist Teil unserer Bildungsstrategie und
12 soll möglichst viele unserer Aktivist*innen und Mitglieder erreichen. Darüber
13 hinaus ist es aber auch unser Ziel, mit unserem Magazin Ehemalige, Verbündete
14 und Interessierte anzusprechen, die anhand der Lektüre ebenfalls einen Einblick
15 erhalten können, welche Debatten die GRÜNE JUGEND gerade beschäftigen.

16 Die inhaltlichen Schwerpunktthemen des Mitgliedermagazins ergeben sich aus dem
17 Arbeitsprogramm für den Bundesverband, das jährlich auf dem Bundeskongress
18 beschlossen wird. Darüber werden die Mitglieder bei der Themenwahl
19 miteinbezogen. Das Magazin soll auch Platz dafür bieten, vielfältige
20 Ortsgruppenaktivitäten und tolle Aktionen vorzustellen.

21 Innerhalb des Redaktionsteams, das nach den Regelungen für Arbeitsbereiche
22 zusammengesetzt wird und im Winter seine Tätigkeit aufnimmt, können, um eine
23 bessere Strukturierung der Arbeit zu ermöglichen, Arbeitsgebiete unter den
24 Teammitgliedern vergeben werden. Darunter fallen etwa die Konzeptionierung der
25 jeweiligen Ausgabe, d. h. die Entwicklung eines roten Fadens für die
26 Gesamtausgabe auf Grundlage der inhaltlichen Beschlüsse der
27 Mitgliederversammlung, inklusive der Recherche zu konkreten Themen und
28 geeigneten internen wie externen Autor*innen, das Magazinmarketing oder die
29 Koordinierung des Layouts und Drucks. Teil der Redaktion wird auch ein Mitglied
30 des Bundesvorstandes sein, um eine Schnittstelle zwischen den Ebenen zu haben.
31 Die Redaktion wird nach ihrem Zusammenfinden bestmöglich auf ihre Arbeit
32 vorbereitet, was etwa, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, durch eine
33 Schulung erfolgen kann.

34 Das Mitgliedermagazin finanziert sich durch ein neu eingeführtes
35 Abonnementsystem. Es wird einerseits die Möglichkeit geben, sich das

36 MitgliederMagazin per Post in Printform nach Hause liefern zu lassen. Für
37 Mitglieder wird es dafür einen möglichst niedrigen Freundschaftspreis geben, für
38 Externe werden die Kosten etwas höher sein. Angestrebt ist ferner auch ein
39 Verkauf am Rande unserer Großveranstaltungen und bei Interesse auch ein
40 Weiterverkauf über Landesverbände. Auch an Ortsgruppen kann das Angebot gehen,
41 einen gedruckten Satz des Magazins zur Verteilung an Mitglieder vor Ort käuflich
42 zu erwerben.

43 Wer Ressourcen sparen möchte, kann das Magazin per Mail in PDF-Form zugesandt
44 bekommen. Im Jahr 2020 ist diese Option für Mitglieder kostenlos. Damit das so
45 bleiben kann, setzen wir uns im kommenden Jahr damit auseinander, wie wir das
46 Magazin so finanzieren können, dass Mitglieder dieses grundsätzlich ohne
47 Zusatzkosten erhalten können und die langfristige Finanzierung des Magazins
48 sicherstellen. Außerdem soll das Redaktionsteam im Laufe des nächsten Jahres
49 evaluieren, wie ein zusätzliches Audioformat umsetzbar ist.

50 Nicht nur ein Abonnementsystem soll neu eingeführt werden, das MitgliederMagazin
51 soll zusätzlich einen neuen, möglichst selbsterklärenden Namen und das Design
52 eine Aktualisierung erhalten.

53 Ziel ist es langfristig, dass die GRÜNE JUGEND ein gemeinsames MitgliederMagazin
54 hat. Mit den Landesverbänden mit eigenem Magazin soll der Dialog hierüber
55 weitergeführt werden und die Möglichkeit einer Einlage geprüft werden, die
56 landesspezifisch mit eigenen, ergänzenden Inhalten beigelegt werden könnte.

L-2 B Wasser-, Klima-, Artenschutz: für eine zukunftsfähige Landwirtschaft!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: L – Landwirtschaft und Ökologie

Antragstext

1 Die Klimakrise stellt die Landwirtschaft vor enorme Herausforderungen:
2 erodierende Böden, sinkende Grundwasserspiegel, ganz allgemein Ertragsausfälle.
3 Gleichzeitig ist die industrielle Landwirtschaft Mitverursacherin der Klimakrise
4 und vieler weiterer Umweltprobleme: Nitratbelastung des Grundwassers,
5 Tierquälerei, Artensterben, Bodendegradation und Erosion, Eutrophierung der
6 Gewässer und weitere Umweltbelastungen entstehen durch die Art, wie heute
7 Lebensmittel produziert werden. Außerdem hat die industrielle Landwirtschaft
8 durch Tierhaltung und Tierernährung sowie durch Produktion und Nutzung
9 synthetischer Dünger massive Auswirkungen auf das Klima. Die momentan wachsende
10 Klimagerechtigkeitsbewegung muss darum landwirtschaftliche Produktion in den
11 Blick nehmen und Visionen für ein klimaneutrales und gerechtes Ernährungssystem
12 entwickeln! Ohne die Landwirtschaft mitzudenken, können wir das 1,5-Grad-Ziel
13 von Paris nicht einhalten. Dieses Jahr gab es mit Free The Soil bereits eine
14 große Aktion zivilen Ungehorsams in Deutschland, die sich explizit gegen die
15 industrielle Landwirtschaft richtete. Dabei wurde eine Fabrik des
16 Synthetikdüngerherstellers YARA besetzt. Die GRÜNE JUGEND ist solidarisch mit
17 den Aktivist*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung und von Free The Soil. Eine
18 fehlgeleitete Agrarpolitik und kapitalistische Wachstumszwänge sind
19 verantwortlich dafür, dass die heutige Nahrungsproduktion droht, unsere
20 Lebensgrundlage zu zerstören. Dabei wäre es möglich, die Menschheit zu ernähren,
21 ohne Klima, Böden und Ressourcen auszubeuten. Wir wollen ein System schaffen,
22 das klimaschützende Landwirtschaft zum Standard macht.

23 Wir wollen diese fehlgeleitete Agrarpolitik ändern. Wir stehen für eine
24 Agrarpolitik, die Menschen, Tier und Ökosysteme in den Mittelpunkt stellt, und
25 deshalb Landwirt*innen, Klima, Tiere, Böden und Grundwasser schützt, ohne einen
26 davon auf der Strecke zu lassen – denn eine zukunftsfähige Landwirtschaft wird
27 nur mit allen gelingen. Gemeinsam gegen die Klimakrise und für Veränderung.

28 Das bedeutet: In der Landwirtschaft müssen Konzepte angewendet werden, die
29 sowohl CO₂ einsparen und binden – und damit positiv auf den Klimaschutz wirken –
30 als auch mit steigenden Temperaturen zurecht kommen. Die neuen Konzepte müssen
31 aber auch und gerade die Landwirt*innen ansprechen – ohne sie und ihre Tatkraft
32 wird der Wandel nicht gelingen. Wir müssen Jungbäuer*innen Perspektiven
33 aufzeigen anstatt steigender Schulden bei der Bank. Wir müssen Landwirtschaft so
34 fördern, dass Anreize geschaffen werden, das Klima zu schützen und mit Tieren
35 sorgsam umzugehen. Biodiversität darf nicht länger ein nettes Fremdwort sein,
36 für das sich nach dem Volksbegehren Artenvielfalt in Bayern plötzlich alle
37 einzusetzen scheinen. Artenvielfalt ist die Grundlage des Lebens: sie muss
38 zurück auf den Acker – und zwar schnell!

39 Die Probleme liegen seit langem auf der Hand. Die Kritik an der aktuellen
40 Agrarpolitik wurde bereits vielfach formuliert. Lösungen müssen jetzt auf den
41 Tisch. Denn die Klimakrise wartet nicht und es geht mit der Zukunft der
42 Landwirtschaft auch um unsere Zukunft.

43 **Landwirtschaft braucht Biodiversität**

44 Das massive Artensterben unserer Zeit ist, unter anderem, Folge verschiedener
45 Praktika in der Landwirtschaft und Folge der voranschreitenden Klimakrise, durch
46 die sich Umweltbedingungen rapide verändern und mit denen viele Arten nicht
47 zurecht kommen. In der Landwirtschaft sind vor allem die Überdüngung, die
48 Flurbereinigung und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln schuld an der Abnahme
49 der Artenvielfalt.

50 Nährstoffarme Ökosysteme zeigen eine besonders hohe Vielfalt der Arten. Die in
51 der Landwirtschaft eingetragenen Nährstoffe bleiben aber nicht nur auf dem
52 Acker, sondern verteilen sich in der Umwelt und zerstören so diese Ökosysteme.
53 Dies zeigt sich beispielsweise an den eutrophierten (nährstoffangereicherten)
54 Gewässern, welche dadurch sauerstoffarm sind und nur noch Lebensraum für wenige
55 Tiere und Pflanzen bieten.

56 Auch durch den erhöhten Einsatz von Pestiziden wie z. B. Neonikotinoiden in der
57 Landwirtschaft gibt es eine starke Abnahme in der Biomasse und Artenvielfalt von
58 Insekten in Deutschland. Vor allem sind bestäubende Insekten stark in ihrem
59 Bestand gefährdet, dabei stellen sie eine sehr wichtige Ökosystemdienstleistung
60 dar, weil sie durch das Bestäuben von Blüten elementar für den Anbau von
61 landwirtschaftlichen Kulturpflanzen sind.

62 Durch alternative Konzepte wie der Permakultur und dem Agroforst kann man eine
63 Förderung der Artenvielfalt fördern, durch den Verzicht auf die Flurbereinigung,
64 Schaffung neuer Ökosysteme und den Verzicht auf Pflanzenschutzmitteln (siehe
65 Alternativen: Permakultur und Agroforst).

66 Daher fordern wir ein Verbot des Einsatzes von Insektiziden wie Neonikotinoiden,
67 welche tödlich für Bienen und weitere Insektenarten sind. Der Einsatz
68 ökologischer Alternativen, um Ernteaufträge durch Schädlinge vorzubeugen, soll
69 gefördert werden.

70 **Landwirtschaftliche Tierhaltung und Klimakrise**

71 Vor allem die industrielle Tierernährung und Tierhaltung steht immer wieder im
72 Fokus der Debatte um Landwirtschaft und Klimaschutz. Sie ist verantwortlich für
73 80 % der landwirtschaftlichen Treibhausgas-Emissionen. Der Anbau von vor allem
74 Soja und Weizen zur Futterproduktion sorgt für einen immer weiter ausufernden
75 Flächen- und Wasserverbrauch, Entwaldung und Landnutzungsänderungen, die sich
76 auf das Klima und auf die Artenvielfalt auswirken. Ein riesiger Anteil des
77 Potenzials der Böden als Kohlenstoffspeicher geht somit verloren. Bezieht man
78 die Auswirkungen von Landnutzungsänderungen auf das Klima mit ein, ist die
79 Nahrungsproduktion in Europa Ursache für ebenso viele Treibhausgas-Emissionen
80 wie alle anderen Sektoren zusammen. Tierproduktion ist keine effiziente Form der
81 Nahrungsmittelproduktion, denn nutzt man dieselben Flächen für direkte Ernährung

82 für Menschen, ist sehr viel weniger Land und Wasserverbrauch nötig, um sehr
83 viele Menschen mehr zu ernähren. Eine klima- und umweltfreundliche Agrarwende
84 muss daher mit einer drastischen Reduzierung der Tierhaltung und des Konsums von
85 Tierprodukten einhergehen.

86 Wir fordern die Reduzierung des Stickstoffeintrags und die flächengebundene
87 Tierhaltung mit Bioland-Standard von 1,6 Großvieheinheiten je Hektar bis 2030.

88 Eine Großvieheinheit (GV oder GVE) dient als Umrechnungsschlüssel zum Vergleich
89 verschiedener Nutztiere auf Basis ihres Lebendgewichtes. Eine Großvieheinheit
90 entspricht dabei 500 Kilogramm (etwa so viel wiegt etwa ein ausgewachsenes
91 Rind). Aktuell haben wir zum Beispiel in der Region Cloppenburg-Vechta
92 Viehbesatzdichten bis 8 GV/ha. Bis 2030 fordern wir eine flächengebundene
93 Tierhaltung mit Bioland-Standard von 1,6 Großvieheinheiten je Hektar. Dies
94 entspricht einer Fläche, von der die Tiere direkt ernährt werden können und der
95 Mist schonend und gleichzeitig anbaufördernd ausgebracht werden kann.

96 Dies bildet die Grundlage für eine artgerechte Tierhaltung, einen gesunden Boden
97 und eine Absenkung des Nitratüberschusses. Es werden zwangsläufig die
98 Viehbestände und so auch die industrielle Massentierhaltung reduziert.

99 Zugleich setzen wir uns für einen Ausbau der Weidehaltung ein, welche artgerecht
100 und biodiversitätsfördernd ist. Diese Haltung muss über die Einführung einer
101 Weidetierprämie begünstigt werden.

102 **Mit Humusaufbau bringen wir das CO₂ unter die Erde**

103 Humus ist der abgestorbene organische Teil des Bodens. Diese organischen
104 Bestandteile des Bodens sind für die Versorgung der Pflanzen mit Nährstoffen
105 wichtig und als Wasserspeicher und Wasserfilter für unser Grundwasser
106 unabdingbar. Abgesehen davon beinhaltet der Humus den Großteil der Bodenlebens.

107 Dieser Humus wird in der industriellen Landwirtschaft durch Monokulturen und
108 falsche Anbauweisen abgebaut. Humus ist aber nicht nur die fruchtbarste der
109 Bodenschichten, sondern besteht aus im Boden gespeicherten Kohlenstoff. Ein
110 jährlicher Humusaufbau, der global gesehen jährlich vier Promille beträgt, würde
111 ausreichen, um alle neu hinzukommenden CO₂-Emissionen zu kompensieren. Das
112 bedeutet: eine regenerative, globale humusaufbauende Landwirtschaft könnte einen
113 Wendepunkt der Klimapolitik darstellen!

114 Humusaufbau ist also eine der wichtigsten Klimaschutzmaßnahmen, die die
115 Landwirtschaft leisten kann. Denn wo Humus aufgebaut wird, verschwindet CO₂ in
116 den Boden und kommt von dort bei guter Bewirtschaftung auch so schnell nicht
117 zurück in die Atmosphäre. Humusaufbau gelingt auf vielfältige Weise in Form von
118 regenerativer Landwirtschaft, wie Agroforstwirtschaft, Permakultur oder mit
119 entsprechenden Fruchtfolgen, die humusmehrend sind. Ein anderes Beispiel für
120 Humusaufbau ist die Weidetierhaltung. Hierdurch wird bei geeigneter
121 Bewirtschaftung zum einen die Bodenfruchtbarkeit erhöht, zum anderen stellen
122 lebendige Pflanzen-Wurzel-Netzwerke unter Grünland ein enormes Potenzial zur
123 Kohlenstoffspeicherung dar und bauen langfristig Humus im Boden auf. Die
124 Umstellung auf Weidetierhaltung und die Bewirtschaftung humusfördernder

125 Fruchtfolgen sind genau wie die Agroforstwirtschaft oder Permakultur von einer
126 entsprechenden Förderung mit staatlichen Mitteln abhängig. Sie dürfen nicht wie
127 momentan noch zum Teil von Agrarförderung und Forschung ausgeschlossen werden.

128 **Gentechnik kann nicht die Lösung sein!**

129 Innerhalb der Gesellschaft, der GRÜNEN JUGEND und der Partei BÜNDNIS 90/DIE
130 GRÜNEN wird seit dem letzten Jahr wieder intensiv über die Anwendung
131 gentechnischer Verfahren in der Landwirtschaft („Grüne Gentechnik“) diskutiert.
132 Anlass dafür ist das Aufkommen neuer gentechnischer Methoden, insbesondere
133 CRISPR/Cas9, die daraus resultierenden theoretischen Möglichkeiten und die
134 enormen Herausforderungen, vor der die globale Landwirtschaft angesichts der
135 Klimakrise steht.

136 Wir lehnen bestimmte Verfahren nicht aus Prinzip ab, sondern finden es wichtig,
137 ihre Auswirkungen im politischen und gesellschaftlichen Kontext einzuordnen und
138 mögliche Vorteile und Risiken abzuwägen. Trotz der Schwierigkeit des Nachweises
139 handelt es sich auch bei CRISPR-Methoden um Gentechnik. Das EUGH-Urteil vom
140 25.07.2018 stellte dies eindeutig klar. Die aktuelle Praxis der Nutzung und des
141 Vertriebs von Gentechnik führt zu erheblichen Risiken und stärkt bestehende
142 Machtkonzentrationen. Das zeigt sich an der in der Landwirtschaft vorherrschende
143 Realität. Über 99 Prozent der momentan angebauten genmodifizierten Nutzpflanzen
144 sind entweder gegen ein Herbizid resistent, produzieren selbst ein Insektizid
145 (BT-Pflanzen) oder tragen beide Modifikationen in sich. Herstellung und Vertrieb
146 dieser Pflanzen konzentrieren sich auf wenige Großkonzerne. Die Pflanzen werden
147 im industriellen Maßstab in Monokulturen ohne jeglichen ökologischen Wert
148 angebaut. Die größtenteils gegen Glyphosat resistenten Pflanzen werden häufig
149 mit einem Mittel behandelt, welches die Artenvielfalt auf dem Acker mindert und
150 inzwischen auch resistente Unkräuter erzeugt, sodass der Einsatz weiterer
151 Herbizide nötig ist.

152 Bei den neuen gentechnischen Methoden (Genome-Editing) zielen weniger als ein
153 Zehntel der marktorientierten Anwendungen auf eine Herbizid-Toleranz ab. Bis
154 jetzt sind die meisten Sorten an öffentlichen Universitäten entwickelt worden.
155 Doch auch hier besteht die Gefahr, dass große Konzerne die Technologie
156 einsetzen, um ihre Monopolstellung auszubauen. Die höhere Präzision dieser
157 Methoden ändert somit nichts an den umweltschädlichen Anbausystemen und an den
158 Konzern- und Vermarktungsstrukturen dahinter. Zusätzlich wird das Potenzial der
159 Technologie im Kontext des Klimawandels überhöht. Die verfügbaren Methoden
160 können einzelne Gene oder Gensequenzen verändern. Komplexe Eigenschaften, wie
161 Ertrag, Trockenheitsresistenz oder die Toleranz gegenüber höheren Salzgehalten
162 sind aber auf dem Pflanzengenom verteilt und nicht einfach durch einen einzigen
163 Genabschnitt kodiert. Moderne, konventionelle Züchtungsmethoden, wie die
164 markergestützte Selektion, sind dieser Aufgabe gewachsen, werden jedoch kaum
165 diskutiert. Außerdem wurden die Heilsversprechen wie das Ende des Welthungers
166 der konventionellen Gentechnik nicht erreicht. Auch wenn die Verfahren der neuen
167 Gentechnik im Labor jetzt schnell und präziser geworden sind, ist der Anbau
168 dieser Pflanzen auf dem Feld unter natürlichen Bedingungen das, woran die
169 konventionelle Gentechnik in vielen Feldern gescheitert ist und dieser Verlauf
170 ist auch für die neue Gentechnik wahrscheinlich. Außerdem betonen wir als GRÜNE
171 JUGEND, dass in offenen ökologischen Systemen eine Rückholbarkeit nicht gegeben
172 ist. Wir nehmen kommenden Generationen damit die Möglichkeit der Gestaltung
173 ihrer Umwelt. Außerdem können nicht alle Risiken abgeschätzt oder vermindert
174 werden, die in komplexen Ökosystemen entstehen können.

175 In der Abwägung von Chancen und Risiken und vor allem in Anbetracht der
176 Potenziale, die risikoärmere Maßnahmen, wie die regenerative Landwirtschaft
177 bieten, um die Klimakrise zu stoppen, kommen wir zum Schluss, dass auch bei der
178 Grünen Gentechnik die negativen Aspekte überwiegen. Das aktuell sichtbare
179 Potenzial der Technologie rechtfertigt keine zeitintensiven Bemühungen um eine
180 Änderung des Patent- und Sortenrechts, die notwendig wäre, um gentechnische
181 Methoden und Konzerninteressen voneinander zu entkoppeln. Wir fordern
182 stattdessen die Förderung der Agrarökologie, die sinnvolle Maßnahmen zur
183 Überwindung ökologischer und landwirtschaftlicher Probleme bereit hält. Der
184 Einsatz dieser gentechnischen Methoden ist nur Symptombekämpfung eines
185 kränkelnden landwirtschaftlichen Systems, das gegen die Natur wirtschaftet.
186 Deshalb brauchen wir eine Agrarwende und müssen auch die neue Gentechnik
187 weiterhin im Sinne des Vorsorgeprinzips regulieren.

188 **Unsere Alternativen: Agroforst und Permakultur**

189 In Anbetracht der häufigen und länger anhaltenden Extremwetterlagen sind
190 Alternativen zu den jetzigen, durch Rein- und Monokulturen geprägten Systemen
191 immer wichtiger. Die Anpassung an die sich verändernden Umweltbedingungen muss
192 schnell, nachhaltig und dauerhaft geschehen.

193 Für landwirtschaftliche Betriebe ist eine Möglichkeit der Einstieg in die
194 Agroforstwirtschaft. Agroforstwirtschaft meint die landwirtschaftliche Nutzung
195 von Flächen, die mit Gehölzen, also Bäumen und Sträuchern, bestanden sind. Diese
196 Strukturen sind durch die langjährigen (nichtexistenten) Förderbedingungen und
197 Flurbereinigungen weitgehend verschwunden.

198 Die Bäume sorgen für Wind- und Sonnenschutz, sie schaffen damit ein feuchteres
199 Klima, weniger stark erodierte Böden und bauen Humusschichten im Boden auf, die
200 als Kohlenstoffspeicher der Atmosphäre CO₂ entziehen. Von Agroforstwirtschaft
201 wird also zum einen der Ertrag der Ackerfrüchte durch nährstoffreichen und
202 feuchten Böden begünstigt und zum anderen der Klimaschutz durch die Bindung von
203 Kohlenstoff im Boden. Gleichzeitig lässt sich das Holz der Bäume als Energieholz
204 oder Wertholz verwerten und die Baumfrüchte wie Obst oder Nüsse regional
205 vermarkten. Durch diese zusätzlich erzeugten Produkte können sich
206 landwirtschaftliche Betriebe diversifizieren und sind weniger stark von einem
207 Produkt abhängig. Durch die neu entstehenden kleinräumigen Strukturen wird die
208 Biodiversität gefördert und Biotope können vernetzt werden.

209 Die GRÜNE JUGEND fordert die Förderung der Pflanzung von 100.000 ha Agroforst-
210 Flächen in den nächsten 5 Jahren. Die Risiken der Umstellung durch Förderung von
211 Pflanzmaterial, Arbeitsstunden und Ausgleichszahlungen abzufangen, ist
212 Grundvoraussetzung für das Gelingen klimaschützender und klimaangepasster
213 Agrarkonzepte wie der Agroforstwirtschaft.

214 **Permakultur endlich sinnvoll fördern und erforschen**

215 Wie das Wort Permakultur schon sagt handelt es sich um permanente
216 Landwirtschaftliche Systeme. Es wird mit und in der Natur und deren Vielfalt an
217 Nahrungs- und Lebensräumen gewirtschaftet, also auch achtsam und sparsam mit
218 Ressourcen gehandelt, indem der Natur nachempfundene Ökosysteme angebaut und
219 genutzt werden. Somit können die natürlichen positiven ökosystemischen

220 Wechselwirkungen, in kleinen stabilen Ökosystemen mit geschlossenen
221 Stoffkreisläufen, genutzt werden. Gleichzeitig begrenzt Permakultur sich dabei
222 nicht auf Landwirtschaft alleine. Die Erzeugung von landwirtschaftlichen Gütern
223 ist viel mehr als nur das. Das Prinzip der Permakultur ist ein ganzheitliches,
224 denn es werden ökologische, soziale und ökonomische Aspekte und deren Folgen
225 ganzheitlich betrachtet.

226 Das alles führt dazu, dass diese Art der Landwirtschaft großteils postfossil
227 ist, also mit kaum oder keinen Maschinen auskommt. Dieses System findet ohne
228 chemische Zusätze statt und hat nichts mehr mit von Monokulturen geprägter
229 Landwirtschaft gemeinsam. Dabei werden aber hohe Erträge produziert und
230 hummusmehrend, aber mit viel handarbeit gewirtschaftet.

231 An diesem und weiteren regenerativen landwirtschaftlichen Konzepte müssen
232 endlich auch in Deutschland stärker geforscht werden!

233 **Ohne Tierschutz keine Landwirtschaft!**

234 Landwirtschaft zum Wohle der Umwelt bedeutet neben dem Erhalt unserer
235 Lebensgrundlagen auch und gerade den Tieren, die in der Landwirtschaft als
236 Nutztiere gehalten werden, eine angemessene und schmerzfreie Lebensgrundlage und
237 Schlachtung zu bieten. Einige der oben skizzierten Maßnahmen tragen auch zu
238 weniger Tierleid bei. Beispielsweise bedeutet die Förderung von silvopastoralen
239 Agroforstsystemen (d. h. Bäumen auf Grünland), von Weidetierprämien und von
240 Flächenbindung ein Leben mit deutlich mehr Platz außerhalb von engen Ställen.
241 Wir müssen aber die positiven Nebeneffekte von Klimaschutzmaßnahmen um klare
242 Anforderungen an Tierschutz ergänzen.

243 Dass es der Bundesregierung nicht einmal gelungen ist, das Kastrieren von
244 Ferkeln nur unter Betäubung zuzulassen, ist ein Armutszeugnis deutscher
245 Tierschutzpolitik und offenbart den Stellenwert, den Tierschutz innerhalb der
246 Bundesregierung genießt. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass derartige schmerzhaft
247 Eingriffe sofort eingestellt werden. Das gilt auch für das Verstümmeln von
248 Ringelschwänzen und Geflügelschnäbeln, das Schreddern von Küken und dem Einsatz
249 von Spaltenböden, sowie für Amputationen ohne tierärztliche Anweisung.

250 Der Antibiotika-Einsatz in der industriellen Tierhaltung ist unverantwortlich.
251 Durch den massenhaften Einsatz auch von Reserveantibiotika ist neben der
252 tierischen auch die menschliche Gesundheit durch multiresistente Keime, die
253 inzwischen in immer mehr Grundwasserproben nachgewiesen werden können, akut
254 gefährdet. Antibiotika dürfen deshalb nicht länger nach dem Gießkannenprinzip
255 und prophylaktisch verfüttert werden, sondern lediglich dann dem Futter
256 zugeführt werden, wenn eine entsprechende individuelle Anordnung von
257 Veterinärmediziner*innen nach einer Behandlung vorliegt. Natürlich darf der
258 Tierschutz nicht unter dem reduzierten Einsatz von Antibiotika leiden.

259 Da die Ursache für den massenhaften Einsatz von Antibiotika in der industriellen
260 Tierhaltung selbst liegt, fordert die GRÜNE JUGEND einen umfassenden
261 Systemwechsel in der Tierhaltung ein. Ab 2030 muss der Bioland-Standard von 1,6
262 sogenannten Großvieheinheiten eingehalten werden. Das bedeutet einen radikalen
263 Wechsel weg von nicht artgerechter Stallhaltung hin zu Freiland- und
264 Weidetierhaltung. Tiere, die auch den Winter über draußen problemlos leben

265 können - z. B. bestimmte Rinderrassen, sollen unbedingt ohne Stall und ständig
266 im Freien leben können. Tiere, denen dies nicht möglich ist, müssen auch im
267 Winter ausreichend Platz und Auslauf im Stall erhalten. Eine Erhöhung des
268 bisherigen Platzes, der jedem Tier in einem Stall zur Verfügung steht, muss in
269 den nächsten 5 Jahren verdreifacht werden.

270 Außerdem darf Tierwohl nicht länger in nationalen Grenzen und freiwilligen,
271 selbstauferlegten „Tierwohl-Labels“ gedacht werden, sondern muss endlich Thema
272 auf europäischer und internationaler Ebene werden. Wer nicht nachweisen kann,
273 dass die Tiere unter Bedingungen gehalten wurden, die den deutschen Standards
274 genügen, darf keine Tierprodukte in den deutschen Markt einführen oder aus ihm
275 ausführen. Ziel muss es sein, hohe Tierschutzstandards möglichst schnell auf
276 allen staatlichen Ebenen zu verankern.

277 Für großes Tierleid sorgt meist auch das Ende des Lebens in den Schlachthöfen.
278 Viel zu weite Strecken zu den Schlachthöfen, die am billigsten schlachten,
279 teilweise über Ländergrenzen hinweg, sorgen für massiven Stress und
280 Anstrengungen der Tiere, die mit Schmerz und Leid verbunden sind. Deshalb
281 fordert die GRÜNE JUGEND, die maximale Strecke, die für Schlachtungen
282 zurückgelegt werden darf, auf 50 Kilometer zu begrenzen. Weiterhin muss immer
283 der nächstgelegene Schlachthof in Anspruch genommen werden. Tiertransporte
284 sollten höchstens vier Stunden lang dauern dürfen, mit Be- und Entladung sechs
285 Stunden. Schlachthöfe dürfen nicht länger kommerzielle Tötungsanstalten sein,
286 sondern staatlich kontrollierte und geführte Betriebe, die nicht den Profit,
287 sondern eine weniger leidvolle Schlachtung an oberste Stelle setzen. Deshalb
288 fordert die GRÜNE JUGEND ein Förderprogramm des Bundes für Schlachthöfe in
289 kommunaler Hand ein, also den Aufbau einer flächendeckenden Schlacht-
290 Infrastruktur, die Tiertransporte auf ein Minimum verkürzt und möglichst
291 stressfreie Schlachtung in gemeindeeigenen Betrieben ermöglicht.

292
293 Insgesamt müssen die Tierschutzregeln in der Landwirtschaft deutlich verschärft
294 werden. Die GRÜNE JUGEND fordert daher, dass die Standards der EU-Ökoverordnung
295 zu Mindeststandards in der landwirtschaftlichen Tierhaltung werden. Auch mobile
296 und dezentrale Schlachtung, sodass vor Ort geschlachtet werden kann, soll
297 gefördert werden. Die Kontrollverfahren für die Einhaltung des Tierschutzes und
298 arbeitsrechtlicher Regeln an Schlachthöfen müssen besser werden. Betäubungslose
299 Schlachtung soll verboten werden. Verstöße gegen den Tierschutz in der
300 Landwirtschaft, bei Tiertransporten und auf Schlachthöfen müssen konsequent
301 verfolgt und bestraft werden.

302 Nur wenn Landwirt*innen von ihren Produkten gut leben können, kann nachhaltig
303 eine gute Haltung gewährleistet werden. Artgerechtere Haltung muss auch die
304 einzig wirtschaftlich attraktive sein. Leid darf sich finanziell nicht lohnen!
305 Entsprechend fordert die GRÜNE JUGEND, dass es seitens der Bundesregierung nicht
306 länger bei hübschen „Tierwohl“-Kampagnen bleibt, durch deren „Tierwohl-Label“
307 Landwirt*innen möglicherweise für etwas bessere Haltungsbedingungen etwas mehr
308 Geld verdienen können. Es braucht konkrete finanzielle Förderzusagen von
309 staatlicher Seite für konkreten Tierschutz. Wer Tiere besser hält, muss dafür
310 gefördert werden – nicht nur von den Konsument*innen mit Hilfe eines Labels,
311 sondern konkret aus den EU-Fördermitteln.

312 Die zunehmende vegane Lebensweise vieler Menschen begrüßen wir. Sie ist für uns
313 eine Bestärkung und Anlass für politisches Umdenken in der Förderung
314 landwirtschaftlicher Betriebe geben. Es macht weder aus Sicht des Tier- oder

315 Klimaschutzes Sinn, durch staatliche Förderung die bisherige Produktionsmenge
316 von Fleisch rentabel zu gestalten. Nur wer tierschonende und klimaschützende
317 Viehzucht betreibt, sollte Anspruch auf staatliche Förderung erhalten.
318 Industrielle Tierhaltung darf nicht länger staatlich gefördert werden. Vielmehr
319 müssen diese Fördergelder in den Umbau viehhaltener Betriebe hin zu
320 Ackerbaubetrieben investiert werden. Weiterhin müssen regionale sowie vegane
321 Lebensmittel besonders gefördert werden: durch Steuervorteile, durch Förderung
322 entsprechender Essensangebote in Kantinen und durch die Thematisierung
323 tierschonender und klimaschützender Ernährung in den Schulen sowie durch eine
324 verpflichtende Kennzeichnung entsprechender Lebensmittel.

325 **Umgestaltung der Förderkriterien**

326 Seit 1962 werden über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)
327 landwirtschaftliche Betriebe gefördert.

328 Die GAP ist mit fast 40% des Budgets der zweitgrößte Kostenpunkt im Haushalt der
329 EU und eine ihrer Kernzuständigkeiten. Seit dem Beginn der Förderpolitik haben
330 Bäuer*innenverbände und Agrarkonzerne großen Einfluss auf ihre Ausgestaltung
331 ausgeübt, sodass vor allem große Höfe und Agrobusiness von ihr profitieren. In
332 Deutschland erhalten zum Beispiel 1,7% aller Betriebe ein Viertel aller
333 Direktzahlungen. Dies hat maßgeblich zur Monopolisierung auf der einen Seite und
334 zum Höfesterben und der Marginalisierung bäuerlicher Landwirtschaft auf der
335 anderen Seite beigetragen. Umweltschäden werden also durch die GAP nicht
336 bekämpft, sondern herbeigeführt. Die früheren Export- und heutigen
337 Direktsubventionen verbilligen zudem die landwirtschaftliche Produktion, sodass
338 europäische Agrarprodukte auf den internationalen Märkten die Preise nach unten
339 drücken und für ein allgemeines Preis- und Lohndumping in der Landwirtschaft
340 sorgen. Durch die Subventionspolitik wird etwa Fleisch zum Billigprodukt. Die
341 massiven Umwelt- und Klimaauswirkungen der landwirtschaftlichen Tierhaltung und
342 Fleischproduktion werden im Preis nicht abgebildet. In vielen Ländern des
343 globalen Südens verloren Kleinbäuer*innen durch Landraub ihre Lebensgrundlage,
344 und lokale Ernährungssysteme wurden durch Importe von stark subventionierten
345 Lebensmitteln aus Europa zerstört. Auch in Europa sorgen die Direktzahlungen der
346 GAP für Landraub, da kleine Betriebe aufgeben müssen, und Landwirtschaft durch
347 die Subventionen für große Investor*innen erst rentabel wurde. Dies alles ist
348 aber keine Sackgasse und keine Situation ohne Alternative. Wir fordern, dass die
349 GAP ihrem Potential zur Umgestaltung der Landwirtschaft in Europa gerecht wird.
350 Der Schutz öffentlicher Güter wie Wasser, Böden und Klima muss belohnt werden,
351 während externe Kosten, die durch zum Beispiel Pestizideinsatz oder industrielle
352 Tierhaltung entstehen, in den Preisen für Lebensmittel erkennbar sein müssen.

353 Die GAP besteht heute aus zwei Säulen: Als erste Säule, die die Stützung der
354 Märkte zum Ziel hat, werden die flächenbezogenen bzw. bei Tierhaltung
355 stückbezogenen Agrarsubventionen bezeichnet. Die zweite Säule beinhaltet
356 Förderprogramme zur ländlichen Entwicklung und Maßnahmen für den Umwelt- und
357 Naturschutz, wobei in der zweiten Säule deutlich weniger Mittel/Geld zur
358 Verfügung stehen.

359 Es gilt das Prinzip „wachsen oder weichen“. Die flächenbezogenen Prämien fördern
360 diese Entwicklung zu noch größeren Betrieben noch, statt mit ihr und den
361 zerstörerischen Folgen für den ländlichen Raum und die Umwelt zu brechen.

362 Wir fordern eine Umstrukturierung der GAP ab 2021. Die Direktzahlungen pro
363 Hektar fördern nur immer größere Betriebe und immer weitergehende Intensivierung
364 und Industrialisierung. Die GRÜNE JUGEND fordert daher für die GAP ab 2021 die
365 Abschaffung der Flächenprämie. Subventionen müssen stattdessen an Leistungen im
366 Bereich Umwelt- und Tierschutz geknüpft werden. Möglich ist das beispielsweise
367 durch ein Punktesystem wie es etwa die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche
368 Landwirtschaft fordert. Die Exportorientierung der Landwirtschaft in Europa muss
369 zugunsten der Förderung regionaler Strukturen und Versorgungssysteme beendet
370 werden. Industrielle Tierhaltung darf perspektivisch keine Subventionen mehr
371 erhalten.

372 Auch langfristige Maßnahmen wie die Pflanzung von Gehölzen zur Schaffung von
373 Agroforstsystemen, Aufforstung von Mischwald sowie Pflanzung und Pflege von
374 Hecken soll dadurch unterstützt werden. Die Umstellung auf Ökolandbau muss
375 finanziell unterstützt und bürokratisch erleichtert werden.

376 Diese Maßnahmen müssen zur jetzigen Reform umgesetzt werden. Wir haben keine
377 Zeit, dass eine klima- und artenschützende Landwirtschaft erst in einem
378 Jahrzehnt bei einer weiteren GAP-Reform umgesetzt und honoriert wird. Die
379 momentan verhandelten Überbrückungsszenarien bieten die Chance, eine
380 ambitionierte Landwirtschaftspolitik als Ziel in die GAP zu setzen. Es ist noch
381 nicht zu spät. Wir müssen jetzt ambitioniert handeln und dürfen eine Kehrtwende
382 in der Agrarförderung nicht nach hinten verschieben! Dafür muss sich auch die
383 deutsche Bundesregierung innerhalb der Institutionen der EU einsetzen.

384 Außerdem sehen wir es als Pflicht der Bundesländer an, die Möglichkeiten der
385 Umschichtung von der ersten auf die zweite Säule vollkommen auszuschöpfen.

386 **Unsere Vision: Ernährungssouveränität statt Agrarkapitalismus!**

387 Im Laufe des 20. Jahrhunderts stiegen die Erträge der Landwirtschaft in Europa
388 massiv an, da technische Innovationen, Spezialisierung, Automatisierung und der
389 Einsatz synthetischer Düngemittel dies möglich machten. Die erhöhten Erträge
390 ließen die Preise für Lebensmittel und damit die Einkommen kleiner Betriebe
391 weltweit dramatisch fallen. Die Überschüsse führten zur Exportorientierung der
392 europäischen Landwirtschaft und machten die industrielle Tierhaltung erst
393 rentabel.

394 Die intensive und industrielle Nahrungsproduktion wird immer wieder mit dem
395 Stichwort „Ernährungssicherheit“ gerechtfertigt. Produktivitätssteigerungen der
396 industriellen Landwirtschaft werden als notwendig für die Welternährung
397 dargestellt. Dabei wird heute schon über 1,5 mal so viel Nahrung produziert wie
398 nötig wäre. Die Ursachen für Hunger und Mangelernährung sind Armut und
399 Verteilungsungerechtigkeit. Die Verwendung von Millionen Hektar der begrenzten
400 Ressource landwirtschaftlicher Flächen für Tierfutter und Biokraftstoffe ergibt
401 aus einer Perspektive der Welternährung keinen Sinn, sondern folgt aus der
402 Nachfrage des globalen Nordens nach Fleisch und Kraftstoffen.

403 Unsere Vision ist eine Landwirtschaft, die statt Erträgen allein ganze
404 Ökosysteme sowie die Kontrolle der Bewirtschaftenden über die lokalen
405 natürlichen Ressourcen und die Art der Produktion in den Blick nimmt.
406 Agrarökologie als ein ganzheitliches, an die örtlichen Gegebenheiten angepasstes

407 System nachhaltiger Produktion ist ein wichtiger Teil davon. Ebenso wichtig sind
408 dezentrale und lokale statt globaler Versorgung, die gemeinsame und öffentliche
409 Nutzung von Technologien und Wissen, Zugang zu Land und Nahrung unabhängig von
410 Kaufkraft und vieles mehr. Dies alles lässt sich unter dem Begriff der
411 Ernährungssouveränität fassen. Er ist keine Utopie, sondern Notwendigkeit!

412 Öffentliches Geld soll für öffentliche Güter, und nicht für die Zerstörung
413 unserer Lebensgrundlagen ausgegeben werden.

414 **Konkret fordern wir folgende Maßnahmen:**

415 • Wir bringen die Wälder auf die Felder: Förderung der Pflanzung von 100.000
416 ha Agroforst-Flächen in den nächsten 5 Jahren.

417 • Wir beenden die industrielle Tierhaltung mit der flächengebundenen
418 Tierhaltung und sparen dadurch massive Methanemissionen ein: Bioland-
419 Standard von 1,6 Großvieheinheiten bis 2030. Insgesamt müssen
420 Fleischproduktion und -konsum im Sinne von Klima- und Ressourcenschutz
421 drastisch reduziert werden. Dafür machen wir pflanzliche Ernährung
422 standardmäßig verfügbar in öffentlichen Kantinen, stellen sie steuerlich
423 besser und klären mit Bildungsarbeit über Umwelt- und Klimafolgen von
424 Tierproduktion und -konsum auf.

425 • Wir bringen das CO₂ unter die Äcker und unterstützen die Betriebe beim
426 Umbau ihrer Fruchtfolgen: Wir fördern den Humusaufbau in
427 landwirtschaftlichen Böden und von Flächen mit bereits hohem Humusgehalt.
428 Dies gelingt mit der Vorgabe einer standort- und betriebsgerechten
429 Mindestfruchtfolge, die auch humusmehrende Feldfrüchte verwendet und der
430 finanziellen Unterstützung bei der Umsetzung.

431 • Wir bringen das CO₂ unter die Weide: Wir fördern den Humusaufbau unter
432 Grünland durch die weidebasierte Tierhaltung und der Erhaltung lebendiger
433 Pflanzen-Wurzel-Netzwerke als Kohlenstoffspeicher und zur Erhöhung der
434 Bodenfruchtbarkeit.

435 • Wir stoppen die Freisetzung von klimaschädlichen Gasen durch Überdüngung
436 und schützen damit auch das Grundwasser: Reduzierung des
437 Stickstoffüberschusses im Boden, Verpflichtung zum vorrangigen Einsatz von
438 Wirtschaftsdüngern (z. B. Gülle) in der Ausbringung mit anschließendem,
439 gezielten und geregelten Mineraldüngereinsatz (Kunstdünger) bis zu einer
440 von den Landwirtschaftsämtern bodenabhängig festgelegten und jährlich
441 kontrollierten maximalen Stickstoffmenge in kg je Hektar und Jahr bis
442 2025.

443 • Wir besteuern Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft und fördern
444 kurze Transportwege: Anwendung der CO₂-Bepreisung auch auf den Transport
445 in der Landwirtschaft.

446 • Wir dämmen die Lebensmittelverschwendung ein und beurteilen nach Qualität,
447 nicht nach Optik der Lebensmittel: Abgabe abgelaufener Lebensmittel in
448 gekennzeichneten Regalen (französisches Modell) und

- 449 Mindesthaltbarkeitsdatum durch Verzehrdatum ersetzen, sofortige
450 Novellierung der Handelsklassenordnung. Das sogenannte Containern soll
451 legalisiert werden.
- 452 • Wir machen aus Mist Energie und stoppen Maismonokulturen. Wir bauen die
453 Biogasanlagen um, sodass bis 2030 100 % der energetischen Leistung durch
454 die Vergärung von Wirtschaftsdüngern (z. B. Gülle) bzw. Reststoffen
455 gewonnen wird. Dies dient der Förderung der ressourceneffizienten
456 Kaskadennutzung zur Energiegewinnung in Biogasanlagen. Ausnahmen:
457 humusmehrende Pflanzen wie Klee gras, die in der Fruchtfolge benötigt
458 werden, aber keine andere Verwertung im Ackerbau zulassen.
- 459 • Wir fördern Klimaschutz statt Hektar und entlasten die Landwirt*innen bei
460 der Beantragung von Fördermitteln: Wir ersetzen die Flächenprämien durch
461 eine leistungsgebundene Förderung von Umwelt- und Naturschutzleistungen
462 mit langfristig wirkenden Maßnahmen wie Agroforstpflanzung, Mischwald-
463 Aufforstung, Pflanzung und Pflege von Hecken und anderen
464 Landschaftselementen. Wir unterstützen Landwirt*innen, die den Klimaschutz
465 voranbringen wollen und bauen die Förder-Bürokratie um hin zu den
466 Bedürfnissen engagierter Landwirt*innen. Das muss mit der Einführung der
467 neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) 2021 geschehen.
- 468 • Wir retten die Moore als natürliche Klimaschützer: Renaturierung und
469 Wiedervernässung der Moore als einer der größten Kohlenstoffspeicher der
470 Erde und Beendigung der landwirtschaftlichen Nutzung von Mooren bis 2030
471 mit entsprechenden Entschädigungszahlungen an die Landwirt*innen.
472 Ausgenommen ist die CO₂-neutrale Nutzung, z. B. durch Paludikulturen.
- 473 • Wir machen Tierschutz zur zentralen Aufgabe der Landwirtschaft, verbieten
474 grundlose schmerzhafteste Behandlungen von Tieren, beenden die industrielle
475 Tierhaltung und setzen stattdessen auf Weidetierhaltung sowie eine damit
476 verbundene drastische Reduktion der Anzahl gehaltener Tiere und die
477 Förderung veganer Ernährung.

Begründung

erfolgt mündlich

L-3 B Perspektiven für eine gerechte Landwirtschaft!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: L – Landwirtschaft und Ökologie

Antragstext

1 Die konventionelle Landwirtschaft steht vor der Herausforderung, sich fit für
2 die Zukunft zu machen. Den Weg der Industrialisierung ihrer ursprünglich
3 kleinbäuerlichen Betriebe, der vielen Landwirt*innen durch die Förderpolitik
4 von EU und Bundesregierung zu Recht wirtschaftlich rentabel erschien, steht
5 quasi vor dem Aus. Der Preis von Lebensmitteln ist in den letzten Jahren und
6 Jahrzehnten ins Bodenlose gefallen und Großinvestitionen, die für die
7 Erhöhung der Erträge getätigt wurden, haben nicht zu den versprochenen
8 Mehreinnahmen geführt. Denn gegen große Investoren, die in der Bewirtschaftung
9 von Ackerflächen nichts weiter als eine Geldanlage sehen, hat kaum ein kleiner
10 landwirtschaftlicher Betrieb eine Chance. Aber genau die gilt es zu stärken und
11 sich dem Höfesterben im ländlichen Raum entschieden entgegenzustellen. Die
12 Landwirtschaft sichert unsere Ernährungssouveränität; wir sollten sie also
13 auf möglichst viele breite Schultern verteilen anstatt sie der Spekulation mit
14 Bodenpreisen auszusetzen. Um das Höfesterben aufzuhalten, gilt es nun v. a.
15 Perspektiven an die jungen Generationen in der Landwirtschaft aufzuzeigen. Der
16 schlechte Ruf der Landwirtschaft, die Risiken der Klimakrise und der Kredit bei
17 der Bank, der notwendig wäre, um im derzeitigen landwirtschaftlichen System
18 wettbewerbsfähig zu bleiben, sind nur der Anfang einer langen Reihe von
19 Problemen, denen sich Jungbäuer*innen gegenübersehen.

20 Als Gesellschaft sind wir die Profiteur*innen einer ökologischen,
21 klimastandhaften, tierschützenden und artenreichen Landwirtschaft. Wir müssen
22 also auch unseren Beitrag dafür leisten, den Wechsel hin zu eben diesen
23 Ansprüchen an landwirtschaftliche Betriebe sozial gerecht und lohnenswert für
24 die Landwirt*innen zu gestalten.

25 Höfesterben bekämpfen - Perspektiven schaffen

26 Für die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel, die nach ökologischen Standards
27 in der Region und damit mit kurzen Transportwegen, also auch klimafreundlich und
28 letztlich für die Konsument*innen als solche kontrollierbar, hergestellt
29 werden, braucht es Perspektiven für die kleinbäuerliche Landwirtschaft in
30 Deutschland und Europa. Kleinbäuerliche Landwirtschaft muss besonders
31 gefördert werden, indem man Förderkriterien so umbaut, dass sie kleinen
32 Betrieben besonders zu Gute kommen. Die flächengebundene Förderung aus der
33 ersten Fördersäule der Europäischen Union spielt vor allem den großen
34 Grundbesitzer*innen in die Hände. Deshalb setzen wir uns für eine
35 leistungsgebundene Förderung ein, die kleine Betriebe beim Umbau hin zu
36 Qualität statt Masse unterstützt, sodass später im Verkauf für regionale und

37 ökologische Produkte eine höherer Preis erzielt werden kann. Außerdem braucht
38 es Unterstützung für die Übernahme eines Hofes für Jungbäuer*innen. Der
39 Staat muss hier als günstiger Kreditgeber auftreten und die Aussicht darauf
40 stellen, auf Anteile des Kredites später zu verzichten, wenn die Zukunft des
41 Betriebes gesichert ist und landwirtschaftliche Konzepte umgesetzt wurden, die
42 ökologisch sinnvoll sind und Klimawandel- und Artensterben entgegenwirken.

43 **Saisonarbeit regulieren**

44 Jährlich kommen 315.000 Saisonarbeiter*innen aus dem europäischen Ausland nach
45 Deutschland zum Arbeiten in der Landwirtschaft. Diese Zahl entspricht etwa 60
46 Prozent der Menschen, die in Deutschland in der Landwirtschaft beschäftigt
47 werden. Zu den Tätigkeiten zählen v. a. das Stechen von Spargel sowie das
48 Ernten von Obst und Erdbeeren, aber auch die Arbeit in Schlachtbetrieben. Die
49 Arbeiter*innen kommen v. a. aus Polen, Bulgarien und Rumänien, zum Teil aber
50 auch aus Kroatien, Ungarn, Serbien und seit neuestem auch aus der Ukraine. Die
51 großen Lohnunterschiede innerhalb der Europäischen Union ermöglichen dabei,
52 dass häufig zu menschenunwürdigen Bedingungen und niedrigsten Löhnen
53 gearbeitet wird, weil die Saisonarbeitskräfte häufig bereit sind, schlechte
54 Lebens- und Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen. Wir als GRÜNE JUGEND wollen
55 diese Menschen aber nicht länger alleine lassen, sondern machen uns für ihre
56 Rechte und Ansprüche auf soziale und hygienische Arbeitsbedingungen stark. Es
57 darf keine Arbeiter*innen zweiter Klasse geben. Die Probleme liegen v. a. in
58 nicht vorhandenen schriftlichen Arbeitsverträgen, in der intransparenten
59 Aufzeichnung von Arbeitszeit und Lohn, den unklaren Gehaltsabzügen für Essen
60 und Unterkunft sowie im fehlenden Arbeits- und Gesundheitsschutz. Diese Probleme
61 sind politisch lösbar. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung eines
62 flächendeckenden kostenlosen Beratungsangebotes für Saisonarbeitskräfte ein.
63 Außerdem muss die aufsuchende Arbeit stärker gefördert werden, um gerade die
64 mobilen Beschäftigten im ländlichen Raum erreichen zu können. Zwischen den
65 Beratungsstellen und den staatlichen Behörden, die die Zahlung des Mindestlohns
66 kontrollieren, muss ein viel engerer Austausch stattfinden, und die Umgehung des
67 Mindestlohns muss umgehend geahndet werden. Dafür muss allen Beschäftigten ab
68 dem ersten Arbeitstag ein Arbeitsvertrag in der Herkunftssprache ausgehändigt
69 werden. Außerdem muss der Lohnzettel transparent ausgefüllt und den
70 Arbeitskräften einmal monatlich ausgehändigt werden, nicht erst am Ende der
71 Saison. Kontrollierende Behörden müssen endlich grenzüberschreitend
72 zusammenarbeiten und auch die Beratungsstellen verschiedener Länder eine
73 gemeinsame europäische Strategie für die soziale Absicherung von
74 Saisonarbeitskräften entwickeln. Diese Strategie muss umgehend in die
75 gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) aufgenommen und in ihren Förderkriterien
76 verankert werden: Wer nicht gemäß europäischen Vorschriften legal
77 beschäftigt, bekommt auch keine Direktzahlungen mehr. Außerdem müssen die
78 Arbeitgeber*innen verpflichtet werden, die geltenden Arbeitsrechte den
79 Arbeiter*innen in ihrer Herkunftssprache zugänglich zu machen und sie in ihren
80 Rechten zu belehren.

81 **Arbeitsrechte in der Landwirtschaft 4.0 sichern**

82 Die Digitalisierung und Mechanisierung in der Landwirtschaft hat das Potenzial,
83 anstrengende körperliche Arbeit, die bislang gering entlohnt wird und kaum bis
84 zum Ende des Arbeitslebens geleistet werden kann, durch moderne Technik auf
85 Maschinen automatisiert zu übertragen und dem Menschen nicht länger monotone

86 Arbeitsschritte zuzumuten. Im Gegenteil verbessert die Fortbildung von
87 Fachkräften hin zu digitalen Fachkräften deren Qualifikation und damit auch
88 ihr Gehalt. Das passiert aber keinesfalls von selbst; der Staat muss
89 entsprechende Fortbildungen finanzieren und ermöglichen und dabei auch klar die
90 Rechte der Arbeitnehmer*innen in den Mittelpunkt stellen. Digitalisierung darf
91 nicht zur Mehrbelastung von Arbeitnehmer*innen mit digitaler Arbeit führen,
92 ohne dass die analoge Arbeit abnimmt. Die Digitalisierung sollte als Chance für
93 Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Landwirtschaft betrachtet werden;
94 gleichzeitig muss aber auch immer klar sein, dass die Digitalisierung und
95 Maschinisierung nicht zu Lasten von Klima- und Artenschutz stattfinden kann,
96 indem immer größere Maschinen mit immer mehr Gewicht zu einer immer stärkeren
97 Belastung der Böden führen. Die Landwirtschaft 4.0 stellt Chance und Risiko
98 für Beschäftigte und Natur gleichermaßen dar. Deshalb muss sie jetzt
99 politisch angegangen und diskutiert werden.

100 Moderne Landwirtschaft ist nämlich das, was man daraus macht. Die Solidarische
101 Landwirtschaft (SoLaWi) ist eine Organisationsform der Landwirtschaft, bei der
102 eine Gruppe von Verbraucher*innen mit einem oder mehreren Landwirt*innen
103 kooperiert und die als positives Vorbild dienen kann. Die Verbraucher*innen
104 geben eine Abnahmegarantie für die Produktion und erhalten im Gegenzug
105 Einblick/Einfluss auf die Produktion. In der Regel zahlt jede*r Verbraucher*in
106 einen festen monatlichen Betrag. Dabei ist der*die Landwirt*in abgesichert und
107 im Fall eines Ernteausfalls, dessen Auftreten mit den Folgen der Klimakrise
108 zunimmt, nicht in ihrer*seiner Existenz bedroht. Genau diese Form
109 gemeinschaftlicher Verantwortung für die soziale Absicherung von Landwirt*innen
110 und die Transparenz für Verbraucher*innen über die konsumierten Lebensmittel
111 wollen wir viel stärker unterstützen und sehen in ihr großes Potenzial als
112 zukunftsfähiges landwirtschaftliches Konzept. Die GRÜNE JUGEND macht sich für
113 mehr Räume in den Städten für Solidarische Landwirtschaft ein. Denn anders
114 als Lebensmittelketten stehen der Solidarischen Landwirtschaft kaum leistbare
115 Räume für Abgabe und Verkauf der erzeugten Lebensmittel zur Verfügung. Diese
116 Räume wollen wir mit staatlichen Mitteln fördern und in Kooperation mit den
117 Kommunen den Genossenschaften zur Verfügung stellen.

118 **Bürokratieabbau voranbringen**

119 Wir setzen uns für eine Reform der Förder-Bürokratie mit der Einführungen
120 der neuen GAP im Jahr 2020 ein – denn diese ist mehr als überfällig.
121 Landwirtinnen und Landwirten zuzumuten, für vorbildliche ökologische und
122 klimaschützende Landwirtschaft vom Blühstreifen über Lerchenfenster bis hin
123 zur Pflanzung von Bäumen, in ihrer auch so schon geringen Freizeit eine
124 derartige Bürokratie mit unzähligen Formularen auf sich nehmen zu müssen, ist
125 nicht länger tragbar. Auch angesichts der Dringlichkeit der Umsetzung
126 zukunftsfähiger landwirtschaftlicher Konzepte ist das alles andere als
127 sinnvoll.

128 Künftig müssen landwirtschaftliche Betriebe nach umfangreicher kostenloser
129 Beratung ihre Vorhaben lediglich noch bei den zuständigen Stellen anmelden
130 müssen – den Papierkram erledigt dann die Behörde. Denn zu
131 leistungsgebundener Förderung zählt nicht nur die Leistung der Landwirtinnen
132 und Landwirte, sondern auch die Leistung des Staates, die für den Erfolg der
133 Förderprojekte unabdingbar ist. Dafür brauchen die Landwirtschaftsämter
134 endlich das notwendige Personal, um die Förder-Bürokratie im Sinne einer
135 ökologischen Landwirtschaft und gleichermaßen im Sinne der Landwirt*innen

136 erledigen zu können. Ohne eine wirksame, zugleich aber auch maßvolle Kontrolle
137 können keine öffentlichen Mittel fließen. Denn öffentliches Geld gibt es nur
138 für öffentliche Leistungen.

139 **Regionalität und Infrastruktur fördern**

140 Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen, um tier- und umweltgerecht sowie
141 nachhaltig handeln zu können, auf eine gute, lokale Infrastruktur
142 zurückgreifen können. Kurze Transportwege und eine lokale Vermarktung fördern
143 die Wertschöpfung vor Ort und halten die Transportemissionen so gering wie
144 möglich. Regionale Wirtschaftskreisläufe bieten zusätzlich Perspektive für
145 viele Arbeitsplätze und soziale Strukturen im ländlichen Raum. Es müssen
146 ebenfalls lokale Absatzmöglichkeiten für die Rohstoffe aus den Fruchtfolgen,
147 wie beispielsweise Hanf und Ackerbohnen, gewährleistet werden.

148 Um Regionalität wieder mehr Aussagekraft zu ermöglichen, setzen wir uns für
149 ein Regionalitätssiegel ein, das vom Futter/Dünger bis zum Endprodukt alle
150 Erzeugungsschritte berücksichtigt und honoriert. Zurückgelegte Kilometer und
151 der dadurch erzeugte CO₂-Ausstoß stellen dabei die Klimabilanz des jeweiligen
152 Produktes dar.

153 Um regional erzeugte Lebensmittel auch zu regional erzeugten Endprodukten
154 fertigen zu können und nicht noch für die letzten Arbeitsschritte hunderte
155 oder tausende Kilometer fahren zu lassen, müssen wir regionale Infrastruktur
156 fördern: Beispielsweise gehen lokale Mälzereien, Mühlen, Molkereien,
157 Metzgereien oder das Backhandwerk vielerorts zurück, ihre Produkte werden an
158 zentralen Orten möglichst günstig produziert. Das schadet aber dem regionalen
159 Wirtschaftskreislauf wie auch dem Klima. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND, aus
160 Bundes- und Landesmitteln ein Förderprogramm für regionale Lebensmittel-
161 Infrastrukturprojekte ins Leben zu rufen, mit dem Regionalität für den
162 ländlichen Raum, das Klima und mit Blick auf regionale Schlachthöfe auch das
163 Tierwohl vorangebracht wird.

164 **Weiterbildung und Ausbildung in der Landwirtschaft**

165 Die Bildung im landwirtschaftlichen Bereich ist ein Schlüsselpunkt, denn nur
166 durch Eigenermächtigung kann konsequent nachhaltig gehandelt und bewirtschaftet
167 werden. Es müssen in der Lehre und im Studium konventionelle und ökologische
168 Praktiken gelehrt werden, um die eigenständige Umstellung von Betrieben zu
169 erleichtern.

170 Das Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen muss stark ausgeweitet werden und vor
171 Ort verfügbar sein. Anpassung an den Klimawandel, Tierwohl, nachhaltige und
172 langfristige Betriebswirtschaft und Boden sind die Hauptschwerpunkte, auf die
173 sich die Bildungsprogramme im konventionellen und ökologischen Bereich
174 konzentrieren sollen. Fächer wie Bodenbiologie, -physik und -chemie müssen
175 umfassender gelehrt werden – sowohl in der universitären Ausbildung an den
176 Hochschulen, als auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung. Der Ökolandbau
177 muss in vollem Umfang in die Lehre an Hochschulen und in die landwirtschaftliche
178 Ausbildung aufgenommen werden. Darüber hinaus sollen sowohl ökologische als
179 auch konventionelle Ansätze an alle Lernenden vermittelt werden, um Platz für
180 Diskurs und Wissensaustausch zu bieten. Dafür muss auch die Forschung im

181 Bereich klimapositiver und klimaresilienter Landwirtschaft stark ausgebaut und
182 entsprechend staatlich gefördert werden.

183 Die Bäuer*innen sind diejenigen, die die Nahrung produzieren, die Landschaft
184 gestalten, und Klima und Biodiversität schützen können. Diese wichtige Rolle
185 muss Anerkennung finden. Wir stehen Seite an Seite mit denen, die sich für
186 Arten- und Klimaschutz einsetzen. Gleichzeitig muss der Beruf der Landwirt*innen
187 attraktiver gemacht werden. Die künftigen Änderungen können nur mit
188 Sachverstand umgesetzt werden. Das Bild der Landwirt*innen muss sich in der
189 Öffentlichkeit ändern und dafür wollen wir uns auch einsetzen. Um
190 Attraktivität des Berufsfeldes zu steigern, müssen sich aber auch Bedingungen
191 ändern, die hier beschrieben werden.

192 **Fairer Handel statt Mercosur-Freihandelsabkommen**

193 Freihandelsabkommen sind derzeit fester Bestandteil der Außenpolitik der
194 Europäischen Union. Oft sind, wie beispielsweise bei Mercosur oder TTIP, auch
195 landwirtschaftliche Güter Teil dieses geplanten Freihandels. Landwirtschaft ist
196 aber vor allem global sehr unterschiedlich organisiert und strukturiert.
197 Außerdem findet die Einfuhr landwirtschaftlicher Güter, wenn diese aus
198 Schwellen- und Industrienationen kommen, meist aus industrieller Landwirtschaft
199 statt. Diese Landwirt*innen sind oft viel weniger strengen Reglementierungen
200 unterworfen und betreiben eine klimaschädlichere Landwirtschaft als die
201 europäischen Bäuer*innen. Vor allem der günstige Preis der importierten
202 Güter, die zu Lasten des Klimas entstehen, kann kleinstrukturierte, bäuerliche
203 und ökologische Landwirtschaft stark unter Druck setzen. Außerdem kann das
204 dazu führen, dass sich auch in Europa eine industrielle und ökologisch
205 schädliche Landwirtschaft weiter durchsetzt, da nur diese dem neu erstarkten
206 Preisdruck durch die billige Importware standhält. Mit dem Freihandelsabkommen
207 Mercosur mit den Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay soll die
208 weltweit größte Freihandelszone geschaffen werden. Auch hier sind
209 landwirtschaftliche Güter betroffen.

210 Es sollen 99.000 Tonnen Rindfleisch und 25.000 Tonnen Schweinefleisch zu einem
211 sehr niedrigen Zollsatz und 180.000 Tonnen Geflügel und Reis, Honig,
212 Zuckermais, Käse, usw. Zollfrei nach Europa importiert werden. Diese Produkte
213 werden mit extrem hohem Spritzmitteleinsatz und in Monokulturen angebaut und
214 gleichzeitig der Regenwald gerodet. Die Importmengen von beispielsweise
215 Rindfleisch werden die klima positive und artgerechte Tierhaltung EU-
216 Mutterkuhhaltung/Weidehaltung extrem unter Druck setzen. Dabei ist dies die
217 Haltung, die Artenschutz unterstützt und Humus aufbaut.

218 Wir müssen den globalen Anbau und Transport von Fleisch drastisch reduzieren.
219 Freihandelsabkommen wie Mercosur sind dazu absolut nicht förderlich und in
220 Zeiten des Klimawandels und eines brennenden Regenwalds nicht vertretbar! Ein
221 Freihandelsabkommen, das bäuerlicher und klimaschonender Landwirtschaft im Wege
222 steht darf nicht durch Deutschland befürwortet und beschlossen werden. Wenn
223 Klimaschutz betrieben werden soll, muss die Landwirtschaft mitgedacht werden und
224 dem Mercosur-Abkommen in dieser Form darf nicht zugestimmt werden.

225 **Konkret fordern wir:**

- 226 1. Wir gehen gegen das Höfesterben vor, indem wir Jungbäuer*innen und die
227 Kleinbäuerliche Landwirtschaft finanziell unterstützen.
- 228 2. Wir setzen uns für die Rechte von Saisonarbeitskräften ein und beenden
229 die prekären Arbeitsverhältnisse auf Feldern und in Schlachtbetrieben.
- 230 3. Wir sehen in der Landwirtschaft 4.0 sowohl Chance als auch Risiko. Wir
231 wollen Arbeitnehmer*innen in der Landwirtschaft harte körperliche Arbeit
232 erleichtern, gleichzeitig aber auch ihre Rechte schützen und den
233 digitalen Umbau für mehr soziale Teilhabe, den Klima- und den Artenschutz
234 nutzen.
- 235 4. Wir fördern Klimaschutz statt Hektar und entlasten die Landwirt*innen bei
236 der Beantragung von Fördermitteln: Wir ersetzen die Flächenprämien
237 durch eine leistungsgebundene Förderung von Umwelt- und
238 Naturschutzleistungen mit langfristig wirkenden Maßnahmen wie
239 Agroforstpflanzung, Mischwald-Aufforstung, Pflanzung und Pflege von Hecken
240 und anderen Landschaftselementen. Wir unterstützen Landwirt*innen, die
241 den Klimaschutz voranbringen wollen und bauen die Förder-Bürokratie um
242 hin zu den Bedürfnissen engagierter Landwirt*innen. Das muss mit der
243 Einführung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) 2020 geschehen
- 244 5. Wir bringen den Klimaschutz in die Ausbildung: Maßnahmen des
245 Klimaschutzes und der Klimaanpassung in die landwirtschaftliche Aus- und
246 Weiterbildung aufnehmen, z. B. durch vertiefende Lehre in der
247 Bodenbiologie; Ökolandbau in vollem Umfang in die Lehre an Hochschulen
248 und in die landwirtschaftliche Ausbildung aufnehmen und Forschung an
249 klimapositiver Landwirtschaft fördern.
- 250 6. Wir bringen die Landwirtschaft in die Lehrpläne: Aufnahme
251 landwirtschaftlicher Bildung in die Lehrpläne der Sekundarstufe I bis
252 2025 im Rahmen einer umfassenden Klima- und Umweltbildung.
- 253 7. Die Ablehnung des Mercosur-Freihandelsabkommens.

L-5 B Das 1,5 Grad-Ziel von Paris endlich umsetzen! Für effektiven Klimaschutz und Sektorkopplung.

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: L – Landwirtschaft und Ökologie

Antragstext

1 Klimaziele müssen endlich an den Pariser Klimavertrag 2 angepasst werden

3 Seit Jahren bekämpft die Große Koalition die Energiewende. Sie deckelt und
4 bremst den Ausbau erneuerbarer Energien im Strombereich massiv und schafft es
5 bis heute nicht, die Nutzung von Überschussstrom für die Wärme- und
6 Verkehrswende zu ermöglichen. Allein im Jahr 2017 gingen 27.000 Arbeitsplätze in
7 der Windenergiebranche verloren – so viele Menschen, wie in der Kohlebranche
8 arbeiten. Dieses Jahr gingen jeden Freitag weltweit Schüler*innen auf die
9 Straße, um für eine bessere Klimapolitik zu streiken. Die Vertreter*innen der
10 Großen Koalition sagen uns: Ihr könnt wieder nach Hause gehen, wir haben
11 verstanden. Gleichzeitig haben sie dafür gesorgt, dass in diesem Jahr der Ausbau
12 an Windkraftanlagen um 82% zusammengebrochen ist. Die Solarindustrie in
13 Deutschland ist schon unter Schwarz-Gelb zerstört worden – das gleiche Schicksal
14 soll nun offenbar die Windbranche ereilen. Und all das, während die Klimakrise
15 immer drängender wird, wo wir selbst in Deutschland jetzt schon Rekorddürren
16 erleben. Unser Haus steht in Flammen und die Feuerwehr darf nicht löschen.

17 Wir fordern dagegen: 100 % Erneuerbare Energien bei Strom, Wärme und Verkehr bis
18 spätestens 2035, in Deutschland und Europa. Nach den Forderungen von Fridays for
19 Future und den Berechnungen des Klimawissenschaftlers Prof. Rahmstorf darf
20 Deutschland dabei noch ein Budget von achtmal den Emissionen des letzten Jahres
21 ausstoßen (ca. 7200 Mt CO₂ äq). Wir wollen dieses Budget gesetzlich festlegen.

22 Dementsprechend halten wir auch die derzeitigen Ziele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
23 in Deutschland mit allen Sektoren außer dem Strom, und in Europa generell erst
24 2050 klimaneutral zu werden, für unzureichend. Wir werden in Bund, Ländern und
25 Kommunen Anträge einreichen, um diese Ziele zu verschärfen.

26 Niemand denkt an die Wärmewende

27 50 % des deutschen Energiebedarfs fallen auf den Sektor Wärme. Gleichzeitig hat
28 der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeerzeugung in den letzten 7 Jahren
29 nur um 1 % zugenommen. Nicht nur haben Heizungen und Gebäude sehr lange
30 Investitionszyklen, weshalb die Wärmewende schon jetzt in Angriff genommen
31 werden muss. Sie ist ebenso nötig, wenn wir bis 2025 aus der Kohle aussteigen
32 wollen. Denn Kohlekraftwerke produzieren Abwärme, die ersetzt werden muss.

33 Trotzdem verschenkt der Bund noch immer Geld für den Neubau von Öl- und
34 Gasheizungen. Alle fossilen Subventionen müssen sofort beendet und der Neubau
35 von fossilen Heizungen bis 2020 verboten werden. Der Ausbau von Power-to-Heat,
36 Solarthermie, Infrarotheizungen, Wasserstoff-Blockheizkraftwerken, Wasser- und
37 Eisspeichern, Wärmepumpen und Wärmenetzen für Fern- und Abwärme ist finanziell
38 zu fördern und für Neubau und Sanierung verpflichtend einzuführen. Holz darf
39 dagegen nur noch verfeuert werden, wenn es nicht mehr als Bau- und Werkstoff
40 nutzbar ist. Wärme- und Gasnetze müssen mit steigenden Anteilen erneuerbarer
41 Energien betrieben werden. Wenn der Bund hier seiner Verantwortung nicht
42 nachkommt, können und müssen die Länder und Kommunen mit Umlagen und
43 Subventionen einspringen.

44 Die Quote der energetischen Sanierung von Häusern liegt bei 1 % pro Jahr – nötig
45 sind aber 10 %. Gebäude müssen mindestens auf Effizienzhaus-55-Standard gebaut
46 werden, öffentliche Gebäude am Besten als Triple-Zero-Häuser (0 Emissionen,
47 Energiebedarf und Müll) oder mindestens als Effizienzhaus-70-Standard mit
48 nachhaltig angebautem Holz als Baustoff. Ansonsten ist die Wärmewende nicht zu
49 schaffen.

50 **Treibhausgase brauchen einen Preis!**

51 Wir wollen einen Preis auf alle Treibhausgase (THG), nicht nur CO₂. Dieser
52 sollte zeitnah auf 180 €/t CO₂-Äquivalent steigen, auch wenn dies noch nicht den
53 vollen externen Kosten von 640 €/t entspricht. Langfristig soll CO₂ den Preis
54 zugeschrieben bekommen, der dem realen Wert entspricht. Dazu gehört für uns auch
55 eine Treibhausgas-Grenzausgleichssteuer damit auch Importe den gleichen Beitrag
56 zum Klimaschutz leisten. Außerdem wollen wir alle Wirtschaftsbereiche, inklusive
57 der Landwirtschaft erfassen.

58 Solange der EU-Emissionshandel nicht ausreichend reformiert wird, soll
59 Deutschland mit einer sozial gerechten THG-Steuer voran gehen. Beispielsweise
60 könnte das durch die THG-Steuer eingenommene Geld in gleicher Menge an alle
61 Bürger*innen zurückgezahlt werden. Da die THG-Steuer einen schnelleren Einfluss
62 auf die Menge der Emissionen hat und sozial verträglicher ist, präferieren wir
63 diese. Wird der Emissionshandel reformiert, ist es sinnvoll, Brennstoffe,
64 Stickstoffdünger und andere klimaschädliche Ressourcen mit einer entsprechenden
65 Abgabe zu belegen, anstatt diese auf emittierende Anlagen zu erheben. Auf diese
66 Art und Weise ist es technisch möglich, alle Verbraucher*innen zu erfassen, weil
67 die Durchsetzung der Abgabe an zentralen Punkten erfolgen kann. Außerdem müssen
68 die emittierbaren Zertifikate an das der EU zustehende Budget im Sinne des 1,5-
69 Grad-Ziels angepasst werden. Die Löschung z. B. aufgrund von nationalen
70 Klimaschutzmaßnahmen überschüssiger Zertifikate sollte in Zukunft automatisiert
71 erfolgen.

72 **Zeitlich flexible Strompreise beziehen die Verbraucher*innen** 73 **ein**

74 Bisher ist der Strompreis den ganzen Tag über der selbe. Da Wind- und
75 Sonnenstromproduktion aber schwanken, braucht es auch einen zeitlich
76 schwankenden Strompreis, um die Verbraucher*innen in den Ausgleich der
77 Stromschwankungen einzubeziehen. Wir halten es dabei für sinnvoller, ein
78 Preissignal an die Verbraucher*innen zu senden, die dann zeitlich flexibel Strom

79 kaufen können. So kann z. B. ein Kühlhaus bei niedrigen Strompreisen einen
80 Eisblock auffrieren und dann bei hohen Strompreisen abtauen. Das bidirektionale
81 E-Auto lädt bei niedrigen Strompreisen und kann bei hohen Strompreisen ins Netz
82 zurückspeisen. Die zur Realisierung solcher Tarife neuen Stromzähler (Stupid
83 Meter) müssen dabei so konfiguriert sein, dass nur solche Daten bei den
84 Kund*innen erhoben werden, die zum Anbieten des Tarifes und zur Erhaltung der
85 Netzstabilität unbedingt erforderlich ist.

86 Es ist außerdem nötig, die staatlichen Abgaben und Steuern auf Strom, wie
87 Stromsteuer und Netzentgelte zeitlich zu flexibilisieren.

88 **Wasserstoff und Kohlenwasserstoffe**

89 Neben Strom sind **Wasserstoff** und **klimaneutrale Kohlenwasserstoffe** (also
90 künstliches „Erdgas“, „Kerosin“ usw.) die zentralen Bausteine der
91 Sektorkopplung. Sie können eingesetzt werden, wenn Stromleitungen und Batterien
92 technisch nicht sinnvoll sind, und sie können eingesetzt werden *wann* immer Sonne
93 und Wind kaum Strom produzieren.

94 Es gibt keinen „Wegwerfstrom“ – drei Viertel der Energie werden in Wärme und
95 Verkehr verbraucht. Nachdem sich die Bundesregierung jahrelang geweigert hat,
96 Überschussstrom für die Nutzung bei Wärme und Verkehr freizugeben hat sie dies
97 jetzt nur unter so strengen Auflagen ermöglicht, dass bisher kein einziges
98 Projekt umgesetzt wurde. Die Umwandlung in Wasserstoff ist nach wie vor gar
99 nicht möglich. Das müssen wir ändern, denn bisher gilt: Windanlagen stehen nur
100 still, weil Berlin es so will.

101 Auch müsste Wasserstoff aus erneuerbaren Energien überall zumindest die gleichen
102 Förderkonditionen erhalten wie Biomasse ohne Gülle. Immerhin ist etwa
103 Wasserstoff aus Photovoltaik-Freiflächenanlagen nach Schätzungen um 80 %
104 flächeneffizienter als Biomasse. Das betrifft auch den vorrangig zu verfolgenden
105 Ersatz der Wasserstoffproduktion aus Erdgas für den Industriebedarf, bei der
106 genau so viel CO₂ anfällt wie bei der Verbrennung von Erdgas. Hier ist die
107 gleiche Förderung von erneuerbarem Wasserstoff wie von Biomasse/EE-Wasserstoff
108 im Stromsektor logisch und notwendig. Nötig ist es, neben neuer
109 Wasserstoffinfrastruktur und Innovationen etwa die im Schiffsverkehr bestehende
110 Gasinfrastruktur zumindest bei Sanierungen immer gleichzeitig auf sehr hohe
111 Wasserstoffanteile auszulegen, zum Beispiel bei der gerade stattfindenden
112 Umrüstung von Gasnetzen in NRW, Niedersachsen, Hessen u.a. von L-Gas- auf H-Gas-
113 Standard. Selbst bei derzeit verbauter Technik sind mehr als 5 %
114 Wasserstoffanteil im Gasnetz möglich, wie ein Feldversuch in SH mit 10 %
115 eindrücklich bewiesen hat (das technische Maximum liegt bei 15 %).
116 Schlussendlich sollte auch eine Umstellung der Gasimporte auf EE-Wasserstoff
117 bzw. Kohlenwasserstoffe zumindest in Ansätzen begonnen werden, da dies allein
118 aus rechtlicher Sicht viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

119 Der Hauptbestandteil von Erdgas ist Methan, dass bei Förderung, Speicherung und
120 Transport teilweise in die Atmosphäre entweicht und so zur Klimaüberhitzung
121 beiträgt. Von der Industrie unabhängige Messungen für die Höhe des
122 Methanschlupfs liegen nur für die USA vor und sind um ein Vielfaches höher als
123 bisher behauptet. **Die Klimaschädlichkeit von anderen Treibhausgasen als CO₂,
124 etwa Methan, muss außerdem endlich mit den aktuellen Werten des IPCC von 2013**

125 **statt von 2007 berechnet werden!** Dann beträgt die Klimaschädlichkeit von Methan
126 nach 100 Jahren das 34-fache von CO₂ statt nur das 25-fache. Der Wert nach 20
127 Jahren beträgt allerdings noch 87. Wenn wir in den nächsten 12–32 Jahren
128 weltweit klimaneutral werden sollen, ist es aufgrund der Kippunkte im
129 Klimasystem zweifelhaft, ausschließlich den 100-Jahres-Wert zur Berechnung zu
130 verwenden.

131 Besonders hoch sind die Methanemissionen bei Frackinggas. Deshalb fordern wir
132 alle GRÜNEN dazu auf, den Neubau von LNG-Terminals zu verhindern, bis gesetzlich
133 der Import von Frackinggas verboten worden ist. Weitere Bedingungen sind aus
134 unserer Sicht:

135 • umfassende, unabhängige und transparente Messung und größtmögliche
136 Reduktion des sogenannten Methanschlupfs;

137 • Einstieg in den Import von klimaneutralen Kohlenwasserstoffen.

138 Um klimaneutrale Kohlenwasserstoffe herzustellen gibt es zwei Wege: die Nutzung
139 von Biomasse und die Synthese aus Wasserstoff und Kohlenstoff bzw. CO₂. Damit
140 dies klimaneutral und ökologisch verträglich geschieht bedarf es einiger
141 Bedingungen, die durch Standards sichergestellt werden müssen:

142 • der Flächenverbrauch der Biomasse darf nicht zu Ungunsten des
143 Naturschutzes, der Nutzung von Biomasse als Nahrung oder Bau- und
144 Werkstoff gehen;

145 • der Anbau von Biomasse muss möglichst ohne Stickstoffdünger
146 (klimaschädliche Lachgasemissionen), geringem Phosphorverbrauch, usw.
147 geschehen;

148 • das verwendete C / CO₂ muss klimaneutral oder irreduzibel und nicht
149 sinnvoller für den Aufbau von Kohlenstoffsinken (also Negativemissionen)
150 verwendbar sein.

151 Im Fall von Biomasse können möglicherweise entsprechende Formen der Algenzucht
152 entwickelt werden. Im Fall von synthetischen Kohlenwasserstoffen könnte Direct
153 Air Capture, also das Absaugen von CO₂ aus der Luft, eine Lösung sein. Diese
154 Technologie verbraucht zurzeit aber noch deutlich zu viel Energie und ist auch
155 zu teuer. Irreduzibel ist etwa ein Teil der Emissionen aus der Zementproduktion.
156 Als weitere Quelle kommt das CO₂ aus der Verbrennung von Biomasse oder
157 synthetischen Kohlenwasserstoffen selbst in Frage, also ein
158 Kohlenstoffkreislauf. Dabei muss aber beachtet werden, dass der Strombedarf für
159 die Rauchgasreinigung nicht zu den Zeiten anfallen darf, wo für dessen Deckung
160 die Verbrennung von Kohlenwasserstoffen nötig wäre, weil Wind und Sonne gerade
161 mal auf sich warten lassen. Bis erwiesen ist, dass die kreislaufförmige Nutzung
162 von CO₂ für eine bestimmte Anwendung möglich ist, ist es sinnvoller, hier auf
163 Batterie oder Wasserstoff zu setzen, weil die anderen Lösungen entweder begrenzt
164 oder noch nicht reif sind. Das betrifft z. B. Schiffe, PKW und LKW, aber evtl.
165 auch dezentrale (Block-)Heizkraftwerke. Die Probleme bei der Flüchtigkeit von

166 Wasserstoff können durch die Bindung an einen Liquid Organic Hydrogen Carrier
167 (LOHC), ein ungiftiges Öl, als Transportmedium gelöst werden. Alle genannten
168 Technologien sind in ihrer Entwicklung und in Pilotprojekten zu fördern.

169 **Negativemissionen**

170 Sogenannte Netto-Negativemissionen dienen als Argument um die notwendigen
171 Klimaschutzmaßnahmen herauszuzögern: Man könne ja später noch CO₂ aus der Luft
172 saugen oder das Klima künstlich verändern. Wetten auf technologische
173 Entwicklungen, die vielleicht noch kommen, oder das Eingreifen in komplexe
174 Systeme, die wir nicht verstehen, halten wir für unverantwortlich! Damit wir auf
175 Nullemissionen kommen können, sind CO₂-Senken allerdings durchaus ein wichtiger
176 Baustein. Die Wiedervernässung von Mooren, Aufforstung und nachhaltig angebautes
177 Holz als Baustoff können bereits jetzt einen riesigen Beitrag leisten und haben
178 nach dem Schutz bestehender Wälder und Moore die oberste Priorität. Dafür muss
179 vielerorts die Bauordnung angepasst werden, außerdem braucht es verlässliche
180 Standards.

181 Geoengineering und Carbon Capture and Storage (CCS) in den Erdboden lehnen wir
182 dagegen ab. Die Umwandlung von CO₂ in Mineralien (Pilotprojekte in Island), oder
183 als sogenanntes Carbon Capture and Usage (CCU) in Feststoffe, entweder als Bau-
184 und Werkstoffe, als Dünger (Pflanzenkohle, Terra Preta), kann dann sinnvoll
185 sein, wenn die entstehenden Verbindungen langfristig stabil und die Klimabilanz
186 insgesamt neutral oder negativ sind. Terra Preta/Pflanzenkohle sollte in die
187 Düngemittelverordnung aufgenommen werden. In Deutschland können wir dies mit
188 Pyrolyseanlagen aus Klärschlamm erzeugen. Zurzeit werden stattdessen überall
189 Monoverbrennungsanlagen geplant und genehmigt, weil ab 2022 der Klärschlamm
190 nicht mehr auf die Felder gekippt werden darf. Hier wollen wir in den Kommunen
191 voran gehen. Langfristig ist der Abbrand von Holzresten zu Terra
192 Preta/Pflanzenkohle möglicher Weise sinnvoller als die Verfeuerung in Kaminen.
193 Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit warm-feuchten Gegenden bietet Terra
194 Preta zudem das Potential großer Ertragssteigerungen auf ökologischem Wege.

195
196 Die GRÜNE JUGEND fordert geschlossen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, bei der
197 Bundesdelegiertenkonferenz vom 15.–17. November in Bielefeld Maßnahmen
198 einzubringen und durchzusetzen, die nötig sind, um schnellstmöglich das Klima
199 und die gesamte Menschheit zu schützen. Wir halten am 1,5-Grad-Ziel fest und
200 setzen uns dafür ein, dass Instrumentarien und ein CO₂-Preis beschlossen werden,
201 die damit vereinbar sind.

V-2 B Für eine soziale und nachhaltige Mobilität: Die Bahn gehört uns allen!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND setzt sich dafür ein, die Deutsche Bahn AG (DB AG) wieder in
2 ein Sondervermögen des Bundes zu überführen. Der Betrieb des Schienen-
3 Personen-Verkehrs (SPV) soll bundesweit verstaatlicht werden, Parallelbetriebe
4 im Fern- und Nahverkehr sind zu vermeiden. Wettbewerb in der Mobilität
5 widerspricht dem Grundprinzip von Mobilität als Teil der staatlich garantierten
6 öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese muss auch auf unrentablen Strecken, also
7 zum Beispiel im ländlichen Raum oder spät in der Nacht, garantiert sein.
8 Ticketpreise und die Breite des Angebots (Nachtzüge, Anbindung kleinerer
9 Gemeinden etc.) dürfen nicht von Profitinteressen getrieben sein, sondern
10 müssen sich an der sozialen Lebensrealität der Menschen orientieren. So sollen
11 sich Ticketpreise beispielsweise an der zurückgelegten Strecke orientieren und
12 bei hoher Nachfrage oder kurzfristiger Buchung nicht deutlich ansteigen. Dies
13 fördert eine längst überfällige nachhaltige und ressourcensparende
14 Mobilitätswende.

15 Die Solidarisierung der DB AG muss ein Ende der Wegrationalisierung kleiner
16 Bahnhöfe und weniger ausgelasteter Bahnstrecken nach sich ziehen. Das Motiv
17 muss sein, dass niemand mehr vom Zugverkehr abgekoppelt ist, seien es
18 Bewohner*innen kleinerer Städte und ländlicher Regionen oder Menschen, die
19 außerhalb von Stoßzeiten auf Zugverkehr angewiesen sind. Außerdem wird eine
20 massive Reduktion der Fahrtzeiten von Nah- und (europäischen)
21 Fernverkehrsstrecken angestrebt. Dies soll durch den Bau neuer
22 Hochgeschwindigkeitstrassen erreicht werden. Häufiges Umsteigen mit langen
23 Wartezeiten ist zu vermeiden. So soll der SPV eine echte Alternative zum PKW-
24 und Flugverkehr darstellen. Besonders auf diesen weniger stark frequentierten
25 Regionalstrecken erscheinen zur Steigerung der Verlässlichkeit sowie zur
26 langfristigen Absenkung der Personalkosten außerdem Investitionen in autonome
27 Zugsysteme sinnvoll, die die Anwesenheit von Zugpersonal im regulären
28 Fahrbetrieb überflüssig machen sollen. Die Überführung der DB AG in ein
29 Sondervermögen des Bundes würde es zudem erleichtern, ticketlosen bundesweiten
30 Nahverkehr sowie moderate Fernverkehrspreise im Sinne einer Mobilitätswende
31 einzuführen.

32 Auch im Güterverkehr gibt es große Chancen bei einer Rückverstaatlichung der DB
33 AG. Längst geschlossene Güterbahntrassen können reaktiviert und die
34 Transportleistung von DB Schenker kann auf die Schiene gebracht werden. Denn
35 aktuell werden in Deutschland nur knapp 20% des Güterverkehrs auf der Schiene
36 abgewickelt, während diese Zahl in der Schweiz mehr als doppelt so hoch ist.
37 Daneben muss die Bundesregierung endlich die Elektrifizierung von Deutschlands
38 Bahnstrecken voranbringen. Die aktuelle Strategie der DB AG und von Andreas

39 Scheuer erreicht einen maximalen Elektrifizierungsgrad von 67%, die GRÜNE JUGEND
40 fordert jedoch 100% bis spätestens 2035. Um dies zu erreichen, kann alternativ
41 auch ein Austausch von bisher genutzten Dieselloks durch klimaneutral betriebene
42 Antriebe durchgeführt werden. Der Strom soll hierbei durch regenerative
43 Energieträger erzeugt werden. Es kann nicht sein, dass im Zeitalter der
44 Klimakatastrophe immer noch Dieselloks durch unsere Lande tuckern, nur weil sich
45 Elektrifizierungen für einen privatwirtschaftlichen Konzern nicht rechnen.

46 Die Rückführung der Bahn in die öffentliche Hand beinhaltet auch, dass die
47 zahlreichen Auslandsfirmen und -beteiligungen der DB AG abgestoßen werden. Denn
48 anstatt sich um Verspätungen und Zugausfälle zu kümmern, hat die DB AG ein
49 weltweites intransparentes Firmennetz aufgebaut und betreibt über Töchter
50 beispielsweise Busse in Brasilien. Dies muss beendet werden. Die Bahn muss sich
51 wieder auf ihr Kerngeschäft, nämlich den Schienenverkehr im Inland,
52 konzentrieren. Europäische Wettbewerbsvorgaben sollen entsprechend auf EU-Ebene
53 verändert werden. Beim Verkauf von DB-eigenen Personenverkehrsunternehmen wie
54 Arriva sollte ebenfalls eine örtliche Verstaatlichung beziehungsweise
55 Eingliederung in die entsprechenden Staatsbahnen priorisiert werden. Die GRÜNE
56 JUGEND fordert, dass die Bundesrepublik als neue Betreiberin der Deutschen Bahn
57 sich dafür einsetzen soll, dass die Abstoßungen möglichst sozialverträglich und
58 nachhaltig im betreffenden Drittstaat durchgeführt werden.

Begründung

In einer global agierenden Welt muss es allen möglich sein, mobil zu sein. Mobilität wird im Arbeits- und Privatleben immer wichtiger. Auch zur Weiterbildung und kulturellen sowie sozialen Teilhabe müssen immer größere Strecken überwunden werden können. Der Ausschluss Ärmerer von diesem Privileg verbreitert den Graben zwischen sozialen Schichten. Zudem hat gemäß des Artikels 27 UN-Charta der Menschenrechte jede*r das Recht, "am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben". Auch im Privaten muss es heutzutage möglich sein, Bekannte, Freund*innen und Partner*innen zu besuchen. Dies auf eine klimafreundliche Art und Weise zu tun, wird durch hohe Preise und lange Bahnfahrten weniger wohlhabenden Schichten verwehrt. Außerdem nimmt das Ausweichen auf den Individualverkehr immer mehr zu.

Hier werden die soziale und die ökologische Frage verbunden. Soziale Teilhabe kann ermöglicht werden, wenn die Bahn als klimaverträgliches Verkehrsmittel endlich aus ihrer aktuellen Nebenrolle befreit wird und in das Zentrum von Politik und Gesellschaft gerückt wird. Gesetzliche Leitlinien können die Übervorteilung von Flug- und Autoverkehr aufbrechen und zusammen mit einem klugen Streckenausbau die Eisenbahn zum beliebtesten Verkehrsträger machen. Selbst Individualverkehr mit batterieelektrischen Autos ist unter dem Strich schlechter für die Umwelt als der ressourcenschonende Schienenverkehr. Menschen, welche die Bahn benutzen und das KfZ dafür stehen lassen, dürfen nicht durch hohe Kosten und verspätete Ankunftszeiten benachteiligt werden. Wirtschaftlicher Gewinn bzw. Verlust ist in diesem Fall nachrangig.

Befürworter*innen einer zunehmenden Liberalisierung, die frei nach dem Motto "Der Markt regelt alles" wirtschaften wollen, ist entgegenzuhalten, dass vollständige Bahnprivatisierungen in Europa bisher nicht erfolgreich verlaufen sind. In Großbritannien, dem Mutterland der Privatisierungen, sind Ticketpreise überdurchschnittlich hoch und die Privatisierung der Infrastruktur hat zu Unfällen mit vielen Toten geführt. Nachdem die Infrastruktur bereits kurz nach ihrer Privatisierung rückverstaatlicht wurde, passiert dies nun auch mit Strecken. Diese Rückverstaatlichung ist auf die Insolvenz der zahlreichen Betreiber auf Nebenstrecken zurückzuführen. Der eigentliche „Wettbewerb“ findet nur um die Filetstücke, also die großen Hauptachsen statt. Alles andere bleibt buchstäblich auf der Strecke. Die Unterhaltung von Bahnverkehr ist teuer und ergibt wirtschaftlich keinen Sinn, was an der hohen Verschuldung der DB AG und ihren Töchtern mehr als deutlich wird. Auch semi-private Modelle haben sich als Misserfolg erwiesen. Wenn nur das Personal

aber nicht das Rollmaterial privatisiert wird, wie in beispielsweise Niedersachsen, dann ist dies eine Solidarisierung der Risiken bei gleichzeitigen prekären Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

V-3 B Hannibal-Netzwerk und Co zerschlagen!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Ende 2018 wurde die Existenz des extrem rechten, sogenannten „Hannibal“-
2 Netzwerkes, einem Zusammenschluss von aktiven und ehemaligen (Elite)-
3 Soldat*innen, Polizist*innen und Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes,
4 durch Medienberichte bekannt. Die Mitglieder des Netzwerkes sehen sich als
5 „Prepper“ und bereiten sich auf einen von ihnen angenommenen „Tag X“
6 vor, an dem die öffentliche Ordnung zusammenbrechen werde. Es existierten
7 offensichtlich Listen von politischen Gegner*innen sowie Pläne zur Ermordung
8 der selbigen, es wurden Waffenlager angelegt sowie Ätzkalk und Leichensäcke
9 bestellt. Als zentrale Figuren des Netzwerkes werden u. a. Franco A. und André
10 S. gesehen. Die Personen organisierten sich im von André S. gegründeten Verein
11 „Uniter e. V.“ sowie in verschiedenen Chatgruppen, die unter dem
12 Sammelbegriff „Nordkreuz“ bekannt wurden. Franco A. legte sich eine
13 Identität als syrischer Geflüchteter zu und plante Medienberichten zufolge
14 Anschläge in Berlin sowie möglicherweise auch in Stuttgart und Würzburg, wo
15 er Örtlichkeiten auskundschaftete.

16 Durch die Aufdeckung des Netzwerkes wurde klar, wie eng die extreme Rechte mit
17 den Sicherheitsbehörden verbunden ist. Fast alle bekannten Mitglieder des
18 Netzwerkes arbeiteten für Sicherheitsbehörden. Einige nutzten ihre Stellung aus,
19 um Munition und Waffen zu entwenden, andere wurden von einem Mitarbeiter des
20 Militärgeheimdienstes MAD gewarnt und konnten so vermutlich große Teile des
21 Beweismaterials wegschaffen. Erschreckend ist in diesem Zusammenhang auch der
22 oft mangelnde Aufklärungswille und der mangelnde Schutz betroffener Personen. So
23 wurden die 2017 auf einer der Todeslisten in Mecklenburg-Vorpommern gefundenen
24 Personen erst 2019 über diese Tatsache informiert, sodass diese gefährdeten
25 Personen zwei Jahre unwissend und damit ohne Schutzmaßnahmen blieben.

26 Es darf nicht länger untätig dabei zugesehen werden, wie extrem rechte Netzwerke
27 die Sicherheitsbehörden unterwandern. Die GRÜNE JUGEND fordert deswegen:

- 28 • die vollständige Aufklärung und Offenlegung der Pläne des
29 „Hannibal“-Netzwerkes. Angesichts der offensichtlichen weitreichenden
30 Verstrickung der Sicherheitsbehörden in das Netzwerk sind hierfür
31 Untersuchungsausschüsse im deutschen Bundestag sowie in den primär
32 betroffenen Landtagen notwendig, wobei darauf zu achten ist, dass
33 Mitglieder des Netzwerkes nicht selbst an den Untersuchungsausschüssen
34 dieser Art als Mitglied des Ausschusses, in der Funktion als
35 Mitarbeiter*in oder in anderer Art beteiligt werden, sodass sie Zugriff
36 auf geheime Materialien zwecks Verhinderung der Aufklärung erlangen
37 könnten. Innerhalb der Untersuchungsausschüsse muss insbesondere die

38 zweifelhafte Rolle des MAD und der Polizei aufgeklärt werden, ebenso wie
39 die Verbindung des „Hannibal“-Netzwerks zu anderen extrem rechten
40 Organisationen. Entsprechende Akten der Sicherheitsbehörden müssen
41 freigegeben werden.

42 • Aufklärung darüber, ob Franco A. an den Orten, die er auskundschaftete,
43 Helfer*innen hatte.

44 • die sofortige Entfernung aller in irgendeiner Art und Weise am
45 „Hannibal“-Netzwerk beteiligten Personen aus den Sicherheitsbehörden,
46 sowie aus anderen sensiblen Ämtern, die aufgrund ihrer weitreichenden
47 Befugnisse oder besonderer Tragweite für die Sicherheit von Belang sind,
48 und die strafrechtliche Belangung dieser Personen, sofern nicht bereits
49 erfolgt.

50 • das Verbot und die Auflösung des Vereins „Uniter e. V.“

51 • die Information aller Personen, deren Name sich auf den sichergestellten
52 Feindes- oder Todeslisten befindet, sowie die Einleitung ggf. notwendiger
53 Schutzmaßnahmen. In Zukunft sollen Personen, deren Name auf extrem
54 rechten Feindeslisten gefunden wird, sofort informiert und ggf. geschützt
55 werden. Sofern nötig sollte den Betroffenen und ihrem Umfeld auch
56 psychologische Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.

57 Das Vertuschen und Kleinreden extrem rechter Netzwerke hat in Deutschland nicht
58 erst seit dem NSU eine unselige Tradition. Es ist klar, dass es weder im Fall
59 „Hannibal“ noch in anderen Fällen wieder so weit kommen darf!

V-6 B Gute Hochschulen für alle statt Elitenförderung

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Gute Hochschulen für alle anstatt Elitenförderung. Diese Forderung ist kein aus
2 dem luftleeren Raum gegriffener politischer Anspruch.
3

4 Ganz im Gegenteil leitet sie sich von unserem allgemeinen bildungspolitischen
5 Verständnis ab: Wir verstehen Bildung als einen lebenslangen Prozess für alle
6 Menschen. Dieser ist darauf ausgerichtet, freie Persönlichkeitsentfaltung zu
7 ermöglichen, Talente zu fördern, gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren,
8 demokratisches Zusammenleben zu ermöglichen und an der Entwicklung vielfältiger
9 Kompetenzen zu arbeiten. So kann man angesichts sich stetig wandelnder
10 Herausforderungen in einer globalisierten Welt gemeinsam Zukunft gestalten.
11 Neugier, Veränderungsbereitschaft und ein klarer Blick für die großen Linien
12 sind deshalb mehr denn je wichtige menschliche Eigenschaften, die ein
13 Bildungssystem fördern sollte. Voraussetzung dafür ist ein grundlegend
14 transformiertes Bildungsverständnis, dass die individuelle Kompetenzentfaltung
15 jedes Menschen als wichtigste Grundlage für Lebensqualität und Zusammenhalt in
16 der Gesellschaft erkennt und fördert. Letzten Endes bedarf es dafür einer
17 veränderten hervorragenden Infrastruktur in Bildung.
18

19 Explizit Wissenschaft und Forschung kommt nochmals eine eigene Rolle als Teil
20 der Grundlagen unserer Gesellschaft zu. Die Erwartungen und Hoffnungen an
21 Hochschulen, Anhaltspunkte für kluge Antworten auf drängende Fragen zu geben,
22 wachsen im Angesicht von Klimakrise, zunehmender sozialer Ungleichheit und
23 globalen Konflikten. Darum müssen wir für alle Studierenden Bedingungen
24 schaffen, die ihnen einen freien, kritischen und unkonventionellen Blick auf die
25 Welt ermöglichen. Unsere Zukunft wird maßgeblich davon abhängen, welche Rolle
26 wir der Wissenschaft bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Strukturwandels
27 zutrauen und wie wir hervorragende Bedingungen für freie Hochschulen und
28 Forschungseinrichtungen schaffen. Wir wollen, dass die Qualität der Lehre
29 endlich die gleiche Aufmerksamkeit und Anerkennung genießt wie hervorragende
30 Forschungsergebnisse. Denn gute Lehre, die begeistert und Lust auf waches Denken
31 macht, ist die Grundlage von eben all diesen Bildungsprozessen.
32

33 Die Ausfinanzierung von Hochschulen, und zwar allen Hochschulen, ist dabei von
34 zentraler Bedeutung. Denn für uns ist das Recht auf hochwertige Bildung eines,
35 welches allen Studierenden zustehen sollte. Diese Ausfinanzierung sämtlicher
36 Universitäten soll u. a. zu mehr barrierefreien Universitäten führen. Gerade
37 weil sich Deutschland zur Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention
38 verpflichtet hat, ist es besonders wichtig, die Hochschulen dahingehend mit mehr
39 finanziellen Mitteln auszustatten. Genau vor diesem Hintergrund stellen wir uns
40 als GRÜNE JUGEND entschieden der „Exzellenzstrategie“ und die damit
41 einhergehende Förderung einer geringen Zahl an bestimmten Hochschulen entgegen.

42 Die „Exzellenzstrategie“ der Bundesregierung will mehrere Milliarden Euro in
43 Kooperation mit den Ländern auf gewisse Universitäten verteilen. Was im ersten
44 Moment wie ein wünschenswerter Vorgang wirkt, entpuppt sich bei genauerer
45 Betrachtung als Projekt zur Etablierung elitärer Strukturen und sorgt auch
46 bundesweit für die weitere Schwächung bereits strukturschwacher Gebiete. So ist
47 die einzige der 11 Exzellenzuniversitäten in Norddeutschland in Hamburg
48 ansässig, die zwei im Osten in Berlin und Dresden. Knapp die Hälfte ist hingegen
49 aus Süddeutschland. In Mecklenburg-Vorpommern gab es von Anfang an keine
50 Universität, die für eine Förderung in Betracht gekommen wäre. Es ist
51 offensichtlich, dass die Exzellenzinitiative bereits bestehende Ungleichheiten
52 verschärft. Die Gräben tun sich auch insbesondere zwischen den Sozial- und
53 Geisteswissenschaften im Gegensatz zu den ,Lebens- und Ingenieurwissenschaften
54 auf. So sind nur 1/7 der geförderten Cluster aus dem sozial- und
55 geisteswissenschaftlichen Bereich. Gerade in Zeiten zunehmender
56 antidemokratischer Haltungen wird hier eine Lücke offensichtlich. Zugleich lässt
57 sich festhalten, dass auf Bundes- und auf Länderebene derzeit quasi jede
58 Hochschule zu wenig Geld bekommt. Dies schlägt sich vor allem in der Lehre, aber
59 auch in den Studienbedingungen und in der Forschung nieder. Die Ansätze der
60 Bundesregierung, wie die Erhöhung des BAföG und die Forschungsförderung, sind
61 unzureichend und dürften maximal als Tropfen auf den heißen Stein wirken. Die
62 meisten Universitäten bundesweit sind unterfinanziert.

63
64 Zugleich stellt die „Exzellenzstrategie“ ein klassisches neoliberales
65 Förderungsprinzip, in welchem kritisches Denken und demokratische Beteiligung
66 keinen Platz finden, dar. Damit reiht sie sich in zahlreiche
67 Ökonomisierungsprozesse des Bildungssystems ein. Dies zeigt sich am deutlichsten
68 in Bezug auf die Formulierungen in der Stellungnahme der
69 Hochschulrektorenkonferenz. Dort heißt es, dass „eine dauerhafte wettbewerbliche
70 Fortführung der Exzellenzinitiative [...] zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit
71 Deutschlands nötig ist.“ [1] Die Strategie zielt zudem keineswegs darauf ab,
72 langfristig planend in die Hochschullandschaft einzugreifen. Anstelle dessen
73 wird der stets kurzfristig und möglichst ungezügelt ausgerichtete Wettbewerb zur
74 langfristigen Strategie. Dadurch verschärft die Strategie die Strukturprobleme
75 des deutschen Hochschulsystems, statt diese zu lösen. Zugleich ging es bei der
76 „Exzellenzstrategie“ niemals um einen angeblichen zur Verbesserung beitragenden
77 Wettbewerb zwischen den Hochschulen, sondern um das gezielte Stärken einiger
78 weniger Universitäten. Dieser Wettbewerb beruhte schon in der Vergangenheit auf
79 essenziell unterschiedlichen Ausgangssituationen der Hochschulen. Diese Art der
80 Förderung der „Besten“ vertreibt unorthodoxe Wissenschaftsansätze und kritische
81 Wissenschaft, die gerade jetzt in Anbetracht zahlreicher globaler Problematiken
82 und gesellschaftlicher Transformationen in vielen Disziplinen stärker benötigt
83 wird. Deshalb lehnen wir eine Wissenschaftspolitik, die sich als Standortpolitik
84 auf einem Markt „international sichtbarer“, ergo sogenannter Eliteuniversitäten,
85 versteht, ab.

86 Statt der Exzellenzinitiative müssen sich deshalb die grundlegenden Bedingungen
87 des Hochschulsystems ändern. Es benötigt in erster Linie eine bedarfsgerechte
88 Finanzierung, auch und gerade aus Bundesmitteln, für mehr Studienplätze und
89 demokratische Entscheidungsstrukturen, um den Hochschulzugang für alle zu
90 ermöglichen und die strukturelle Diskriminierung, die vielen ein Studium
91 verwehrt, abzuschaffen. Zugleich fordern wir die Abschaffung aller
92 Konkurrenzstrukturen im Hochschulsystem, u. a. durch die Realisierung des 1:1-
93 Bachelor-Master-Übergangs. Darüber hinaus gilt es die inhaltliche (Um-
94)Orientierung von Wissenschaft, Forschung und Lehre von einer Ausrichtung auf
95 Exzellenzanträge auf die humane, demokratische und nachhaltige Entwicklung der
96 Gesellschaft, u. a. durch Zivilklauseln, zu lenken.

97
98 [1] [https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-](https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/position/convention/zur-fortfuehrung-der-exzellenzinitiative/)
99 [beschluesse/position/convention/zur-fortfuehrung-der-exzellenzinitiative/](https://www.hrk.de/position/convention/zur-fortfuehrung-der-exzellenzinitiative/),
100 28.10.2019

Begründung

Die Exzellenzinitiative der Bundesregierung will mehrere Milliarden Euro in Kooperation mit den Ländern auf gewisse Universitäten verteilen. Was im ersten Moment wie ein wünschenswerter Vorgang wirkt, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Projekt zur Etablierung elitärer Strukturen und sorgt auch Bundesweit für die weitere Schwächung bereits strukturschwacher Gebiete. So ist die einzige der 11 Exzellenzuniversitäten in Norddeutschland in Hamburg ansässig, die zwei im Osten in Berlin und Dresden. Knapp die Hälfte ist hingegen aus Süddeutschland. In Mecklenburg-Vorpommern gab es von Anfang an keine Universität, die für eine Förderung in Betracht gekommen wäre. Es ist offensichtlich, dass die Exzellenzinitiative bereits bestehende Ungleichheiten verschärft.

V-7 B Ehrenamt im BAföG anerkennen

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 10.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND fordert, ehrenamtliches Engagement, außergewöhnliche
2 Studienprojekte und die Teilnahme an studentischen Wettbewerben als
3 Verlängerungsgrund für BAföG zu aufzunehmen. Eine Verlängerung des BAföG
4 ist bislang nur für inneruniversitäres das Engagement in den Organen der
5 Hochschulen und der Selbstverwaltung von Studierenden möglich.

6 Berücksichtigt werden sollte zukünftig jegliches bürgerschaftliches
7 Engagement, welches freiwillig und nicht auf finanzielle Vorteile ausgerichtet
8 ist und das Gemeinwohl fördert.

9
10 Für BAföG-Empfänger*innen ist es aufgrund ihrer Einkommenssituation eine
11 größere finanzielle Überwindung, sich unentgeltlich zu engagieren. Dieser
12 Umstand wird durch die harten Kriterien des BAföG noch verstärkt: Wer z. B.
13 nach vier Semestern Studium nicht alle Scheine erfüllt hat, die von der
14 Regelstudienzeit vorgegeben sind, erhält ab dem fünften Semester kein BAföG
15 mehr. Durch diesen drohenden Verlust der finanziellen Existenzsicherung steigt
16 die Hürde, sich neben dem Studium außeruniversitär zu engagieren zusätzlich
17 an.

18
19 Wir wollen, dass Menschen bei der Ausführung eines Ehrenamts nicht länger um
20 ihre Existenzgrundlage fürchten. So wird gesellschaftlicher Zusammenhalt
21 gefördert, denn welche Gesellschaft soll es auch widerspiegeln, wenn nur
22 diejenigen sich ehrenamtlich engagieren können, die es sich leisten können?

23
24 Darüber hinaus spricht sich die GRÜNE JUGEND – wie schon in zahlreichen
25 Anträgen
26 der letzten Jahre – für eine grundsätzliche Reform des BAföGs aus, die
27 über eine simple Erhöhung des BAföG-Satzes hinausgeht.

V-11 B Stop Killer Robots – Autonome Waffensysteme verhindern und weltweit ächten

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Neue Waffentechnologien haben die Kriegsführung in der Vergangenheit oft
2 verschlimmert und grausamer gemacht. Das gilt insbesondere für die Entwicklung
3 von Massenvernichtungswaffen. Heute stehen wir wieder am Anfang einer neuen
4 folgenschweren Entwicklung. Die Entwicklungen in der Informationstechnologie und
5 der „Künstlichen Intelligenz“ (KI) machen auch vor Waffen und einer
6 militärischen Nutzung nicht halt. Mit den richtigen Regeln und klaren Grenzen
7 gibt es zwar Bereiche, wie das vollautonome Minenräumen, mit potentiellen
8 Chancen für die Sicherheitspolitik, es droht aber gleichzeitig eine
9 Kriegsführung, in der Algorithmen über Leben und Tod entscheiden.

10 Die Forschung an solchen vollautonomen Waffensystemen, so genannten Lethal
11 Autonomous Weapon Systems (LAWS) findet bereits statt. Sie ist finanziell gut
12 ausgestattet und verläuft in rasanter Geschwindigkeit. Es ist drei vor zwölf, da
13 einige Länder in Einzelfällen bereits Systeme in Betrieb nehmen. In Kürze droht,
14 dass in vielen Streitkräften autonome Waffensysteme eine zentrale Rolle
15 einnehmen. LAWS werden sich aufgrund der auf Sekundenbruchteile minimierten
16 Reaktionszeit nur mit anderen LAWS bekämpfen lassen, so dass wir ein massives,
17 ungebremstes Wettrüsten befürchten. Viele Staaten sehen sich daher bereits in
18 einem Sicherheitsdilemma, wenn sie sich diesem Trend entziehen. Diese Situation
19 ist vergleichbar mit ABC-Waffen, wo Lösungen (bei Chemie und Bio-Waffen)
20 ausschließlich durch eine vertragsbasierte Ächtung möglich waren. Die
21 Verbreitung autonomer Waffentechnologien droht die Hemmschwelle für einen
22 Gewalteinsatz weiter zu senken. Durch die Geschwindigkeit von Aktion und
23 Reaktion zwischen LAWS wächst die Gefahr, dass sich konventionelle Konflikte
24 ausweiten und eskalieren. Aber auch der Einsatz von Atomwaffen kann
25 wahrscheinlicher werden, wenn ihr Einsatz durch autonome Systeme ausgelöst
26 werden kann. Außerdem könnten autonome Waffensysteme auch zu Grenzkontrollen, in
27 der Polizeiarbeit oder gegen Demonstrationen eingesetzt werden.

28 Durch den Einsatz autonomer Waffensysteme kämen viele dringende politische,
29 ethische, völkerrechtliche und praktische Fragen und Probleme auf uns zu. Schon
30 heute strukturieren Computer Entscheidungen von Soldat*innen vor. Die Zahl der
31 Funktionen, die Waffensysteme bereits automatisch oder auch autonom ausführen
32 können, nimmt kontinuierlich zu. Sie erkennen anhand von Parametern mögliche
33 Ziele oder gesuchte Objekte. Die letztendliche Entscheidung über den Einsatz
34 tödlicher Gewalt muss aber beim Menschen bleiben. Deshalb stellen wir uns einer
35 schleichenden Abgabe der menschlichen Verantwortung klar entgegen und wollen das
36 humanitäre Völkerrecht stärken.

37 Automatisierte Abläufe – ob durch Technik oder durch Befehlsketten – können
38 ungewollt folgenschwere Eskalationsdynamiken in Gang setzen. Menschen haben
39 ethische Grundsätze, die weit über die rechtlichen Rahmenbedingungen
40 hinausreichen. Sie können auf ihr Gewissen hören. Sie können Gnade walten lassen
41 und sich im Zweifel für das Leben entscheiden. So gab es in den letzten
42 Jahrzehnten mehrere Situationen, in denen menschliches Zögern und nochmaliges
43 Überprüfen eine Eskalation verhinderten. Autonome Waffensysteme verstehen jedoch
44 nicht, was es bedeutet, einen Menschen zu töten. Sie verfügen über kein
45 Gewissen, keine ethischen Grundsätze oder über eine mit der menschlichen
46 Intelligenz vergleichbare Entscheidungskompetenz. Für sie ist auch das
47 menschliche Leben nur ein Datenpunkt. Die Entscheidung zu töten darf niemals
48 durch Algorithmen getroffen werden. Wird ein Mensch zum Objekt einer
49 maschinellen Entscheidung, wird er damit in seiner Menschenwürde verletzt.

50 Wir halten den Einsatz von autonomen Waffen für unvereinbar mit dem humanitären
51 Völkerrecht. Maschinen können nicht die Verhältnismäßigkeit oder die
52 Notwendigkeit eines Angriffs beurteilen. Der Einsatz von autonomen Waffen
53 verstieße daher gegen das völkerrechtliche Gebot zur Verhinderung übermäßigen
54 Leidens. Maschinen können auch nicht zuverlässig zwischen Kämpfer*innen und
55 Zivilist*innen unterscheiden. Darüber hinaus wäre unklar, wer in Fällen
56 unkontrollierter oder fehlerhafter Entscheidungen durch künstliche Intelligenz
57 die Verantwortung übernehmen würde oder übernehmen muss. Durch die technische
58 Komplexität von robotischen Systemen werden Streitkräfte in Zukunft noch
59 abhängiger von privaten Unternehmen. Der Einfluss ziviler Unternehmen, vor allem
60 ziviler Programmierer, auf die militärischen Anwendungen wächst. Wer stünde bei
61 von LAWS begangenen Massakern, Kriegsverbrechen oder anderen dramatischen
62 Aktionen vor Gericht? Sicherlich nicht der*die Hersteller*in der Hardware,
63 der*die Softwareentwickler*in oder auch einfach die Armeeführung oder das
64 Verteidigungsministerium als solches. LAWS würden jahrelange Bemühungen zur
65 Verrechtlichung des Krieges, der Rechenschaftspflicht von Angehörigen der
66 Streitkräfte und der ausgeübten militärischen Gewalt ins Leere laufen lassen.

67 Wir als GRÜNE JUGEND fordern daher ein weltweites präventives Verbot und eine
68 völkerrechtliche Ächtung letaler autonomer Waffensysteme sowie die Festlegung
69 eines Mindestmaßes an menschlicher Kontrolle (meaningful human control) bei
70 jeder Entscheidung über Leben und Tod. Union und SPD haben sich zwei Mal in
71 Folge in ihren Koalitionsverträgen von 2013 und 2018 für eine Ächtung letaler
72 autonomer Waffensysteme ausgesprochen. Auf europäischem und internationalen
73 Parkett waren entsprechende Initiativen der Bundesregierung entweder nicht
74 vorhanden, oder sie kamen zögerlich und hatten zunächst die Absicht eine
75 rechtliche bindende Ächtung durch eine rein deklaratorische Politik
76 aufzuweichen. Mittlerweile hat sich die Gruppe der Regierungsexperten bei den
77 Verhandlungen im UN-Rahmen auf Prinzipien (guiding principles) verständigt und
78 die Absicht bekundet, ein „Rahmenwerk“ (operative and normative framework) zu
79 entwickeln. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein, hin zu einem
80 völkerrechtlichen Verbot. Ziel muss die internationale Ächtung vollautonomer
81 Waffen sein. Genau daran muss sich diese Initiative messen lassen.

82 Im Europäischen Parlament haben Bündnis 90/Die Grünen bereits im Herbst 2018
83 eine Entschließung mit entsprechender Botschaft initiiert, die von einer
84 überwältigenden Mehrheit von 566 Abgeordneten unterstützt wurde (1). Mit diesem
85 Schwung ist es dann Anfang 2019 gelungen, in zähen Verhandlungen mit Rat und
86 Kommission, autonome Waffensysteme aus dem 13 Milliarden Euro schweren
87 Europäischen Verteidigungsfond auszuschließen (2). In der EU-Verordnung zum

88 Verteidigungsfond steht damit (wohl weltweit einmalig) eine gesetzlich
89 verankerte Definition samt Verbot dieser neuen Technologie (3). Auch die
90 parlamentarische Versammlung der OSZE hat sich im Juli 2019 für eine
91 völkerrechtliche Ächtung von LAWS ausgesprochen. Ebenfalls mahnt der UN-
92 Generalsekretär Zurückhaltung bei der Entwicklung neuer Technologien an, solange
93 deren Vereinbarkeit mit dem humanitären Völkerrecht fraglich ist (4).

94 Für die von uns geforderte Ächtung von letalen autonomen Waffensystemen gibt es
95 eine breite Allianz. Pax Christi, Human Rights Watch, Amnesty International, das
96 Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Gesellschaft für Informatik (GI) und
97 der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unterstützen eine
98 völkerrechtliche Ächtung von LAWS. Bereits im Juli 2015 haben mehr als 3000
99 Forscher der Fachrichtungen Künstliche Intelligenz und Robotik einen offenen
100 Brief, der die Ächtung von Killerrobotern fordert, unterzeichnet (5). Am 21.
101 August 2017 haben darüber hinaus 116 Gründer*innen führender Unternehmen der
102 Robotik und der künstlichen Intelligenz einen ähnlichen Brief an die UN
103 geschickt, darunter namenhafte Firmeninhaber*innen aus Silicon Valley (6). Von
104 besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die im Frühjahr 2019
105 beschlossenen Ethik-Leitlinien für künstliche Intelligenz der von der
106 Europäischen Kommission eingesetzten hochrangigen Expert*innengruppe, die sich
107 mit Blick auf Killerroboter (Paragraph 134) uneingeschränkt hinter die Forderung
108 des Europäischen Parlaments nach einem Verbot stellt.

109 Um mit der rasanten technologischen Entwicklung Schritt halten zu können, ist
110 daher dringend sofortiges politisches Handeln geboten:

- 111 • Unser Ziel ist die weltweite, völkerrechtliche Ächtung von LAWS.
112 Deutschland und die EU müssen auf Ebene der Vereinten Nationen (VN) im
113 Rahmen der Certain Conventional Weapons (CCW) Verhandlungen klar für ein
114 Verbot dieser Waffen aussprechen, auf einen verbindlichen Verbotsvertrag
115 drängen und diesen Prozess zügig vorantreiben. Dabei müssen verbindliche
116 Mindeststandards wirksamer menschlicher Kontrolle definiert werden.

- 117 • Voraussetzung dafür ist eine klare Position der Bundesregierung, die
118 erreichte Verhandlungsziele mitträgt und sich endlich wie Österreich,
119 Brasilien, Chile, Mexiko, oder auch Belgien, Irland und Luxemburg
120 unzweideutig für einen Verbotsvertrag einsetzt.

- 121 • Eine weitere Voraussetzung für eine effektive internationale Ächtung ist
122 die Erstellung einer formalen und rechtlich bindenden gemeinsamen EU-
123 Position (Gemeinsame Aktion), die nach Innen dazu führt, dass, solange
124 kein internationaler Verbotsvertrag besteht, bei dem die EU-
125 Mitgliedstaaten Vertragsparteien sind, ein Moratorium bezüglich Einsatz
126 und Export von LAWS verhängt wird; für die internationale Ebene muss diese
127 Position das Verhandlungsziel eines Verbotsvertrages explizit festlegen.
128 Durch die Einigung beim Europäischen Verteidigungsfond haben die 28
129 Mitgliedstaaten sowohl eine Definition von LAWS, als auch die Idee des
130 Verbotes akzeptiert.

- 131 • Es braucht ähnlich wie beim Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) eine
132 Organisation, die die Entwicklung von KI im militärischen Bereich
133 kontrolliert. Nur ein wirksames Verifikationsregime wird die Entwicklung
134 auch langfristig stoppen.

- 135 • Solange internationale Regelungen noch auf sich warten lassen, sollte
136 Deutschland ein nationales Moratorium für die Entwicklung und Beschaffung
137 von LAWS veranlassen. Auch die Organisation für Sicherheit und
138 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kann ein guter Rahmen für regionale
139 Rüstungskontrolle sein.
- 140 • Die Bundesregierung muss sich auch in der NATO für die Ächtung von LAWS
141 einsetzen und dort gegenüber allen Partnerstaaten deutlich machen, dass
142 sie keine Position unterstützen wird, die im Widerspruch zur EntschlieÙung
143 des Europäischen Parlaments zu autonomen Waffensystemen ([2018/2752\(RSP\)](#))
144 steht.
- 145 • Wir wollen jegliche staatliche Förderung von Projekten ausschließen,
146 welche der Entwicklung oder Nutzung von LAWS dienen. Wichtig ist jedoch
147 auch, wie beispielsweise im Umgang mit Chemiewaffen, dass Forschung
148 betrieben wird, wie Menschen sich gegen die Nutzung von LAWS schützen
149 können.
- 150 • Bei jedem potentiell tödlichen Einsatz von KI-Algorithmen in
151 Waffensystemen der Bundeswehr muss volle menschliche Kontrolle, sowohl bei
152 der Entscheidung, als auch bei der Ausführung, gewährleistet sein.
- 153 • In Ethikkommissionen, die sich mit Fragen digitaler Entwicklungen
154 befassen, darf die sicherheitspolitische und militärische Ebene nicht
155 ausgeblendet werden.
- 156 • Als GRÜNE JUGEND unterstützen wir die Arbeit der „Campaign to Stop Killer
157 Robots“.

158 Fußnoten:

- 159 1) EntschlieÙungsantrag des Europäischen Parlaments zu autonomen
160 Waffensystemen:
161 http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-8-2018-0308_DE.html
- 162 2) EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2018 zu autonomen
163 Waffensystemen:
164 http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2018-0341_DE.html
- 165 3) Artikel 11(6) EU-Verordnung:
166 [http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-
167 0430_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0430_EN.pdf)
- 168 4) UN: „Securing our Common future“
169 <https://www.un.org/disarmament/publications/more/securing-our-common-future/>
- 170 5) Autonomous Weapons: An open letter from AI & Robotics Researchers:
171 <https://futureoflife.org/open-letter-autonomous-weapons/>

172 6) An open letter to the United Nations Convention on Certain Conventional
173 Weapons:
174 <https://www.cse.unsw.edu.au/~tw/ciair//open.pdf>

V-12 B Schluss mit dem Anti-Flüchtlingsdeal mit der Türkei – Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Am 10. Oktober hat die Türkei völkerrechtswidrig einen Militäreinsatz im
2 Norden Syriens eingeleitet. Dem vorausgegangen war ein Truppenabzug der USA aus
3 Nordsyrien. Das Ziel dieses Einsatzes ist die Besetzung der autonomen kurdischen
4 Region Rojava und die Vertreibung der kurdischen Bevölkerungsgruppe aus der
5 Region. Dabei werden kurdische Menschen pauschal als „Terrorist*innen“
6 bezeichnet – und wie die völkerrechtswidrige Besetzung der autonomen
7 kurdischen Region Efrin im Jahr 2018 gezeigt hat, schreckt das Erdoğan-Regime
8 in der Türkei dabei auch nicht vor der Ermordung von Menschen und der
9 Zusammenarbeit mit islamistischen Gruppen, etwa aus dem Umfeld von Al Quaida,
10 zurück.

11 Dieser Einsatz beendet keinen Terror, er ist Terror

12 Besonders empörend ist dabei die Begründung des Einsatzes mit der
13 Terrorismusbekämpfung. Jene kurdische Truppen, die nun angegriffen werden, haben
14 ganz konkret den Terror des islamischen Staates bekämpft und beendet. Sie sind
15 dafür verantwortlich, dass unzählige Menschenleben gerettet wurden und ganze
16 Bevölkerungen, wie die Jesid*innen, vor einem Genozid bewahrt wurden.

17 Mit der Destabilisierung der Region durch die Türkei wird nun wieder eine
18 Grundlage geschaffen, auf der sich der islamische Staat ausbreiten kann.
19 Kurdische Truppen werden nun an die Grenze abgezogen. Im Inland entsteht damit
20 ein Machtvakuum für Terroristen. Außerdem können die Gefangenenlager des
21 islamischen Staates nicht mehr kontrolliert werden. IS-Kämpfer und -Angehörige
22 (auch deutscher Staatsangehörigkeit) sind nun entweder frei, um (wieder)
23 Gewalttaten in der Region und in Europa zu begehen, fallen Racheakten zum Opfer
24 oder geraten in syrische Gefangenschaft, wo ihre Menschenrechte in akuter Gefahr
25 sind. Diese Situation ist auch dem Zögern der deutschen und anderen
26 europäischen Regierungen geschuldet, sich um ihre potenziell straffällig
27 gewordenen Bürger*innen zu kümmern, sie zurück zu holen und vor europäische
28 Gerichte zu stellen.

29 Die Situation kann legitimerweise als Totalversagen der NATO verstanden werden
30 und liefert ein weiteres Argument, um die Sinnhaftigkeit ihrer Existenz in Frage
31 zu stellen: Die Organisation, die ihrer Selbstbeschreibung nach an einer
32 friedlicheren Welt arbeitet, zeigt keine effektiven Maßnahmen vor, um den
33 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg eines ihrer Mitglieder zu unterbinden oder
34 auch nur zu sanktionieren. Im Gegenteil: Die Mitgliedschaft der Türkei in der

35 NATO wird als Begründung angeführt, um ihr weiter Waffen zu liefern, denen
36 zwangsläufig weitere Menschenleben zum Opfer fallen werden.

37
38 Die technische Ausstattung für diesen Einsatz ist dabei zentral auf
39 Europäische Staaten zurückzuführen. Entgegen anders lautender Ankündigungen
40 genehmigte die Bundesregierung alleine im Jahr 2018 Rüstungsgüter in einem
41 Wert von mehr als 240 Millionen Euro an die Türkei – nach dem ersten
42 völkerrechtswidrigen Einmarsch der Republik Türkei in der Region Efrin.

43 Dass die Europäische Außenpolitik bei der Ermöglichung dieses Vorgehens
44 mitgeholfen hat und sich diplomatisch nicht einmal um eine Verhinderung dieses
45 Einsatzes bemüht, ist in den Augen der GRÜNEN JUGEND ein Skandal.

46 Wir fordern deshalb:

- 47 • die Einleitung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Türkei, welche
48 vom Umfang her die Türkei zum Einlenken zwingen und erst nach dem
49 vollständigen Abzug der Türkei aus Syrien aufgehoben werden sollen;
- 50 • einen Ausschluss der Türkei aus dem Militärbündnis der NATO;
- 51 • eine sofortige, vollständige Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen und
52 der Einstellungen aller Zahlungen im Rahm dieser – solange das
53 illegitime AKP-Regime an der Macht ist, darf es keine Normalisierung der
54 Beitrittsverhandlungen geben;
- 55 • eine Aufkündigung des Anti-Flüchtlingsdeals mit der Türkei;
- 56 • ein Exportverbot für jegliche Rüstungsgüter an die Türkei;
- 57 • alle diplomatische Bemühungen zum Stoppen dieses Einsatzes statt
58 Wegschauen durch die Deutsche Bundesregierung und die Europäische Union;
- 59 • Bemühungen der Bundesregierung für eine UN-Resolution gegen diesen
60 Einsatz;
- 61 • die Prüfung eines UN-Mandats für das Grenzgebiet zwischen der Türkei
62 und Syrien, dass die kurdische Bevölkerungsgruppe schützt und
63 menschenrechtswidrige Abschiebungen in das Gebiet verhindert – die
64 Kurd*innen dürfen nicht zum Opfer des Deals zwischen Erdoğan, Assad und
65 Putin werden;
- 66 • Bemühungen der Bundesregierung für ein Verfahren gegen den Türkischen
67 Staatspräsidenten Erdoğan vor dem internationalen Gerichtshof in Den
68 Haag;
- 69 • die Einstellung von allen Zahlungen an die Türkei, etwa im Rahmen der EU-
70 Beitrittsverhandlungen.

71 **Dieser Einsatz ist ein faschistischer Angriff auf alle**
72 **Kurd*innen**

73 Vor allem stehen wir aber in diesen Tagen an der Seite der Zivilbevölkerung in
74 Nordsyrien, die diesen brutalen Allmachtsphantasien, bei Ignoranz der Deutschen
75 Bundesregierung und der Europäischen Union, ausgeliefert ist. Alle Menschen in
76 der Region, ganz egal, welcher Bevölkerungsgruppe sie angehören, haben unsere
77 volle Solidarität.

78 Im Kern dieses Einsatzes steht jedoch die kurdische Frage. Bekannt gewordene
79 Umsiedlungspläne der Türkischen Regierung zeigen, dass es dem Erdoğan-Regime
80 im Kern um eine ethnische Säuberung der Region geht. Kurdinnen und Kurden, die
81 schon im Inland der Türkei massivstem, staatlich organisiertem Terror
82 ausgesetzt sind, sollen nun auch aus rassistischen Gründen im Ausland
83 vertrieben werden, um Erdoğan's Phantasie einer großen, islamischen und
84 ethnisch einheitlichen Türkei zu weichen.

85 Diese tragische Eskalation ist auch deshalb zu Stande gekommen, weil die
86 Anliegen der Kurdinnen und Kurden über Jahrzehnte durch die westliche
87 Außenpolitik vernachlässigt wurden. Dabei tragen die ehemaligen
88 Kolonialmächte eine besondere Verantwortung, da sie mit dem Vertrag von
89 Lausanne 1923 die Idee eines kurdischen Staates endgültig in den Boden
90 stampften und die kurdischen Gebiete auf den Irak, Syrien und die Türkei
91 aufteilten. Dass der Nahe Osten heute eine Krisenregion ist, kommt nicht von
92 ungefähr – eine koloniale Verantwortung müssen die ehemaligen
93 Kolonialmächte dabei eingestehen. Die kurdischen Minderheitenrechte spielen nun
94 auch bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nur eine untergeordnete
95 Rolle. Auch der Truppenabzug der USA aus Nordsyrien und die damit einhergehende
96 Ermöglichung dieses Massenmordes bestätigt das Muster der starken
97 Vernachlässigung der kurdischen Frage.

98 Die GRÜNE JUGEND steht an der Seite der kurdischen Bevölkerungsgruppe und ihrer
99 vielen politischen Akteur*innen, die um eine friedliche Lösung der kurdischen
100 Frage bemüht sind. Wir wollen sie nicht länger ignorieren, sondern, um Freiheit,
101 Selbstbestimmung und Frieden in der Region zu schaffen an einem kurdischen Staat
102 festhalten.

103 Wir fordern deshalb:

- 104 • einen kurdischen Staat, der die kurdischen Minderheiten sowohl in der
105 Türkei als auch im Iran, in Syrien und dem Irak, auf Grundlage des
106 kurdischen Siedlungsgebietes, angemessen berücksichtigen soll;
- 107 • verstärkte diplomatische Beziehungen zur Regierung der Autonomieregion
108 Rojava;
- 109 • die Wahrung der kurdischen Minderheitenrechte als Priorität Europäischer
110 Türkeipolitik;
- 111 • eine Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen und Symbole in
112 Deutschland und in der EU;

- 113 • einen sofortigen Stopp von behördlicher Zusammenarbeit mit Erdoğan's
114 Vorfeld- und Lobbyorganisationen, insbesondere mit der Ditib.

115 Mit wachsender Sorge beobachten wir außerdem die Entwicklungen ab dem 13.
116 Oktober. Die Bündnispartnerschaft, welche die kurdischen Streitkräfte mit der
117 Regierung Assad geschlossen haben, mag nach Abzug der US-Truppen und dem
118 Ausbleiben ernsthafter diplomatischer Konsequenzen aus militärischer Sicht
119 strategisch richtig, wahrscheinlich sogar überlebensnotwendig gewesen sein, um
120 den türkischen Angriffskrieg aufzuhalten.

121 In letzter Konsequenz bedeutet diese ungleiche Partnerschaft für die Regierung
122 in Damaskus jedoch die Wiedererlangung ihrer Kontrolle über die kurdischen
123 Gebiete und damit die faktische Aufgabe der erlangten Teilautonomie. Assad,
124 dessen Regierung zahllose Menschenrechtsverstöße vorzuwerfen sind, die 2011
125 zum Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien führten, wird seine Position dadurch
126 erheblich verbessern können; eine Welle neuer Menschenrechtsverletzungen, bis
127 hin zu politischen Morden, ist nun auch in Rojava zu befürchten.
128 Gleichsam fatal wird diese Entwicklung für die Stabilität der gesamten Region
129 sein. Assad gilt als traditioneller Verbündeter Russlands und des Irans. Mit
130 steigendem Einfluss Russlands wird nicht nur jener der NATO-Bündnispartner
131 sinken, das Interesse des Irans an Syrien gilt insbesondere einem direkten Weg
132 für Waffenlieferungen an die Hisbollah im Libanon, die diese wiederum für
133 ihren Terror gegen den israelischen Staat nutzt. Ein wiedererstarkter Assad
134 bedeutet in diesem Sinne also zugleich auch eine Bedrohung der Souveränität
135 Israels.

136 Aus diesem Grund fordern wir, die syrische Regierung zu einer offiziellen
137 Bestätigung der Autonomie der kurdischen Gebiete aufzufordern, um in der
138 Folge sämtliche Truppen des Regimes kontrolliert aus diesen abzuziehen.

V-13 B Rechtsruck stoppen – Zivilgesellschaft stärken!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ist in
2 Deutschland an vielen Stellen für die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen
3 Organisationen zuständig. Organisationen, die unschätzbar wichtige Arbeit für
4 die Gesellschaft leisten, aber nicht allein überleben können, werden hier
5 gefördert.

6 Vor kurzem haben das BMFSFJ und das Finanzministerium nun entschieden, in der
7 kommenden Förderperiode die Mittel zu kürzen, die Förderstruktur zu verändern
8 und insgesamt deutlich weniger Organisationen zu unterstützen. Damit ziehen die
9 Ministerien vielen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen den Boden unter den
10 Füßen weg – ein offener Schlag ins Gesicht von Exit, Amadeu Antonio Stiftung und
11 vielen Weiteren. Angesichts des massiven Rechtsrucks ist das auch eine
12 unverantwortliche Sabotage von und Ignoranz gegenüber allen, die sich aktiv
13 gegen Nazis einsetzen, und Personen, die von rechter Gewalt betroffen sind.

14 Organisationen, die seit Jahren Nazis den Ausstieg aus der Szene ermöglichen.
15 Organisationen, die präventiv mit vielen Jugendlichen arbeiten, um ihnen das
16 Erkennen von nationalistischen und rassistischen Argumentationen zu ermöglichen
17 sowie das Abrutschen in Nazi-Strukturen zu verhindern. Organisationen, die
18 messerscharfe wissenschaftliche Analysen zur Entwicklung von Nationalismus,
19 Rassismus und Antisemitismus in Deutschland erstellen. Kurzum – Der Staat hat
20 bisher diese zentralen Aufgaben, vor allem über das „Demokratie leben“-Projekt,
21 an zivilgesellschaftliche Organisationen ausgelagert und weigert sich nun, die
22 Erfüllung dieser übernommenen Aufgaben angemessen zu finanzieren.

23 Die ersten Folgen davon sind bereits sichtbar. So berichtet die
24 Aussteiger*innen-Hilfe *Exit*, dass sie die bereits betreuten Personen noch
25 „abwickeln“ könne, diese durch das abrupte Ende der Förderung aber völlig allein
26 gelassen werden und dadurch in Gefahr geraten.

27 Zwar hat das BMFSFJ nach einem heftigen Aufschrei jetzt vorerst zugesagt, die
28 betroffenen Organisationen zumindest im nächsten Jahr weiter zu finanzieren. Was
29 danach kommt, ist allerdings völlig unklar. Deswegen bedarf es jetzt einer
30 grundlegenden strategischen Neuausrichtung, anstatt die alten Fehler zu
31 wiederholen. Denn das Festhalten des BMFSFJ an der neuen Förderstruktur ist
32 wesentlich daran Schuld, dass viele Organisationen leer ausgehen sollten. Die
33 Beschränkung auf 100 Modellprojekte und 14 Kompetenzzentren hat zu einem Rückzug
34 aus der Fläche geführt. Es wurden unnötig Mittel verschwendet, dadurch, dass
35 zivilgesellschaftliche Organisationen miteinander konkurrieren mussten. Außerdem

36 hat die Modellprojekt-Struktur dazu geführt, dass sich erfolgreiche Projekte in
37 der aktuellen Form nicht einfach wieder bewerben konnten, sondern neue und
38 andere Wege gehen mussten, um weiterhin förderfähig zu sein – völlig absurd bei
39 gut funktionierenden Projekten. Ebenso kritisieren wir die völlig willkürliche
40 Vermischung von Prävention und Deradikalisierung scharf. Von vormals in der
41 präventiven Jugendarbeit tätigen Organisationen zu verlangen, nun auf einmal mit
42 Aussteiger*innen zu arbeiten, die Jahrzehnte in der Nazi-Szene aktiv waren,
43 gefährdet die Prävention massiv und reißt jahrelange Aufbauarbeit ein.

44 Deshalb fordern wir:

45 • Das BMFSFJ muss jetzt sofort gegensteuern, bevor es zu spät ist. Eine
46 umfassende Aufstockung der Mittel ist dringend erforderlich. Im zweiten
47 Schritt bedarf es einer problemorientierten Verteilung dieser Mittel.
48 Projekte, die direkt mit Aussteiger*innen arbeiten, sind hier an die erste
49 Stelle zu setzen.

50 • Erfolgreiche Projekte, entweder der Deradikalisierung oder der
51 Präventionsarbeit, dürfen durch ein Fördermodell nicht gezwungen werden,
52 an den fundamentalen Stützen ihres eigenen Erfolges zu sägen, indem sie
53 sich für die erneute Beantragung von Fördermitteln unnötig neue Konzepte
54 ausarbeiten müssen.

55 • Alle Bundestagsabgeordneten müssen sich dringend für eine Aufstockung und
56 Neuverteilung der Mittel einsetzen. Sollte die Verteilung der „Demokratie
57 leben“-Mittel entgegen der Ankündigung des Ministeriums entlang des
58 ursprünglichen Vorschlags bestehen bleiben, fordern wir die
59 Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen dazu auf, auch aufgrund
60 dieses Punktes gegen den Bundeshaushalt 2020 zu stimmen.

61 • Die Bundesländer müssen, sollte die Finanzierung durch den Bundeshaushalt
62 nicht sichergestellt werden, die Finanzierungslücken durch ihre
63 Landeshaushalte auffangen, um so zumindest die schwerwiegendsten Folgen
64 etwas abzuschwächen.

65 • Sowohl für Deradikalisierungsarbeit als auch für Präventionsarbeit müssen
66 genügend Gelder zur Verfügung gestellt werden. Diese Bereiche dürfen nicht
67 miteinander vermischt, vor allem aber nicht gegeneinander ausgespielt
68 werden.

69 Im kommenden Jahr werden wir deshalb auch nach Bündnispartner*innen suchen, um
70 gemeinsam für die Verankerung einer dauerhaft auskömmlichen Finanzierung zu
71 streiten.

Begründung

erfolgt mündlich.